REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 469 · 17.1.2003

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 39 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Die mit den Panzern dröhnen. Joschka Fischers Neujahrsansprache
2. Luxus-Aquarien oder kalte Heizungen. Wohnungssektor in Russland zwischen Reform und Elend - Gisela Neunhöffer
3. Saudi-Arabien ist ein zentrales Ziel der US-"Weltkriegs"-Strategen. Aber noch steht Präsident Bush im Weg - Knut Mellenthin
4. "Mein Name ist Hase..." Warum das Berliner Memri nicht in Frieden leben kann - Kt.
5. Sich dem Krieg widersetzen. "Resist the war" mobilisiert für zivilen Ungehorsam gegen den Irakkrieg - Martin Singe/Elke Steven
6. Wenn die Niere eine Reise tut ... Nationale und globale Organmärkte: drei Fallbeispiele - Erika Feyerabend
7. Wie man in den Niederlanden "aus Gnade" tötet. Sterbehilfe im selbsternannten Königreich des Liberalismus - Jeroen Breekveldt
8. Großes Bundesverdienstkreuz fürs "Wegspritzen" von Homosexualität. ner Hormonforscher Dörner erhält Staatsorden - Dirk Ruder
9. Der Stammtisch regiert. Marco Carini und Andreas Speit analysieren das Phänomen Schill - Ariane Dandorfer
10. Neue Währung, altes Spiel. Anmerkungen zum ersten Geburtstag des Euro - Gerhard Klas
11. Juden und Mäzene. Verteilungsungerechtigkeit soll mit allen Mitteln tabuisiert werden - dk
12. Das Ende der Solidarität. Rot-grün privatisiert die Krankenversicherung - Andreas Bachmann
13. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit
14. Ex und Hopp (Flugblatt zur staatlich organisierten Leiharbeit) - KLARtext
15. Arbeitsämter zu Sklavenmärkten. Flächendeckende Einführung der Leiharbeit für Erwerbslose - BAG-E
16. Wettstreit linker Kriegshetzer. Die Projektionen der antideutschen Linken - Js.
17. Konflikte und Abgänge bei der Jungle World - Bernhard Schmid
18. Das Tischtuch ist zerschnitten. Jürgen Elsässer über den Irakkrieg und seine Kündigung bei "konkret" - mb.
19. "Hysterie beschworen". Anmerkungen zu Udo Wolters Kritik am "linken Antirassismus" - Stefanie Graefe
20. Haiders Absturz und die falsche Freude. FPÖ-Wahlniederlage verweist auf tief greifende Rechtswende - Hannes Hofbauer
21. Erweiterung der Abschottung. EU-Gipfel in Kopenhagen: mehr Militarisierung, Armut und Ausgrenzung - kb
22. Geschichte ausgegraben. Spaniens Aufbruch in die Vergangenheit - Tom Kucharz
23. Zweierlei Marsch auf Rom. Jens Renner analysiert Berlusconis Italien - Jean Cremet
24. Der Wunschzettel des "Bösen". Nordkorea pokert hoch und drängt Washington zum direkten Dialog - Rainer Werning
25. Uribe ebnet Paramilitärs den Weg. Kolumbiens Präsident bereitet Krieg und Intervention vor - Dario Azzellini
26. Nicaragua: Ex-Präsident Immunität entzogen. Arnoldo Alemán wegen Korruption angeklagt - Dario Azzellini
27. Venezuela: Opposition will Caracas erobern. Zwei Chávez-Anhänger von Heckenschützen erschossen - Dario Azzellini
28. gender troubles aktuell
29. Die Tochter und ihr Übervater. Die Biographie der Tussy Marx - Stefanie Graefe
30. Schafft ein, zwei, viele Geschlechter. Die politische Perspektive von Transgender - Nicole Vrenegor
31. Aus dem Leben eines Trüffelschweins. Anmerkungen zu Michael Steffens Geschichte des Kommunistischen Bundes - Ein Ex-KB-Genosse aus Moskau
32. Anti-Pop - was auch sonst? Kai Degenhardts Dritte - DSe
33. (K)eine Begleitband. Sam Ragga Band mit viel Support - DSe
34. Grenzenlos Jodeln. Hubert von Goisern zeigt: Auch Volksmusikphobie ist heilbar - DSe
35. AUFGEBLÄTTERT
36. KALENDER
37. Spenden ist cool, Darling!

38. EDITORIAL
39. Schwerpunkt: Linke im Krieg

1. Die mit den Panzern dröhnen. Joschka Fischers Neujahrsansprache

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/auf469.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:auf469

Spätestens seit Joschka Fischers persönlicher Neujahrsansprache ist offensichtlich, dass die außenpolitische Maxime der rot-grünen Regierung auch weiterhin gilt:

Nie wieder Krieg ohne Deutschland.

Im Spiegel-Interview hat der deutsche Außenminister und Vizekanzler die als "Anti-Kriegs-Position" missverstandene Linie der Bundesregierung zu einem möglichen Irakkrieg nach allen Regeln der diplomatischen Kunst formuliert: "Die Bundesregierung wird keine deutschen Soldaten zum Kämpfen in einen hochgefährlichen Konflikt schicken, von dessen Notwendigkeit als letztem Mittel sie nicht zu hundert Prozent überzeugt ist."

Der Nebensatz enthält das Entscheidende. Wenn sich nämlich bis zu einer Entscheidung des UNO-Sicherheitsrates, dessen Vorsitz Deutschland im Februar übernimmt, die "faktische Grundlage" ändert, könnte sich die deutsche Regierung immer noch für die kriegerische "Notwendigkeit als letztes Mittel" aussprechen; dann würden deutsche Soldaten auch "zum Kämpfen" in den Krieg geschickt und nicht nur, wie ohnehin längst beschlossene Sache, als Helfershelfer in Awacs-Aufklärungsflugzeugen, in Kuwait, dem Persischen Golf und im Mittelmeer, von Überflugrechten und ungehinderter Nutzung der US-Basen in Deutschland gar nicht zu reden. Während Fischer Fragen nach dem deutschen Abstimmungsverhalten konsequent auswich, ließ er immerhin durchblicken, dass dabei nicht nur die irakische Gefahr, sondern auch die "Sorge um den Zusammenhalt der Anti-Terror-Koalition" eine entscheidende Rolle spielen wird.

Während die grüne wie die sozialdemokratische Führungscrew Fischers Einlassungen pflichtgemäß als "Bestätigung der klaren Linie" der Bundesregierung werteten, fühlten sich kritische AnhängerInnen des rot-grünen Projekts von Deutschlands beliebtestem Politiker getäuscht und belogen. Recht haben beide Seiten. Tatsächlich haben sich SPD und Grüne nie eindeutig gegen den Krieg erklärt. Sie haben aber, insbesondere im Wahlkampf, gezielt diesen Eindruck erweckt und damit auch die entscheidenden Stimmen gewonnen. Insofern hat Micha Brumlik Recht, wenn er schreibt, die WählerInnen von Rot-Grün "durften guten Glaubens pauschale Versprechungen als bindende Willenserklärung akzeptieren". Den "deutschen Weg" in den Krieg bezeichnet Brumlik als politischen und moralischen "Bankrott" der Regierenden, die nun ganz offen Deutschlands "essenzielles Interesse" betonen, nicht abseits zu stehen.

Zwar sind sie im Fall Irak nicht die treibende Kraft. Dass sie aber prinzipiell an dem Anspruch festhalten, an jedem Ort der Welt mit deutschen Truppen für "Ordnung" zu sorgen, hat Verteidigungsminister Struck gerade wieder bekräftigt. Nicht nur am Hindukusch werde "die Sicherheit der Bundesrepublik verteidigt", sagte der Minister; überhaupt werde die "Landesverteidigung" künftig "weit vor unseren Grenzen" stattfinden. Die Frankfurter Rundschau, der rot-grünen Regierung in kritischer Solidarität verbunden, bezeichnete Strucks Kriegserlass richtig als "Blankoformular für den universellen Marschbefehl". Da fällt es selbst der Opposition schwer, noch draufzusatteln. "Von jedem Punkt der Welt aus sind wir an jedem Punkt in Deutschland potenziell betroffen", sagt Schatten-Außenminister Wolfgang Schäuble; Sorgen bereitet ihm allenfalls, dass die geplanten schnellen Eingreiftruppen von NATO und EU wegen langwieriger parlamentarischer Prozeduren nicht schnell genug sein könnten.

Wo die staatstragenden Parteien jenseits des alltäglichen Gezänks um Worte militärpolitisch im Gleichschritt marschieren, liegen die Aufgaben für die Linke auf der Hand. Aber statt die große Koalition der Kriegstreiber anzugreifen, hat sich die Mehrheit derer, die sich als "antideutsche" Linke definieren, auf die Friedensbewegung eingeschossen. Sie betreibe plumpen "Antiamerikanismus", lautet der Vorwurf, wobei dieser Kampfbegriff mehr und mehr als Synonym für "Antisemitismus" benutzt wird. Aus Sicht der fantasievollsten "Anti-AntisemitInnen" erleben wir derzeit eine nur geringfügig abgewandelte Wiederholung der Geschichte: Während sich die USA mutig dem "islamischen Faschismus" entgegenstellten, würden die Deutschen, Linke eingeschlossen, die drohende Vernichtung Israels und damit die Vollendung des Holocaust

tatenlos, wenn nicht zustimmend, mit ansehen. Was in radikaler Pose vorgetragen wird, läuft praktisch auf eine Unterstützung des Kriegs hinaus. Man heult mit den Wölfen, aber in besonders schriller Stimmlage.

So sind denn Kriegszeiten für die Linke wieder einmal Zeiten der Abgrenzungen - aber auch der Bündnisse. Über die zahlreichen Verwerfungslinien hinweg muss sich die Linke klar positionieren, gegen den Krieg und gegen seine ideologische Verharmlosung.

2. Luxus-Aquarien oder kalte Heizungen. Wohnungssektor in Russland zwischen Reform und Elend

Autor: Gisela Neunhöffer · Rubrik: Russland · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:04

Wenn Werbespots die Realität eines Landes abbilden würden, dann müsste in Moskau mindestens die Hälfte der Bevölkerung in schicke neue Wohnungen umziehen. In den Wochen vor Neujahr bewarb man immer wieder Appartements mit "individuellen Grundrissen" in neu gebauten Wohnkomplexen mit so poetischen Namen wie "Rote Segel" (in Schiffsform, am Ufer der Moskva) oder "Triumph-Palast". Und Dienstleistungen wie die Spezialanfertigung von Aquarien oder der Verkauf von westeuropäischen Designerküchen unterhalten einen blühenden Wirtschaftszweig, der beweist, dass die Kaufkraft der russischen oberen Zehntausend ungebrochen ist.

Besonders wichtig an so einer neuen Wohnung ist, wiederum den Werbespots nach zu schließen, dass sie elitnaja ist, dass sie also allen Qualitätsstandards und allen Sicherheitsansprüchen entspricht. In einem von den Unbilden der Außenwelt unabhängigen und möglichst abgeschotteten Komplex alle Einkaufsmöglichkeiten direkt zur Verfügung zu haben, alle Dienstleistungen, Vergnügungseinrichtungen und natürlich eine Tiefgarage - das ist, zumindest nach Vorstellung der Planer und Vermarkter, das Wohn-Ideal wohlhabender MoskauerInnen.

Sukzessive Privatisierung

Wer sich das Leben in einer solchen Umgebung doch nicht ganz leisten kann, versucht zumindest, die eigene Wohnung buchstäblich "aufzumöbeln". Der durchschlagende Erfolg des vor zwei Jahren eröffneten ersten russischen IKEA hat viel damit zu tun, dass sich die russische (bzw. Moskauer) Mittelschicht ihre Wohnungen mit einigermaßen erschwinglichen Möbeln im Stile "europäischer" Gemütlichkeit einrichten will.

Doch vor der Wohnungstür endet zumeist die Heimeligkeit. Nachdem die überwiegend staatlichen Wohnungen Anfang der 90er Jahre privatisiert wurden und in das Eigentum der zu diesem Zeitpunkt darin wohnenden Personen oder Familien übergingen, sind für die Instandhaltung der Häuser und damit auch der Hausflure nach wie vor kommunale Wohnungseinrichtungen zuständig, die sogenannten Zheks. Die schicken den jeweiligen Haushalten die Betriebskostenabrechnungen.

Die kommunalen Dienste sind in der Sowjetunion seit 1917 stark subventioniert worden und die niedrigen Wohnungskosten waren immer eine der wichtigsten sozialen Errungenschaften. Noch 1993 zahlten die ehemaligen SowjetbürgerInnen nach Schätzungen nur etwa zwei bis drei Prozent der anfallenden Kosten.

Rote Segel und Triumphpaläste

Das Problem: Während der Staat früher über die Mittel verfügte, um die Infrastruktur wenigstens halbwegs in Stand zu halten und zumindest ein paar neue Wohnungen zu bauen (obwohl die Wohnungsnot eines der gravierendsten Probleme auch des sowjetischen Alltags war), brachten die Krisenprozesse der 90er Jahre Investitions- und Instandhaltungstätigkeiten fast vollständig zum Erliegen. Die kommunalen Budgets sind ständig am Rande des Bankrotts. Die sowieso schon mangelhafte Wohnungsqualität ging über ein Jahrzehnt weiter in den Keller, und gegen die ökologisch und ökonomisch fatale Ineffizienz der Energie- und Wasserversorgung wurde nichts unternommen.

In Moskau verfallen die Wohnungen vor allem in den Außenbezirken, während die Innenstadt auf Hochglanz aufpoliert wird. In der russischen Provinz jedoch ist die Krise der Wohninfrastruktur eines der schwerwiegendsten Probleme überhaupt. Vor allem im Winter häufen sich die Meldungen über ganze Dörfer oder Stadtteile ohne Wasser, Strom oder Heizung. Im Dezember streikten die MitarbeiterInnen eines kommunalen Wohnungsunternehmens auf der Halbinsel Kamtschatka, weil sie zum Teil seit Juni keinen Lohn mehr ausgezahlt bekommen hatten.

Angesichts solcher Zustände ist wenig umstritten, dass der Wohnungssektor und die kommunalen Dienste grundlegend reformiert werden müssen. Bloß wie?

Die Antwort der Regierung ist nicht weiter überraschend: Die kommunalen Dienstleistungen sollen auf Wettbewerbsbasis organisiert werden. Der Staat möchte sich aus der Finanzierung des Wohnungswesens verabschieden. Private Investoren sollen die marode Infrastruktur auf Vordermann bringen. Allerdings ist auch klar, dass der Wohnungssektor im Moment - vom Luxussegment abgesehen - keine rentable Anlagequelle darstellt. Und die meisten BewohnerInnen sind schlicht nicht in der Lage, Marktpreise für Instandhaltung und Betriebskosten zu zahlen. Eine marktförmige Umstrukturierung dieses ehemals zentralstaatlich geregelten Sektors erfordert zudem einen erheblichen Organisationsaufwand.

Deshalb sind die Reformpläne gestaffelt bis 2010 angelegt und - jedenfalls auf dem Papier - mit Sozialprogrammen gekoppelt. Das bisherige Subventionssystem soll dafür umgestellt werden: Bisher zahlen ca. 26 Millionen RussInnen keine oder zu verschiedenen Prozentsätzen verminderte Betriebskosten, weil sie in eine der verschiedenen Kategorien fallen, die Ermäßigungen erhalten - als Kriegsveteranen, Invalide, Beteiligte an den Aufräumarbeiten in Tschernobyl nach dem GAU oder als Opfer stalinistischer Repressionen. Diese "Privilegien" sollen nach dem Willen der Regierung durch gezielte Zahlungen an die "wirklich Bedürftigen" ersetzt werden.

Wohnungslosigkeit ist lebensbedrohlich

Allerdings ist diese Form der Wohnungsreform hochgradig unpopulär. Die ständig steigenden Kosten für kommunale Dienste bei gleich bleibend schlechter Qualität derselben sind ständiges Thema allüberall. Im April 2002 führte die brüske Anhebung der Betriebskosten zu einer der wenigen radikalen Protestaktionen des letzten Jahres, als die aufgebrachten TeilnehmerInnen einer Kundgebung im südrussischen Woronesh begannen, das Gebäude der Gebietsadministration zu blockieren. Obwohl die Aktion selbst eher eine Eintagsfliege war, brachte sie doch die Behörden dazu, die Anhebung der Gebühren zunächst auf Eis zu legen und im weiteren eher in kleineren Schritten zu vollziehen.

Niemand glaubt, dass die von der Regierung geplanten Maßnahmen das Problem lösen würden, d.h. dass sich also mit der Anhebung der Gebühren die Lage im Wohnungssektor wirklich bessern würde. Das Misstrauen gegen Staat und Bürokraten ist vielmehr tief verwurzelt, und es herrscht die Überzeugung vor, dass die Misere vor allem mit der Korruption im Verwaltungsapparat zu tun hat. Außerdem gibt es erhebliche Zweifel an dem Versprechen, dass die in Aussicht gestellten Kompensationsmaßnahmen tatsächlich alle "Bedürftigen" erreichen würden. So schreibt der Soziologe und Publizist Boris Kagarlitzky:

"Die russische Mittel- und Oberklasse umfasst nicht mehr als 20 Prozent der Bevölkerung. Es ist absurd, von gezielter Hilfe zu sprechen, wenn von 80 Prozent der Bevölkerung die Rede ist. Die bürokratischen Kosten der zielgerichteten Subventionen werden mögliche Einsparungen schnell übersteigen und das föderale Budget auslaugen." Kurz: Der Staat will das Wohnungsproblem auf dem Rücken der ärmeren Bevölkerungsschichten lösen.

Angesichts des - wenn auch meist schweigenden - Unmuts über diese erneute zusätzliche Belastung der schmalen Haushaltsbudgets hat sich der Gesetzgebungsprozess mehrfach verzögert. Schon 2001 arbeitete die Regierung einen über neun Jahre gestreckten Plan aus, den Wohnungssektor komplett umzustrukturieren: Im Schnelldurchlauf sollte ein Gesetz durch die Duma gebracht werden, dass zum 1.1.2003 u.a. alle oben beschriebenen statusgebundenen Ermäßigungen abgeschafft hätte. Außerdem war die Möglichkeit von Zwangsräumungen bzw. die Umsiedlung säumiger ZahlerInnen in kleinere oder schlechtere Wohnungen vorgesehen. Die Aussicht, die bezahlbare eigene Wohnung zu verlieren, ist in Russland angesichts der Höhe der Mieten auf dem freien Markt und der jährlich mehreren hundert erfrorenen Obdachlosen tatsächlich lebensbedrohlich.

Angesichts dessen reichte der sozialistische Abgeordnete Oleg Shein (Partei der Arbeit) einen alternativen Gesetzentwurf ein. Darin wurde u.a. gefordert, in den Wohnungen Wasser- und Gaszähler auf Kosten der öffentlichen Kassen zu installieren, die vollständige finanzielle Transparenz der kommunalen Monopole herzustellen, den BewohnerInnen das Recht zu geben, zwischen verschiedenen Zheks zu wählen und das System der Wohngeldvergabe zu straffen, um lange Wartezeiten und bürokratischen Aufwand zu vermeiden. Dieser Gesetzentwurf hatte zwar keine realistische Chance auf Umsetzung, bewirkte aber erstens eine zeitliche Verzögerung des Gesetzgebungsprozesses, während der intensive Öffentlichkeitsarbeit vor allem mit verschiedenen Verbänden (Veteranen, Gewerkschaften der betroffenen Berufsgruppen) geleistet wurde.

Infolge der Proteste musste der Minister für Wohnungswesen, Anwar Shamuzafarov, zurücktreten. Als mobilisierbar erwiesen sich allerdings hauptsächlich diejenigen Gruppen, die konkret vom Wegfall finanzieller Unterstützung betroffen waren. Das Konzept der Privatisierung und des Subventionsabbaus selbst wurde dabei kaum in Frage gestellt. Radikale AktivistInnen argumentieren teilweise vielmehr, es gehe nicht darum, das intransparente Subventionssystem aufrechtzuerhalten, sondern darum, angemessene Löhne und Renten einzufordern. Als zweite Folge wurde der Regierungs-Gesetzesentwurf überarbeitet. Viele Abgeordnete fühlten sich von den Veteranenverbänden unter Druck gesetzt; die symbolträchtige Abschaffung der Ermäßigungen für diese Gruppen wurde zu einem zentralen Punkt der Auseinandersetzung.

Letztlich wurde im Dezember 2002 auf erheblichen Druck der Regierung eine weichgespülte Variante des Regierungsentwurfs verabschiedet. Danach bleibt das Ermäßigungssystem bis nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2005 erhalten; die Umlegung aller Betriebskosten zu Lasten der Haushalte wurde nicht zu 100 Prozent verfügt, die Zwangsräumungen wurden aus dem Gesetzentwurf gestrichen. Festgehalten wird allerdings am Kernstück des Entwurfs: Die Subventionen für Wasser, Gas, und Strom sollen sukzessive auslaufen und der Sektor privatisiert werden.

Schluss mit Gemütlichkeit

Die Reform der kommunalen Dienste gliedert sich ein in eine Reihe von Infrastrukturreformen, die die gegenwärtige Etappe des "Übergangs zum Kapitalismus" in Russland kennzeichnen: Reform und Privatisierung der Stromversorgung, der Eisenbahnen, des Bildungs- und Gesundheitssystems, bis hin zur Einführung von Gesprächsgebühren für bisher kostenlose örtliche Telefongespräche - alles Bereiche, die unmittelbar den Alltag betreffen und deren "Reform" unmittelbar steigende Lebenshaltungskosten bedeutet. Effektiven politischen Widerstand gegen diese Prozesse auf die Beine zu bringen, ist nicht gerade einfach. Denn erstens steigen die Kosten für jedeN unterschiedlich. Zweitens gibt es in den meisten Bereichen einen erheblichen Unterschied zwischen offizieller und inoffizieller Praxis. So sind Marktmechanismen eigentlich schon längst die Regel, vom privaten Vorbereitungskurs auf die Uni-Aufnahmeprüfung über den Besuch beim privaten Arzt bis zur Bestellung von Handwerkern auf eigene Rechnung. Außerdem wohnen viele Leute nicht dort, wo sie offiziell gemeldet sind. Alle möglichen Schleichwege, um Kosten und Gebühren zu sparen, werden erfolgreich genutzt - das macht es aber auch schwieriger, gegen das Steigen dieser Gebühren zu protestieren. Und drittens ist allen klar, dass Veränderungen im Bereich der Infrastrukturversorgung dringend notwendig sind, weil sich diese in einem katastrophalen Zustand befindet. Die "there is no alternative"-Rhetorik der Marktreformer hat damit eine reale Grundlage - gerade auch, weil alternative Konzepte kaum öffentlich diskutiert werden.

Die AktivistInnen der sozialen Bewegungen stehen damit, wie anderswo auch, vor der Aufgabe, konkrete Alternativen für die Organisation komplexer gesellschaftlicher Infrastrukturaufgaben "von unten" zu entwickeln.

Gisela Neunhöffer, Moskau

3. Saudi-Arabien ist ein zentrales Ziel der US-"Weltkriegs"-Strategen. Aber noch steht Präsident Bush im Weg

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: Saudi-Arabien; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:16

Einen Monat nach den Terrorangriffen auf World Trade Center und Pentagon, am 15. Oktober 2001, zog Newsweek, eines der beiden großen politischen Magazine der USA, eine geschichtliche Bilanz der Entwicklung im Nahen Osten und auf der arabischen Halbinsel, die zu vernichtenden Ergebnissen kam: Die Modernisierung dieser Region sei gescheitert. Die meisten arabischen Staaten seien heute weniger frei als vor 30 Jahren. Im Vergleich mit den Erfolgen Israels falle das arabische Scheitern doppelt auf. "Das Regime der Saudis hat ein gefährliches Spiel getrieben. Es lenkt die Aufmerksamkeit von seiner eigenen schäbigen Bilanz ab, indem es religiöse Schulen und Zentren finanziert, die eine rigide, puritanische Spielart des Islam, den Wahhabismus, verbreiten. In den letzten 30 Jahren haben von den Saudis finanzierte Schulen Zehntausende halbgebildeter, fanatischer Muslime produziert, die die moderne Welt und die Nicht-Muslime mit großem Misstrauen betrachten."

Das Wall Street Journal, eines der einflussreichsten Medien der amerikanischen Finanzwelt, schrieb am 30. Oktober 2001 in einem redaktionellen Leitkommentar, die amerikanisch-saudischen Beziehungen seien an einem Scheideweg. Die amerikanische Unterstützung für das Königshaus der Saudis habe diese nicht davon abgehalten, "diejenigen zu unterstützen, die Krieg gegen das Heimatland der USA führen". "Heute ist die vorherrschende Tatsache der amerikanisch-saudischen Beziehungen, dass dieser ‚Freund` eine Hauptquelle für die Finanzierung von al-Qaida ist." Sollte in Saudi-Arabien ein radikaleres Regime an die Macht kommen, so hätte dies immerhin den Vorteil der Klärung der Verhältnisse. Es würde sich dann nämlich unmittelbar die Frage der Übernahme der saudischen Ölfelder durch die USA stellen.

Mit genau diesem Thema befasste sich auch ein Referat, das am 10. Juli 2002 im Defense Policy Board, dem aus langjährigen prominenten Politikern und Militärs bestehenden Beratergremium im Pentagon, vorgetragen und diskutiert wurde. Die Sitzungen des Gremiums sind nicht-öffentlich, ihr Inhalt wird streng vertraulich behandelt. In diesem Fall aber wurden der Washington Post gezielt Informationen zugespielt, über die das durch die Aufdeckung der Watergate-Affäre zu Weltruhm gelangte Blatt am 6. und 7. August berichtete.

Referent Laurent Murawiec, ein Analyst des konservativen Think Tanks Rand, hatte der Zeitung zufolge Saudi-Arabien als "Kern des Übels" und "gefährlichsten Gegenspieler" der USA im Nahen Osten bezeichnet. Die USA sollten dem saudischen Regime ein umfassendes Ultimatum stellen - u.a. Einstellung der Unterstützung fundamentalistischer Islamisten in aller Welt, Einstellung aller anti-amerikanischen, anti-israelischen und anti-westlichen Stellungnahmen - und bei Nichtbefolgung die saudi-arabischen Ölquellen besetzen sowie die Geldanlagen der Saudis im Ausland beschlagnahmen.

Ein alter "Freund" wird zum "Kern des Übels"

Von den etwa zwei Dutzend Teilnehmern der Sitzung (das Defense Policy Board hat rund 30 Mitglieder) hatte sich, laut Washington Post, nur der frühere Außenminister Henry Kissinger ausdrücklich gegen die Thesen von Murawiec ausgesprochen. Genaueres war offiziell nicht zu erfahren. US-Außenminister Powell beeilte sich, seinem saudi-arabischen Kollegen zu versichern, dass das Referat nicht die Meinung des Präsidenten oder der US-Regierung wiedergegeben habe. Ein Sprecher des Außenministeriums behauptete sogar, die Beziehungen zwischen beiden Staaten seien "excellent". Etwas differenzierter drückte sich Verteidigungsminister Rumsfeld, ein Repräsentant der Hardliner, aus: Das Referat entspreche nicht der vorherrschenden Meinung innerhalb der Regierung. Rand erklärte, Murawiec habe nur seine eigenen Standpunkte vorgetragen.

Tatsächlich ist Murawiec eine zwielichtige Figur. Er bezeichnet sich als Chef einer (gleichfalls zwielichtigen) Schweizer Beratungsfirma Geopol, die aber nach Skandalen offiziell schon vor mehreren Jahren liquidiert wurde und deren Chef er nie war. Murawiec hat früher für das NATO-nahe Londoner International Institute of Strategic Studies (IISS) und als Berater des französischen Verteidigungsministeriums gearbeitet. Begonnen

hat er seine politische Karriere Mitte der 70er bis Ende der 80er Jahre in Wiesbaden in der deutschen Zentrale des US-Amerikaners Lyndon LaRouche, dessen Anhänger unter wechselnden Namen als "Europäische Arbeiterpartei" oder "Patrioten für Deutschland" zu Bundestagswahlen antraten.

Warum ausgerechnet Murawiec, der kein Nahost-Experte ist und zum Thema bisher kaum etwas publiziert hat, als Referent zu einer Sitzung des einflussreichen, hochkarätig besetzten Defense Policy Board eingeladen wurde, bleibt der Spekulation überlassen. Jedenfalls ging die Einladung angeblich vom Vorsitzenden des Gremiums, Richard Perle, dem Kopf eines ausgedehnten "neokonservativen" Netzwerks der Kriegstreiberei, aus - und der wird sich dabei sicher etwas gedacht haben.

Das Referat von Murawiec ist anscheinend nur als magere Stichwort-Sammlung erhalten, die an verschiedenen Stellen vollständig veröffentlicht wurde. (1) Der Text bestätigt in allen Punkten die Wiedergabe des Referats durch die Washington Post. Aus den Stichworten geht hervor, dass Murawiec für den Fall der Nichtbefolgung des von ihm befürworteten Ultimatums die vollständige Entmachtung der Saudis und die Aufspaltung Saudi-Arabiens vorgeschlagen hat. Da die meisten saudi-arabischen Ölfelder in Gebieten liegen, wo etwa die Hälfte der Bevölkerung Schiiten sind, sollen diese zur Sezession ermutigt werden. Die heiligen Stätten von Mekka und Medina sollen unter Kontrolle des Jordanien regierenden Königshauses der Haschemiten gestellt werden, das auch für die Wiedererrichtung der Monarchie im künftigen "befreiten" Irak im Gespräch ist. Jordanien ist Teil einer von US-amerikanischen und israelischen Politikern projektierten regionalen Dreierallianz, deren Partner Israel und die Türkei sein sollen.

Das Bekanntwerden des scheinbar vom Defense Policy Board mehrheitlich gebilligten Vortrags von Murawiec löste in saudischen Kreisen höchste Nervosität aus - was wohl auch genau die Absicht der Veröffentlichung gewesen war. Besonders die Drohung, die saudischen Auslandsanlagen zu beschlagnahmen, wurde sehr ernst genommen. Einige Medien behaupteten sogar, innerhalb weniger Wochen seien daraufhin fluchtartig 200 Milliarden US-Dollar saudisches Anlagekapital aus USA abgezogen worden. Diese Zahl wurde zwar später von saudischen Diplomaten als bei weitem zu hoch dementiert; zugleich bestätigten sie aber die Sorgen arabischer Investoren vor einer unberechenbaren Entwicklung der amerikanischen Politik.

Besetzung der Ölfelder angedroht

Nach einem Bericht der Washington Post vom 11. Februar 2002 sind schätzungsweise zwischen 700 Milliarden und einer Billion US-Dollar saudisches Kapital in Europa und den USA angelegt. Allein die Investitionen in den USA sollen sich auf 500 bis 700 Milliarden US-Dollar belaufen. Würden wirklich einige hundert Milliarden davon binnen weniger Wochen in Panik abgezogen, um sie etwa in Europa in Sicherheit zu bringen, wären die Folgen für die amerikanische Wirtschaft und den seit vielen Jahren aussichtslos überschuldeten Staatshaushalt der USA (aktueller Schuldenstand: 6,3 Billionen) vermutlich so schwerwiegend, dass es zu einer scharfen Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und Europa um die Beschlagnahme der saudischen Gelder kommen würde.

Auf die saudischen Investitionen in den USA zielt auch die Sammelklage von inzwischen schon mehr als 3.000 Hinterbliebenen der Opfer des 11. September. Die Klage richtet sich mindestens - angeblich wurde sie inzwischen erweitert - gegen sieben internationale Banken, acht islamische Stiftungen, drei Mitglieder des saudischen Königshauses und mehrere private Investoren, die allesamt als Terrorhelfer bezichtigt werden. Unter den Beklagten sind Verteidigungsminister Prinz Sultan, der frühere Geheimdienstchef Turki al-Faisal und der Bankier Khalid bin Mahfouz, der als reichster Mann Saudi-Arabiens gilt, aber auch nur über ein paar Milliarden verfügt. Gefordert werden jedoch Schadenersatzzahlungen von insgesamt mehr als einer Billion US-Dollar, also tausend Milliarden - eine astronomische Summe, die im Fall eines positiven Urteils vermutlich durch Beschlagnahme der saudischen Vermögen und Investitionen in den USA und darüber hinaus vielleicht durch die militärische Besetzung der Ölfelder eingetrieben werden soll.

Wie hoch die geforderte Summe am Ende wirklich sein soll, ist vorläufig noch offen. Die Summe von einer Billion US-Dollar war im August auf Grundlage von 700 KlägerInnen "errechnet" worden. Inzwischen sind es aber schon mehr als vier Mal so viel. Die Los Angeles Times berichtete am 23. November, die Sammelklage sei um zahlreiche Beklagte erweitert worden und die Forderung belaufe sich nunmehr auf 15 Billionen US-Dollar. Diese Zahl ist aber vermutlich ebenso falsch wie die anfangs in sämtlichen Medien gemeldete Forderung von 100 Billionen US-Dollar, die dann ein Klägeranwalt mit den Worten dementierte, das habe

vermutlich eine Sekretärin um fünf Uhr morgens abgetippt. Auch solche Irrtümer sind aber bestens geeignet, die Stimmung weiter anzuheizen.

Präsident Bush, der es auf Grund der von ihm vertretenen Wirtschaftsinteressen nicht zum Bruch mit den Saudis und zum Zusammenbruch der saudi-arabischen Finanzen - mit unvorhersehbaren weltweiten Auswirkungen - kommen lassen will, hat vergeblich versucht, die Klage zu blockieren. Er wurde wirkungsvoll mit einem Offenen Brief der KlägerInnen unter Druck gesetzt, der als ganzseitige Anzeige in der Washington Post platziert wurde. "Ihre Entscheidung in dieser Frage, Herr Präsident, wird zeigen, ob Ihre Regierung amerikanische Familien oder die saudische Monarchie unterstützt."

Cowboy Bush als großer Zauderer

Sowohl Prinz Sultan als auch Turki, der kürzlich als neuer saudischer Botschafter in London nominiert wurde - sein Vorgänger wurde aus dem Verkehr gezogen, nachdem er u.a. eine Hymne auf eine palästinensische Selbstmordattentäterin verfasst hatte - gehören zum Sudairi-Zweig des riesigen Saudi-Clans. Dieser Zweig, an dessen Spitze König Fahd steht, gilt - weil geschäftlich eng mit US-Kreisen verbunden - als "pro-amerikanischer" als die von Kronprinz Abdullah geführte Gruppe. Somit ist zu vermuten, dass die Sammelklage sich keineswegs nur gegen saudische Finanzinteressen richtet, sondern ganz bewusst auch gegen deren Partner in den USA. Prinz Sultan beispielsweise hat als Verteidigungsminister dafür gesorgt, dass amerikanische Rüstungskonzerne im letzten Jahrzehnt Waffen im Wert von mindestens 40 Milliarden US-Dollar nach Saudi-Arabien verkaufen konnten. Sein Spitzname "Mr. 10 Prozent" bekundet sein Prinzip, dass bei diesen Geschäften die Repräsentanten beider Seiten persönlich voll auf ihre Kosten kommen sollen.

Was die in der Sammelklage gegen Turki erhobenen Vorwürfe angeht, beziehen sich diese im Wesentlichen auf die achtziger Jahre, als es Regierungspolitik der USA war, mit allen möglichen militanten islamistischen Gruppen und Kampfverbänden zusammenzuarbeiten, um den Stellvertreterkrieg gegen die Sowjetunion in Afghanistan zu gewinnen. Turki hat in dieser Zeit, in engem Kontakt zur CIA, Aufgaben im strategischen Interesse der damaligen US-Politik wahrgenommen. Das erklärt auch, warum Präsident Bush versucht hat, die Sammelklage schon frühzeitig abzublocken. Sie kann nämlich vor Gericht nur zu einem Fiasko für die US-amerikanische Politik der letzten zwanzig Jahre führen - falls nicht sämtliche Grundsätze eines rechtsstaatlichen Verfahrens gebrochen werden, was mittlerweile allerdings keineswegs mehr auszuschließen ist.

Präsident Bush vorrangig nach martialischen Textstellen seiner Reden zu beurteilen, von denen er keine einzige selbst verfasst hat, kann nur zu falschen Schlussfolgerungen führen. Im Gegensatz zu seinem auch in Teilen der Anti-Kriegs-Bewegung gepflegten Cowboy-Image ist Bush der große Zauderer und Verzögerer, der den Kriegstreibern, die insbesondere alle Schlüsselstellungen im Pentagon besetzt haben, als Haupthindernis im Wege steht. Seit dem 11. September versucht das neokonservative Netzwerk, dessen Programm der "Vierte Weltkrieg" gegen den "militanten Islam" ist, die von ihnen selbst erfundene Bush-Doktrin gegen den keineswegs gradlinig nach dieser Doktrin vorgehenden Präsidenten auszuspielen.

Am 30. November berichtete die Washington Post, der Präsident werde von den Konservativen innerhalb seines eigenen Lagers zunehmend wegen seiner "versöhnlerischen" Stellungnahmen zum Islam angegriffen. Bush hat nämlich schon unmittelbar nach den Terrorangriffen vom 11. September begonnen, den Islam demonstrativ immer wieder als eine Religion des Friedens und der Toleranz darzustellen, sich in der Öffentlichkeit bei vielen Anlässen mit führenden Vertretern der amerikanischen Moslem-Gemeinden zu zeigen und sich klar von anti-islamischen Äußerungen zu distanzieren. Viele Neokonservative behaupten im Gegensatz dazu, dass der Islam seinem Wesen nach gewalttätig und intolerant sei. Er unterscheide sich darin grundlegend von Christentum und Judentum und dürfe mit diesen keinesfalls auf eine Stufe gestellt werden. Die Moslem-Vertreter, mit denen sich Bush getroffen hat, seien allesamt Sympathisanten und Förderer des Terrorismus. Noch bösartiger äußern sich manche prominenten Leitfiguren des christlichen Fundamentalismus, die im neokonservativen Lager eine wesentliche Rolle spielen. Typisch für sie ist der fanatische Radio-Prediger Pat Robertson, der erklärte: "Adolf Hitler war schlimm, aber was die Moslems den Juden antun wollen, ist schlimmer."

Präsident Bush steht den Strategen und Propagandisten des "Vierten Weltkriegs" im Wege. Nicht etwa, dass er den Gang der Dinge wirklich dauerhaft verhindern kann. Aber er verzögert ihn. Es wäre nicht überraschend,

wenn dieses Hindernis noch vor der nächsten Präsidentenwahl durch einen Skandal beseitigt würde. In den Geschäftsbeziehungen des Bush-Clans zur arabischen Welt, insbesondere zu saudischen Kreisen, gibt es wahrscheinlich Stoff genug.

Knut Mellenthin

Anmerkung:

1) Sie ist im Internet beispielsweise zu finden unter www.d-n-i.net/fcs/comments/c457.htm.

4. "Mein Name ist Hase..." Warum das Berliner Memri nicht in Frieden leben kann

Autor: Kt. · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:22

Seit einem Jahr gibt es in Berlin eine Zweigstelle des in Washington beheimateten Middle East Media Research Institute, abgekürzt Memri. Seither sorgen Mirjam Gläser und Goetz Nordbruch in unermüdlichem Einsatz für Aufklärung über den arabischen Antisemitismus und islamischen Faschismus.

Nicht verstehen können Gläser und Nordbruch, wie sie in vielen Interviews beteuern, das starke Misstrauen, auf das ihre Arbeit in arabischen und moslemischen Kreisen, aber keineswegs nur bei denen, stößt. Den Vorwurf, Memri sei "eine rechte Siedlerorganisation" - ein Ausdruck aus der israelischen Innenpolitik, den in Deutschland vermutlich niemand in diesem Zusammenhang benutzen würde - halten die beiden AktivistInnen für völlig aus der Luft gegriffen. Man werfe Memri auch vor, klagen Gläser und Nordbruch, dass es von einem Israeli gegründet wurde. Und das sei doch wirklich gemein und zeuge von starker Voreingenommenheit, um nicht zu sagen Antisemitismus. Nicht einmal die Behauptung, "pro-israelisch" zu sein, wollen die beiden Unschuldslämmchen gelten lassen.

Der Israeli, der das Memri im Jahr 1998 gegründet hat und heute sein Präsident ist, heißt Jigal Carmon. Er hat mehr als 20 Jahre lang für den militärischen Geheimdienst Israels, Aman (Agaf ha-Modi'in), gearbeitet, zuletzt als hochrangiger Offizier. Er wurde dann Terrorismus-Berater des ultrarechten israelischen Ministerpräsidenten Jitzhak Schamir, der 1986-92 regierte, und anschließend zunächst auch von dessen sozialdemokratischem Nachfolger Jitzhak Rabin, der 1995 ermordet wurde.

Als erklärter Gegner des Oslo-Friedensprozesses mit den Palästinensern, den er als "historische Katastrophe" bezeichnete, wandte sich Jigal Carmon jedoch bald öffentlich gegen die Politik Rabins. Er ließ sich in Washington nieder und bildete dort mit Jossi Ben-Aharon und Joram Ettinger die sogenannte "Dreierbande" oder, wie Rabin sie nannte, "die drei Musketiere". Gemeinsam betrieben sie unter Senatoren und Abgeordneten des US-Kongresses eine recht erfolgreiche Lobby-Arbeit gegen den Oslo-Friedensprozess und die Friedensverhandlungen Rabins mit Syrien. Ben-Aharon war zuvor Büroleiter von Schamir gewesen. Ettinger war in der Israelischen Botschaft in Washington Abteilungsleiter für "Kongress-Angelegenheiten". Mehrere Artikel, die Carmon damals zur Bekämpfung des Oslo-Friedensprozesses publiziert hat, sind immer noch im Internet zu finden.

Bevor Carmon 1998 das Memri gründete, plante er gemeinsam mit einer Gruppe amerikanischer "Terrorismus-Experten" aus dem Hardliner-Lager die Bildung eines einschlägigen rechten Think Tanks. Seine Partner waren der anti-islamische Enthüllungsjournalist Steve Emerson, der nach 27 Jahren in den Ruhestand gegangene ehemalige FBI-Abteilungschef für Terrorismus-Bekämpfung, Steve Pomerantz, und Oliver Revell, ein weiterer ehemaliger hoher FBI-Funktionär.

Carmon hatte bei der Gründung des Memri eine ebenfalls aus Israel stammende Partnerin, Meyrav Wurmser, gleichfalls eine erklärte und vehemente Gegnerin des Oslo-Friedensprozesses. Sie war erste Chefin des Memri, zog sich allerdings schon 1999 zurück und wurde Leiterin der Nahost-Abteilung des Hudson Institute, eines neokonservativen Think Tank. Sie ist die Ehefrau von David Wurmser, einem hohen Beamten im US-Außenministerium und Mitglied der Führungsgremien mehrerer Organisationen des neokonservativen Netzwerks. Beide Wurmsers gehörten der von Richard Perle geleiteten Arbeitsgruppe an, die 1996 eine Strategie-Studie erstellte, die zur Grundlage der Außenpolitik des ultrarechten israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu wurde.

Noch in ihrer Zeit als Memri-Chefin veröffentlichte Meyrav Wurmser einen hochinteressanten Artikel "Can Israel Survive Post-Zionism?". (1) Nach Ansicht der Autorin befindet sich Israel in einer Identitäts- und Wertekrise, die durch den Post-Zionismus verursacht ist. Darunter versteht Mrs. Wurmser Historiker, die die offizielle Geschichtsschreibung des Staates Israel punktuell anzweifeln, sämtliche auf friedlichen Ausgleich mit den Palästinensern orientierte Gruppen, einschließlich der gesamten sozialdemokratischen Arbeitspartei, aber auch Soziologen, die die untergeordnete Stellung der orientalischen Juden (Sephardim) gegenüber den aus Europa stammenden (Aschkenasim) kritisieren. Mrs. Wurmser meint, dass der Post-Zionismus bereits zur herrschenden Strömung in Israel geworden sei. Selbst dem Likud wirft sie vor, die zionistische Vision

aufgegeben zu haben, wie sich an seiner Akzeptanz des Oslo-Friedensprozesses und seiner Bereitschaft zum territorialen Rückzug zeige. Wohlgemerkt, der Artikel erschien schon 1999. Vielleicht urteilt Meyrav Wurmser über die Politik Scharons heute etwas milder.

Aus dem personellen Kontext ergibt sich: Das Memri ist ganz eindeutig nicht nur erklärtermaßen pro-israelisch (wogegen an sich wenig einzuwenden wäre, wenn es nicht von Gläser und Nordbruch treuherzig-trotzig bestritten würde), sondern es orientiert sich an der Politik des Likud, und zwar noch am ehesten an dessen rechtem Flügel um Netanjahu. Das Memri bekämpft einen friedlichen Ausgleich mit den Palästinensern. Und es ist eng verflochten mit dem neokonservativen Netzwerk, das die Strategie eines "Vierten Weltkriegs" gegen den "militanten Islam" propagiert.

Gerade erst vor etwas mehr als vier Jahren gegründet, besitzt das Memri heute schon Zweigstellen in London, Jerusalem, Berlin und Moskau. Es beschäftigt nach eigenen Angaben (Jigal Carmon am 21. August 2002) über 30 Angestellte. Darüber hinaus vermutlich zahlreiche freie Mitarbeiter, vor allem als Übersetzer. "Da ist immer Misstrauen ... Die erste Frage ist, wer das finanziert, welche politischen Interessen stehen dahinter", klagte Goetz Nordbruch wehleidig in einem Interview im Oktober 2002, nachdem das Memri als Mitveranstalter des Jungle-World-Kongresses zum 11. September auch in der linken Öffentlichkeit bekannt geworden war. Ja, die Welt ist gemein, und es kann der Frömmste nicht in Frieden leben ...

Kt.

Anmerkung:

1) Der Text ist im Internet zu finden unter www.allenpress.com/mieq/issues/vol06/ftr-0601.html

5. Sich dem Krieg widersetzen. "Resist the war" mobilisiert für zivilen Ungehorsam gegen den Irakkrieg

Autor: Martin Singe/Elke Steven · Rubrik: Friedensbewegung; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:33

Anlässlich des bevorstehenden Krieges gegen den Irak haben verschiedene friedenspolitische und bürgerrechtliche Gruppen die Kampagne "Resist the war" ins Leben gerufen. "Resist" geht es auch darum, Aktionen des zivilen Ungehorsams und des gewaltfreien direkten Widerstandes in den antimilitaristischen Mobilisierungen wieder populär zu machen.

Seit Monaten machen die USA und Großbritannien deutlich, dass sie mit militärischen Mitteln einen Machtwechsel im Irak herbeizwingen wollen. Der geplante Krieg wird - nach dem 11.9.2001 - in den Anti-Terror-Krieg der Alliierten eingeordnet. Allerdings hat er damit wenig zu tun. Nachweislich hat Saddam Hussein keine Beziehungen zu fundamentalistisch-isla- mistischen Terroristen-Gruppen. Des Weiteren wird das Argument angeführt, der Irak müsse wegen seines Besitzes von Massenvernichtungswaf- fen oder seiner Fähigkeit, solche herstellen zu können, angegriffen werden. Vertreter der UNSCOM-Mission, die bis 1998 im Irak tätig war, bezeugen jedoch, dass mindestens 90-95% aller dieser Waffenbestände sowie alle Fabrikationsanlagen für Massenvernichtungswaf- fen vernichtet worden seien. Auch besitze der Irak keine weit reichenden Trägersysteme mehr. Also kann der Irak nicht als besondere Gefährdung seiner Nachbarstaaten, geschweige denn als Gefährdung der westlichen Welt eingestuft werden.

Hinter den Kulissen werden allerdings auch halb öffentlich die wahren Ziele des angekündigten Krieges genannt: Es geht um Öl, um die Aneignung dieser strategisch bedeutsamen Region für die Installierung von Militärstützpunkten, ja um eine generelle Neuordnung des vorderen Orients in Richtung prowestlicher Staatensysteme. Deshalb bestanden Pläne für einen Krieg gegen den Irak bereits vor dem 11. September 2001. Und zumindest in den Überflugverbotszonen wird der Krieg seit der heißen Kriegsphase im Dezember 1998 längst kontinuierlich geführt. Die Frankfurter Rundschau kommentierte am 17.12.02: "Der Irak-Krieg wird nicht ausbrechen. Im Gegenteil. Er hat längst begonnen."

Der Krieg wird schon geführt

Die Last eines zweiten Irak-Krieges und seine Folgen trägt vor allem die Bevölkerung Iraks. Die Menschenrechte der Unbeteiligten werden schon jetzt blutig verletzt. Bereits den ersten Krieg, bei dem die Infrastruktur des Landes weitgehend zerstört wurde, und das darauf folgende Embargo, das nicht nur die Ölausfuhr, sondern auch die Einfuhr lebenswichtiger Produkte beschränkte, musste die Bevölkerung des Irak mit weit über einer Million Toten, darunter über 500.000 Kinder, bezahlen. Es ist davon auszugehen, dass ein neuer Krieg hauptsächlich in den Städten geführt wird. Damit bräche die schlechte Versorgung der Bevölkerung vollends zusammen. Tausende Zivilistinnen und Zivilisten würden nicht nur durch die Kampfhandlungen verletzt und getötet, sondern auch indirekt an Hunger und Seuchen sterben.

Das rot-grüne Regierungsbündnis begann seine erste Legislaturperiode 1999 mit einem Krieg, der mit Menschenrechten und der lügnerischen Beschwörung von Auschwitz gerechtfertigt wurde. Die schon damals fadenscheinigen Kriegsrechtfertigungen wurden im Laufe der folgenden Kriege noch dürftiger. Inzwischen reicht das "essenzielle Interesse" an dem Bündnis gegen den Terror zur Kriegsrechtfertigung. Wer in der Welt etwas zählen will, so die immer neue Botschaft der "RealpolitikerInnen", muss sich an den Kriegen der Welt beteiligen.

Zu Zeiten des Bundestagswahlkampfes im Sommer 2002 schien es den Parteien von CDU über SPD bis hin zu den Grünen unter taktischen Gesichtspunkten angebracht, sich gegen jeden Krieg gegen den Irak auszusprechen. Selbst ein UN-Mandat könne keinen Krieg gegen den Irak rechtfertigen. Seit sie wieder in der Macht bestätigt worden sind, reden die rot-grünen PolitikerInnen jedoch mit vielen Zungen, um den Weg frei zu machen für eine erneute deutsche Beteiligung an einem "grundgesetzwidrigen Angriffskrieg" (Wolfgang Thierse).

Direkt nach der Wahl folgten die ersten Schritte zur praktischen Unterstützung eines Krieges. Am 27.11.2002 kündigte die Bundesregierung an, dass die US-Streitkräfte auch im Falle des Krieges alle gewünschten

Überflug-, Bewegungs- und Transportrechte in der Bundesrepublik Deutschland erhalten würden. Als Aggressionshandlung und damit als Verstoß gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot ist jedoch unter anderem die "Handlung eines Staates (zu qualifizieren), die in seiner Duldung besteht, dass sein Hoheitsgebiet, das er einem anderen Staat zur Verfügung gestellt hat, von diesem anderen Staat dazu benutzt wird, eine Angriffshandlung gegen einen dritten Staat zu begehen". (Art. 3f der UN-Resolution vom 14.12.1973, vgl. Dieter Deiseroth: Am Abgrund des Verfassungsbruchs, in FR, 11.9.2002)

Im August 2002 hatte Verteidigungsminister Struck noch angekündigt, die in Kuweit stationierten Fuchs-Spürpanzer im Falle eines Krieges zurückzuziehen. Die Beteiligung an einem Angriffskrieg, in den sie dann involviert wären, entspäche nicht ihrem Auftrag der Terror-Bekämpfung. Inzwischen ist das Mandat des Anti-Terror-Kampfes um ein ganzes Jahr verlängert worden, und es steht fest: Die Spürpanzer bleiben - auch im Falle eines Angriffs auf den Irak.

Es folgte die Diskussion um die deutsche Beteiligung an AWACS-Einsätzen. Die multinational zusammengesetzten Einheiten dienen der Luftaufklärung und damit der Zieleinsatzplanung. Den Bürgern und Bürgerinnen sollte zunächst weisgemacht werden, diese Einheiten dienten nur dem Schutz des Nato-Partners Türkei und hätten mit Kriegsführung nichts zu tun. Obwohl inzwischen unumstritten ist, dass diese AWACS-Einsätze unmittelbar der Kriegsführung dienen, sagte die Regierung am, 11.12.2002 die Beteiligung deutscher Soldaten zu. Der Schutz amerikanischer Kommandozentralen und der Kriegstransportlogistik innerhalb Deutschlands ist ebenfalls bereits zugesagt. Die Bundeswehr wird hierfür zuständig sein. Sie kommt damit dem Einsatz im Inneren einen Schritt näher.

Kriegsbeteiligung in rot-grüner Kontinuität

Seit dem Januar 2003 ist Deutschland Mitglied im UN-Sicherheitsrat. Dort steht die Regierung vor der Aufgabe, die Zustimmung zum Krieg nun auch offen und öffentlich zu vollziehen, ohne gleichzeitig hier zu Lande ihre scheinbar ablehnende Haltung aufzugeben. Als ersten Schritt in diese Richtung begannen Fischer und Schröder, die UN-Resolution 1441 umzudefinieren. Nach langen Diskussionen um diese Resolution hatten sich im Herbst 2002 die Kräfte und Nationen durchgesetzt, die den von den USA gewünschten Automatismus zu einem Krieg verhindern wollten. Während die USA nur die Verpflichtung zu einer neuen Beratung im Sicherheitsrat herauslesen, besteht etwa Frankreich darauf, dass es für militärische Aktionen einer neuen Resolution bedarf. Die deutsche Regierung hat sich Ende des Jahres 2002 vorsichtshalber die US-amerikanische Haltung zu eigen gemacht. Sie erleichtert damit den Schritt zum Krieg - ohne selbst darüber abstimmen zu müssen.

Eine Kriegsbefürwortung wurde somit in Aussicht gestellt. Außenminister Fischer und Bundeskanzler Schröder haben so auch für den Fall, dass sich die Kräfte durchsetzen, die auf einer erneuten Resolution bestehen, ihre machtpolitische "Zuverlässigkeit" bewiesen.. Wer aber ganz offiziell einem Krieg zustimmt, der kann sich einer Beteiligung nicht entziehen. Und so wird sich Deutschland an einem menschenrechts-, völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Angriffskrieg beteiligen. Jedoch: Schon die Vorbereitung eines Angriffskrieges ist grundgesetzwidrig und mit Freiheitsstrafe bedroht.

Als Amerika Krieg gegen Mexiko führte, formulierte 1849 einer der "Väter" der Idee des Zivilen Ungehorsams, Henry David Thoreau: "Muss der Bürger auch nur einen Augenblick, auch nur ein wenig, sein Gewissen dem Gesetzgeber überlassen? Wozu hat denn dann jeder Mensch ein Gewissen? ... Man sollte nicht den Respekt vor dem Gesetz pflegen, sondern vor der Gerechtigkeit. ... Mach dein Leben zu einem Gegengewicht, um die Maschine aufzuhalten." Thoreau verweigerte die Kriegssteuern und ging dafür ins Gefängnis.

Als die USA Anfang der 80er Jahre einen Krieg gegen Nicaragua vorbereiteten, verbündeten sich tausende US-BürgerInnen im Rahmen einer Kampagne "Versprechen zum Widerstand - Pledge of resistance". Sie kündigten öffentlich vielfältige Formen zivilen Ungehorsams gegen den damals drohenden Krieg an und beeindruckten nachhaltig sowohl Politik als auch die öffentliche Meinung. Auch aktuell sammelt die US-Friedenskampagne "Not in our name" Unterschriften für eine Erklärung, mit der sich die Unterzeichnenden gegenseitig und öffentlich Widerstand gegen die angekündigten so genannten Anti-Terrorkriege versprechen.

An solche Traditionen des Protestes und zivilen Ungehorsams und an Erfahrungen aus der bundesdeutschen Anti-Atom- und Friedensbewegung knüpft die Kampagne "Resist" an. Schon während der Kriegsdrohung sollen möglichst viele Menschen gewonnen werden, die öffentlich ihre Widerstandsbereitschaft ankündigen.

Mehr als 3.000 Personen haben den Aufruf unterzeichnet und damit angekündigt, dass sie im Falle eines Krieges Widerstand leisten wollen- auch mit Aktionen zivilen Ungehorsams.

Die Kampagne stellt Forderungen sowohl an die US-Regierung als auch an die Bundesregierung. Die US-Regierung ist aufgefordert, jegliche Kriegsdrohung und alle kriegerischen Handlungen einzustellen sowie das Embargo gegen den Irak aufzuheben. Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich in keiner Weise am angekündigten Krieg zu beteiligen. Das bedeutet u.a.: Keine Überflugrechte für Kriegsflugzeuge; keine Nutzung amerikanischer oder britischer Basen oder Kommandozentralen auf deutschem Boden; Rückzug der bereits vor Ort liegenden Truppen (Fuchs-Panzer in Kuweit, Marineeinheiten am Horn von Afrika); keine Beteiligung deutscher Soldaten bei den Einsätzen der AWACS-Flugleitzentra-len; kein Schutz von US-Militärstandorten durch die Bundeswehr!

"Resist" ruft für den Fall eines Krieges gegen den Irak dazu auf, am zweiten Samstag nach Kriegsbeginn eine große Sitzblockade vor der US-Airbase in Frankfurt/Main zu veranstalten. (Nicht jedoch am 15.2.2003. Wäre dies der zweite Samstag nach Kriegsbeginn, würde die Blockade um eine Woche verschoben, da an diesem Tag europaweit Großdemonstrationen stattfinden.) Bereits am 14.12.2002 haben über 500 Menschen am Haupttor der US-Airbase demonstriert. In den meisten Städten gibt es Aufrufe, sich am Tag des Kriegsbeginns abends zu Mahnwachen zu versammeln. Am Samstag nach Kriegsausbruch werden dann überall städtische oder regionale Demonstrationen stattfinden. Solange der Krieg dauert, sollen Protestaktionen und Aktionen zivilen Ungehorsams fortgesetzt werden. Sie sollen nicht auf Frankfurt beschränkt bleiben. Es gibt viele weitere Orte, die in den Krieg involviert wären, z.B. die US-Basen in Ramstein und Spandahlem, die EUCOM-Befehlszentrale in Stuttgart, die Verteidigungsministerien in Bonn und Berlin ...

Blockiert die Kriegsmaschinerie!

Zur Verdeutlichung des angedrohten Widerstands und des Protestes gegen die deutsche Beteiligung an diesem Krieg findet am 25.1.2003 eine Demonstration an der AWACS-Basis in Geilenkirchen bei Mönchengladbach statt. In diesem Rahmen wird den Soldaten ein Aufruf übergeben, sich nicht an gesetzwidrigen Aktionen zu beteiligen. An so vielen Orten wie möglich sollen Protest und Widerstand sichtbar werden!

Martin Singe, Elke Steven

"Resist", Komitee für Grundrechte

und Demokratie

Informationen: resist - Sich dem Irak-Krieg widersetzen!, c/o Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn, Telefon: 0228 - 692 904, Fax: -06; E-Mail: info@resisthewar.de; www.resistthewar.de

Komitee für Grundreche und Demokratie, Aquinostr. 7-11, 50670 Köln, Telefon: 0221 - 9726930, Fax: -31, E-Mail: Grundrechtekomitee.de; dort ist zu bestellen: BürgerInnen-Information: Den Irak-Konflikt friedlich lösen! - Kein Blut für Öl und Militärstützpunkte

6. Wenn die Niere eine Reise tut ... Nationale und globale Organmärkte: drei Fallbeispiele

Autor: Erika Feyerabend · Rubrik: Gesundheitspolitik; Israel / Palästina; Iran; Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:07

Die Transplantationsmedizin ist eine noch recht junge Disziplin. Experimentelle Verpflanzungen von Schilddrüsen reichen zwar bis ins 19. Jahrhundert zurück. Doch erst nach 1945 wird die Krankenbehandlung mittels Organersatz durchsetzungsfähig - zunächst mit der Niere. Mittlerweile sind Menschenkörper durchlässig geworden: Niere, Leber, Herz, Lunge, Bauchspeicheldrüse u.a.m. können ihren Ort wechseln.

Die Entwicklungen in der Immunsuppression, die verhindern sollen, dass fremde Körperteile abgestoßen werden, verfeinerte Operationstechniken und eine neue Todesdefinition ließen die Transplantationsmedizin insbesondere in den 80er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts enorm expandieren. In den westlichen Industrienationen wurden nationale und Länder übergreifende Transplantationssysteme geschaffen, die das Management von Organbeschaffung und Verteilung organisieren. Im Fokus des Interesses standen lange die "hirntoten" PatientInnen, die bei schlagendem Herzen explantiert werden. Ihr Sterben wird produktiv und in Bevölkerungsdimensionen kalkulierbar gemacht.

Iran: Nationaler Organhandel

Das Schlüsselwort der Transplantationsmedizin heißt "Organmangel". Immer mehr PatientInnen werden auf die Wartelisten gesetzt, doch die Zahl derer, die nach den jeweils geltenden Hirntod-Kriterien versterben, stagniert. Angebot und Nachfrage klaffen weit auseinander. Bislang wurden vor allem zwei Rhetoriken bemüht, um diesen von der Transplantationsmedizin selbst produzierten Mangel zu bewältigen. Zum einen eine "Betroffenheits-Entgrenzung", die Organtransplantation zu einem Thema für jede/n macht, denn schließlich könnte man ja schon morgen selbst "organbedürftig" werden. Zum anderen der sogenannte "Tod auf der Warteliste": Menschen sterben nicht mehr an ihren Krankheiten, sondern an der mangelnden Spendebereitschaft einer Bevölkerung. Ihr Tod gilt als gesellschaftlich verursacht und wird jenen angelastet, die Organabgaben verweigern oder keinen Organspendeausweis ausfüllen.

Doch inzwischen rückt eine neue Zielgruppe ins Visier der Transplantationsaufklärer: die gesunden Lebenden. Sie sollen vor allem Nieren, aber auch Leberlappen, Teile des Dünndarms oder der Bauchspeicheldrüse für schwer Kranke hergeben. Hier liegen die wahren Wachstumsperspektiven. International propagiert man inzwischen die Organhergabe in gesunden Tagen an Verwandte, den Freundeskreis und zunehmend auch an das anonyme Kollektiv der WartelistenpatientInnen. Dabei war die Gruppe der so genannten Lebend"spenderInnen" in vielen Ländern des Südens schon immer bevorzugter Organlieferant. Zum einen, weil in islamischen und asiatischen Ländern der "Hirntod" bis vor kurzem weder gesetzlich noch gesellschaftlich anerkannt war. Zum anderen, weil Angebot und Nachfrage auch in diesem Gebiet den Spuren des Kapitals folgen: von Süd nach Nord, von Ost nach West und von Arm nach Reich. Die armen Bevölkerungen dieser Welt sind Überlebensressource für die Organbedürftigen in Ländern mit hohen Transplantationskapazitäten und langen Wartelisten. Mittlerweile kann in den Universitätskliniken auf der ganzen Welt der Organersatz angeboten werden. Es steigen Nachfrage und Bedarf - zum Beispiel im Iran.

Iran war lange Zeit ein Stiefkind der Transplantationsentwicklung. Bis zur Revolution wurden durchschnittlich zehn Nieren jährlich aus gesunden "SpenderInnen" herausoperiert. Die meisten Organe seien früher von Eurotransplant im holländischen Leiden, der europäischen Verteilungsagentur, importiert worden, weiß der Transplantationspionier Iradj Fazel aus Teheran zu berichten. Daneben sollen ca. 400 PatientInnen in Zentren der USA und in England Nieren bekommen haben. Mit der Revolution 1979 und in Folge verschiedener Embargos waren einerseits weder Transplantationen möglich, andererseits keine ausreichenden Dialysekapazitäten vorhanden. Ganze PatientInnengruppen verstarben. Iradj Fazel startete in den 80er-Jahren ein Lebenspendeprogramm, in dem mittlerweile 13.000 Transplantationen durchgeführt wurden. Zunächst verpflanzte man Nieren unter Verwandten, dann auch unter "emotional verbundenen SpenderInnen", und schließlich auch unter einander Unbekannten.

Heute kauft der iranische Staat die Nieren seiner BürgerInnen. Das iranische Modell ist ein legaler Organmarkt. Der Handel wird von zwei Organisationen kontrolliert, die von der Regierung unterstützt werden.

Die Assoziation zur Unterstützung von Nierenpatienten (CASPK) bringt EmpfängerIn und VerkäuferIn in Kontakt und organisiert die medizinischen Untersuchungen. Die Wohltätigkeitsvereinigung für besondere Krankheiten (CFSD) ist nach erfolgter Transplantation per Gesetz verpflichtet, den OrgangeberInnen einen Betrag von derzeit rund 2.000 Dollar zu zahlen. Das durchschnittliche Jahresgehalt liegt im Iran bei 2.600 Dollar. "Da gibt es keine Frage, das größte Motiv der nicht verwandten Spender ist ein finanzielles. Das ist offensichtlich. Doch es gibt auch andere Wege, an Geld zu kommen. Wenn jemand diesen schmerzhaften Weg akzeptiert, dann ist ein Teil seiner Entscheidung vielleicht doch auch noch, jemandem zu helfen" beruhigte Prof. Fazel mögliche ZweiflerInnen auf dem Kongress "Ethik in der Organtransplantation", veranstaltet von der Deutschen Akademie für Transplantationmedizin im Dezember 2002 in München. Das Modell sei ideal: keine Wartelisten, keine Mittelsmänner, keine unkontrollierten Märkte. Die staatlich gekauften Organe gingen an alle, ob arm oder reich. VerkäuferInnen und EmpfängerInnen treffen sich im Iran schon vor der Operation.

Was sich dort noch an "Geschenken" austauschen lässt, das entzieht sich allerdings der Kenntnis des Chirurgen. Im Iran werden nur "iranische Organe" in iranische StaatsbürgerInnen verpflanzt. Fremde dürfen sich auch transplantieren lassen, jedoch nur, wenn sie ihre "Organressource" gleich selbst mitbringen. Eine Art "Nationalisierung" von Körpern als Schutzschild gegen Ausbeutung im globalen Organtransfer?

Israel: Staatliche Subventionen für Organimport

Der Organaustausch ist in Israel gesetzlich geregelt. Körperteile von "Hirntoten" dürfen nur mit Erlaubnis der Familie entnommen werden. Die Nierenabgabe von gesunden "SpenderInnen" wird von verschiedenen Kommissionen geprüft und nur selten wird zugelassen, dass Nieren außerhalb des Familienkreises veräußert werden können. Der Verkauf von Organen ist - noch - illegal. Auch in Israel spielt nicht nur das Gesundheitsministerium, sondern auch die Geo-Politik eine Rolle bei den Entwicklungen im Transplantationssektor. Das Hadassah Universitätskrankenhaus in Jerusalem liegt im Zentrum der Westbank und versorgt ungefähr 10% der Bevölkerung, die mit schweren Nierenproblemen zu kämpfen haben. Dort hat sich in den letzten Jahren die Behandlung merklich geändert. Bis 1987 sind 92 arabische PatientInnen transplantiert worden, danach wurden immer weniger PatientInnen von den Dialyse-Zentren der Westbank nach Jerusalem geschickt. Statt dessen kamen in den nächsten Jahren 300 arabische Nierenkranke zur Nachsorge in die Universitätsklinik. Sie hatten sich in Indien für 15.000 Dollar (einschließlich Reisekosten) und nach dem Golfkrieg im Irak für 7.000 Dollar Nieren gekauft und transplantieren lassen. Nur ein Bruchteil, im Irak durchschnittlich 500 Dollar, geht an die meist jungen männlichen Nierenverkäufer.

Auch die jüdischen PatientInnen kaufen Organe - nicht im Irak, sondern in Estland, Bulgarien, Türkei, Russland, Rumänien oder Moldawien. Die Operationen selbst sollen auch in den großen Transplantationszentren der USA, in Großbritannien oder Deutschland durchgeführt werden. Die PatientInnen zahlen ungefähr 150.000 Dollar pro Transplantation.

Transaktionen wie diese haben mittlerweile einen halblegalen Charakter. Die israelischen Krankenkassen bzw. - im Falle von Kriegsveteranen - das israelische Verteidigungsministerium zahlen 40.000 Dollar an jene BürgerInnen, die sich im Ausland Organe beschaffen - mittlerweile 25% aller im Jerusalemer Klinikum versorgten NierenpatientInnen. (1) Der Nierenspezialist Michael Friedlaender von der Hadassah Universitätsklinik hat einen Gesetzesvorschlag formuliert, um ein Programm, das Lebendspenden in Israel finanziell vergütet, juristisch abzusichern: Das nationale Transplantationszentrum soll alle Kosten für die medizinische Betreuung der OrganverkäuferIn übernehmen. Es bestimmt einen Festpreis für die Nierenabgabe, die vor der Entlassung aus dem Krankenhaus ausgezahlt wird und steuerfrei ist. Die vielen Transplantationen, die jetzt im Ausland stattfinden, könnten so im eigenen Hause durchgeführt und zusätzliche VerkäuferInnen in Israel rekrutiert werden. Ein regulierter Markt soll entstehen, der auch vor den nationalen Grenzen nicht halt macht.

Dass die Chancen für dieses Reglement nicht schlecht stehen, zeigt das jüngste Urteil des Obersten Gerichtshofs in Israel. Er hob das Verbot auf, für unfruchtbar erklärte Frauen Eizellen aus dem Ausland gegen Geld zu importieren.

Deutschland: abkassieren und schweigen

Der Eindruck, dass die deutsche Transplantationsgemeinde vergleichsweise zurückhaltend ist, trügt. Renommierte Chirurgen und politische Zusammenschlüsse wie die Deutsche Akademie für Transplantationsmedizin arbeiten daran, die "Lebendspende" auszuweiten und auch für einander Unbekannte zu ermöglichen. Die Kombination aus üblichem Medizintourismus und ausgedehnten "Lebendspendeprogrammen" eröffnet Handelsbeziehungen rund ums Organ. Gleichzeitig sind ohnehin verschiedene Bezahlungsmodelle im Experten-Gespräch. Von verschiedenen Seiten erhobene Vorwürfe gegen Prof. Christoph Broelsch vom Transplantationszentrum Essen legen nahe, dass auch deutsche Chirurgen am internationalen Organgeschäft partizipieren könnten.

Seit einem Jahr hat sich der Essener Leberspezialist mit konkreten Verdachtsmomenten auseinander zu setzen. Damals stellte sich ein israelischer Patient mit seinem vermeintlichen Vetter aus Moldawien bei der hauseigenen Lebendspende-Kommission vor. Die hatte Zweifel an den verwandtschaftlichen Beziehungen und lehnte die Transplantation ab. Die eigentlich zuständige Lebenspende-Kommission der Ärztekammer Nordrhein will den Fall nicht mehr selbst geprüft haben und lehnte die Operation ebenfalls ab. Die Transplantation fand dennoch statt - am Klinikum in Jena. Einer der Operateure war Christoph Broelsch. Nun ermittelt die Essener Staatsanwaltschaft sowohl gegen den Israeli als auch gegen den Moldawier. Weitere Verdachtsmomente auf illegalen Organhandel förderte Die Zeit vor ein paar Wochen zu Tage. "Nach der Statistik des israelischen Krankenkassen-Managers Rosenfeld wurden in den vergangenen zwei Jahren sieben gekaufte Nieren in Deutschland transplantiert, alle in Essen. Die Patienten hätten gegenüber einem Notar oder Anwalt erklärt, dass sie an die 145.000 Dollar an ihren Vermittler gezahlt hätten, so Rosenfeld." (2)

Die Lebendspendekommission der Ärztekammer Nordrhein, zuständig dafür, finanzielle Transaktionen bei gesunden OrgangeberInnen auszuschließen, hat noch keine offizielle Stellungnahme diesbezüglich abgegeben. Vom Gesundheitsministerium ist ebenso wenig zu hören wie von der Bundesärztekammer, deren Richtlinien solche Praktiken ausschließen sollen. In deren "Arbeitskreis Lebendspende" sitzt im übrigen immer noch Christoph Broelsch. Der geht bis auf weiteres seiner Profession nach - und schweigt.

Erika Feyerabend

www.bioskop-forum.de

Anmerkungen:

1) Lancet, vol. 395 March 16, 2002, S. 972

2) Martina Keller, Operation Niere in: Die Zeit, 5.12.02

7. Wie man in den Niederlanden "aus Gnade" tötet. Sterbehilfe im selbsternannten Königreich des Liberalismus

Sterbehilfe im selbst ernannten Königreich des Liberalismus

Autor: Jeroen Breekveldt · Rubrik: Niederlande · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:24

Sterbehilfe wird in öffentlichen Diskussionen in den Niederlanden stets präsentiert als Akt der Autonomie des Patienten. Tatsächlich aber stattet dieses neue Gesetz die ÄrztInnen mit mehr Macht aus. Und bietet eine praktische Entlastung gesellschaftlicher Verantwortung an für alte, kranke, kurz: "überflüssige" Menschen.

1969 schrieb Jan Hendrik van den Berg ein Buch mit dem Titel "Medizinische Macht und medizinische Ethik", in dem er für eine "Neue Ethik" plädiert. Innerhalb von acht Monaten erschien die 10. Auflage dieses Buchs. Die "Neue Ethik" werde gebraucht, um die "Probleme" anzugehen, die die moderne Medizin verursacht; teure und perspektivlose Behandlungen, so van den Berg, würden dem Wohl der Kranken nicht dienen; diese seien vielmehr "Opfer der medizinischen Macht". Der Autor plädierte für die medizinische Tötung von dementen Alten und behinderten Kindern, also von nicht einwilligungsfähigen Menschen. Er forderte die Einrichtung einer Kommission aus Ärzten und medizinischen Laien, die in bestimmten Fällen über die Tötung entscheiden könnten - z.B. wenn die Eltern eines im Koma liegenden Kindes immer noch der "alten und überkommenen Ethik" anhängen würden.

Im Anschluss an dieses Buch wurden viele Artikel und Broschüren veröffentlicht, die die Notwendigkeit der "Euthanasie" (1), wie man Sterbehilfe in den Niederlanden nennt, zum Ausdruck brachten. 1973 verurteilte ein Gericht in Leewarden eine Ärztin, die ihre schwer kranke Mutter mit 200 mg Morphium getötet hatte, zu einer Woche Gefängnis. Um diese Ärztin zu unterstützen, wurde der "Holländische Verein für Freiwillige Euthanasie" (NVVE) gegründet; inzwischen hat er 100.000 Mitglieder und über 50 Angestellte. Ziel des Vereins: ein Gesetz durchzusetzen, das freiwillige Euthanasie erlaubt.

Dieses Ziel ist inzwischen beinahe Realität geworden. Im April 2001 stimmten von insgesamt 150 Abgeordneten im holländischen Parlament 104 sozialdemokratische, rechtsliberale, linksliberale und grüne Abgeordnete für ein neues Sterbehilfe-Gesetz, das die bereits übliche Praxis der "geduldeten" Sterbehilfe gesetzlich festschreibt. Christliche Parteien und die sozialistische SP stimmten dagegen. (2) Sterbehilfe durch den Arzt ist demnach immer noch illegal, wird aber nicht verfolgt, wenn bestimmte Kriterien erfüllt sind:

- Die Patientin muss ihren Wunsch zu sterben schon lange Zeit geäußert haben, am besten schriftlich.

- Die Meinung eines zweiten Arztes ist einzuholen.

- Der Patient leidet "endlos"; d.h. es besteht keine Aussicht auf Heilung.

- Die Ärztin muss die Sterbehilfe einer regionalen Prüfungskommission melden.

Ein elendes Leben fürchten ...

Von diesen Prüfungskommissionen gibt es fünf in den Niederlanden. Jede hat drei Mitglieder: eineN MedizinerIn, eineN JuristIn und eineN EthikerIn; jede dieser Kommissionen untersucht drei Sterbehilfe-Fälle täglich. Wenn die Kommission mit der "Gnaden-Tötung" nicht einverstanden ist, geht der Fall ans Justizministerium. Das ist allerdings noch nie vorgekommen. Tatsächlich werden nicht einmal die Hälfte aller Sterbehilfe-Fälle den Kommissionen bekannt gegeben, wie Untersuchungen belegen, die die Universität Amsterdam im Auftrag des Gesundheitsministeriums durchführte.

Es gibt einen großen Vertrauensvorsprung in die holländischen Regelungen zur Sterbehilfe. Ein Ethiker sagte 1998 auf einem Kongress, es wäre gefährlich, Sterbehilfe in den USA zu legalisieren, doch die Holländer könnten gut damit umgehen. Gleichzeitig aber scheint es niemanden zu beunruhigen, ob und wie die Justiz unfreiwillige Fälle von Sterbehilfe herausfinden kann.

Schon 1978 hieß es in einem Bericht der NVVE von ihrem Vorsitzenden, Professor Muntendam, der Unterschied zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Sterbehilfe sei nicht exakt derselbe wie der zwischen

erlaubbarer und nicht erlaubbarer Sterbehilfe. Offiziell aber unterstützt die NVVE ausdrücklich die "freiwillige Euthanasie". Andererseits wiederum richtete sie einen Solidaritätsfond ein für den inzwischen bekannten Amsterdamer Hausarzt Van Oijen, der 1994 in dem Dokumentarfilm "Tod auf Verlangen" Sterbehilfe vor laufender Kamera praktizierte und wegen Mordes verurteilt wurde, weil er bei einer alten Frau ohne deren Einverständnis eine "Gnadentötung" vorgenommen hatte. Doch bestraft wurde er nicht; wie überhaupt auch sonst kein anderer Arzt, der Sterbehilfe "geleistet" hat - sieht man von dem zuvor erwähnten Leerwardener Fall ab und von Sippe Schat: Schat, Arzt in einem kleinen Dorf, verbrachte im Jahr 1995 ein oder zwei Tage auf einer Polizeiwache; angeklagt, eine alte Frau ohne ihr Einverständnis getötet zu haben.

Nur wenige Tage nach der Parlamentsdebatte über Sterbehilfe teilte die damalige sozialliberale Gesundheitsministerin Borst der liberalen Zeitung NRC mit, sie wolle es möglich machen, dass "alte Leute, die sich zu Tode grämen" eine Art Todespille schlucken können - die sogenannte Drion-Pille, benannt nach Huib Drion, einem früheren Berater am Hoge Raad, dem höchsten Gericht der Niederlande. 1991 hatte Drion in einem Brief an NRC dafür plädiert, alten und einsamen Menschen Mittel zu geben, um ihr Leben, wenn gewünscht, zu beenden: "Warum sollte man ihnen verweigern, es selbst in der Hand zu haben, sich selbst in einer akzeptablen Weise zu töten und sich selbst von einem elenden Leben zu befreien, das außerdem noch die Gemeinschaft belastet?"

Ganz im Sinne dieser Logik hatte das Haarlemer Gericht kurz vor der Debatte um das neue Sterbehilfegesetz Phili Sutorius freigesprochen - den Arzt, der 1998 den 86-jährigen sozialdemokratischen Ex-Senator Brongersma auf dessen Wunsch hin getötet hatte. Das Gericht ging davon aus, dass dieser Fall das Kriterium des endlosen Leidens ohne Aussicht auf Besserung erfüllen könne - je nachdem, wie weit man den Begriff des Leidens ausdehne. Brongersma, so das Gericht, wollte nicht mehr leben; er hätte mit seinem Leben abgeschlossen gehabt und es als unerträglich empfunden, jeden Tag die Sinnlosigkeit eines leeren, einsamen Lebens zu erkennen und fürchten zu müssen, dass dieses Leben noch jahrelang andauern könne. In nächster Instanz entschied der Gerichtshof in Amsterdam anders: schuldig, aber ohne Bestrafung. Die Amsterdamer Richter plädierten außerdem für eine breite gesellschaftliche Debatte über diese Form der Sterbehilfe. Dieser Appell wurde aufgegriffen in Form der KNMG-Kommission; eine Kommission, die die Möglichkeit einer Erweiterung der Sterbehilfe-Kriterien untersucht.

Im Dezember 2002 dann entschied der Hoge Raad abschließend entsprechend dem Amsterdamer Gerichtshof. Dem Urteil des Hoge Raad zufolge ist der "assistierte Selbstmord" nur dann erlaubt, wenn das Leiden des Patienten medizinisch klassifizierbar ist, sei es physiologisch oder psychologisch. Sutorius und sein Anwalt äußerten sich "enttäuscht" zu diesem Urteil. Auch die NVVE reagierte sofort und erklärte: "Das wird Angst unter den Ärzten hervorrufen und sie werden wahrscheinlich noch weniger bereit sein, ihre Sterbehilfe den Prüfungskommissionen mitzuteilen." Aber da nach wie vor bloß 40% der Sterbehilfe-Fälle angegeben wird und niemand daran interessiert zu sein scheint, was in den anderen 60% passiert ist, brauchen ÄrztInnen nicht wirklich eine Verfolgung zu befürchten.

Doch es gibt auch kritische Stimmen. So schrieb Prof. den Hartog, Ethiker und Mitglied einer Prüfungskommission, im KNMG-Magazin Medisch Contact, er sei besorgt um die Praxis: Jetzt, wo die Kommissionen für einige Jahre eingesetzt sind, so den Hartog, und tausende Menschen jedes Jahr um Sterbehilfe nachfragen, besteht die Gefahr, dass Sterbehilfe zur Routine wird. Manche Ärzte bedauern auch mittlerweile einige ihrer Sterbehilfe-Fälle, z.B. Joke Groen-Evers, der in der NRC (3) darauf hinwies, dass normalerweise nicht, wie im Gesetz vorgesehen, alle anderen medizinischen Möglichkeiten der Leidverminderung ausgeschöpft würden. Menschen würden in die Sterbehilfe-Prozedur gedrängt, erklärte auch Ruben S. van Coevorden, der jetzt eine Beratungskommission für Palliativ-Versorgung (4) einrichtet, im selben Artikel. Vorher, so Groen-Evers, hätte er gedacht, er müsse das Wort Sterbehilfe benutzen, wenn ein Patient nicht mehr geheilt werden könne, weil der sich möglicherweise nicht traut, es anzusprechen. "Doch jetzt", schreibt der Arzt, "wo ich es nicht mehr erwähne, spricht mich fast keiner meiner Patienten mehr darauf an". Tatsächlich stimmt, was ausländische KritikerInnen oft bemängelt hatten: In den Niederlanden etabliert man Sterbehilfe, aber man kümmert sich nicht um die Palliativmedizin.

... oder eine elende Gesellschaft?

Eine Woche nach dem Aufruf zur gesellschaftlichen Debatte organisierte die NVVE ein Podium für Mitglieder und Öffentlichkeit in Sachen Drion-Pille. "Wir werde sehr hart daran arbeiten, den ‚assistierten Selbstmord` aus

dem Strafgesetzbuch herauszubekommen", sagte Vorsitzende Kohnstam auf diesem Podium - und das Publikkum skandierte: "Ich möchte die Pille haben!" Die NVVE möchte in einem "Experiment" mit "Freiwilligen" die Einführung der Drion-Pille testen. Bestimmte Fragen waren hingegen kein beliebtes Thema auf dem Symposium; Fragen, wie etwa: "Ab welchem Alter sollte Menschen gestattet werden, diese Pille zu bekommen?" oder "Wer wird sie verteilen und wie?"

In der Linken gibt es praktisch keine Diskussion über Sterbehilfe. Die Grünen sagen aus der Opposition heraus stolz über das neue Gesetz: "Wir arbeiteten als Ko-Gesetzgeber". Die Sozialisten votierten zwar gegen das Gesetz, unter Hinweis auf das schlechte Gesundheitssystem, das verbessert werden müsse. Aber die faktische jahrelange Duldung der Sterbehilfe hatten sie nicht angegriffen. In der radikalen Linken liebt man das Wort Autonomie und will sich nicht vom Staat verbieten lassen, zu sterben. Viele begreifen die Machtverhältnisse im Gesundheitssystem in Kombination mit der Sterbehilfepraxis nicht als potenzielle Bedrohung des Lebens abhängiger Menschen.

In der Diskussion um Sterbehilfe wird immer auch das Problem der "Überalterung" der Gesellschaft, insbesondere im Zusammenhang mit Demenzkranken, als Argument für eine Liberalisierung der Sterbehilfepraxis angeführt. Dazu schrieb schon 1999 die sozialdemokratische Zeitung De Volkskrant: "Es ist eine beängstigende Idee: Ein sehr reiches Land, das seine verletzlichen, älteren Bürger nicht mehr ausreichend versorgt. Eine Zukunft mit Bürgern, die glauben, Demenz sei menschenunwürdig und die die Zahl alter Menschen, die weniger selbstständig werden, vermindern wollen. Und ein Land, wo diese alten Menschen selbst spüren, dass sie ihre Angehörigen lieber nicht belasten wollen. Ein Land, das alles und jeden zurückweist, der krank, hässlich und unnütz ist". Gleichwohl sind viele in der radikalen Linken infiziert von dieser Angst vor dem "sinn- und endlosen" Leiden, mit der die Pro-Euthanasie-Lobby die Medien versorgt. Nur einige Gruppen, die von der Roten Zora inspiriert sind, von Bioskop oder von den Arbeiten von Karlheinz Roth und Goetz Aly, stehen kritisch zur Euthanasie-Praxis.

Doch auf der anderen Seite sollten auch diejenigen, die die Palliativmedizin verteidigen, nicht vergessen, dass die Arbeit in der Pflege hauptsächlich von schlecht oder gar nicht bezahlten Frauen und "ImmigrantInnen" geleistet wird. Sie muss endlich angemessen bezahlt und als fundamentaler Teil des Gesundheitssystems anerkannt werden.

Jeroen Breekveldt

www.biopolitiek.nl

Anmerkungen:

1) Euthanasie, wörtlich: schöner Tod.

2) Die holländische Regierung wird seit den Wahlen vom 15. Mai 2002 gebildet von der christdemokratischen CDA (43 Sitze), der nationalistischen Lijst Pim Fourtuyn (LPF, 26 Sitze) und der rechtsliberalen VVD (24 Sitze). Dies ist die konservativste Regierung seit dem Zweiten Weltkrieg. In der Opposition sind die sozialdemokratische PvdA (23 Sitze), die Grünen (10 Sitze), die sozialistische SP (9 Sitze), die sozialliberalen D66 (7 Sitze), die evangelisch-fundamentalistische Christenunion (4 Sitze), die evangelisch-fundamentalistische SGP (2 Sitze) und die konservativen LN (2 Sitze).

3) NRC, 10.11.2001. Dieser bemerkenswerte Artikel wird in der Sterbehilfedebatte leider äußerst selten erwähnt.

4) Palliativversorgung: Schmerzbehandlung.

8. Großes Bundesverdienstkreuz fürs "Wegspritzen" von Homosexualität. ner Hormonforscher Dörner erhält Staatsorden

Umstrittener Hormonforscher Günter Dörner erhält Staatsorden

Autor: Dirk Ruder · Rubrik: Gesundheitspolitik; Schwule · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:19

Bis Ende der 70er Jahre haben namhafte westdeutsche Neurologen versucht Homosexuelle und "Triebtäter" mittels verstümmelnder chirurgischer Eingriffe am Gehirn von ihrem "fehlgeleiteten Trieb" zu "heilen". Was diese Operationen mit den Experimenten zu tun haben, für die der Hormonforscher Günter Dörner am 4. Oktober 2002 abseits der Öffentlichkeit das Große Bundesverdienstkreuz aus den Händen von Bundespräsident Johannes Rau erhielt, erläuterte Dirk Ruder. Ruder ist Redakteur der sexualpolitischen Zeitschrift Gigi und Sprecher des wissenschaftlich-humanitären komitees (whk) im Rheinland. Das Interview führte Emanuel Nahrstedt.

ak: Durch eine Pressemitteilung der AG Schwulenpolitik des whk wurde Mitte Dezember einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, dass dem Berliner Hormonforscher Professor Günter Dörner bereits am 4. Oktober 2002 das Große Bundesverdienstkreuz von Bundespräsident Johannes Rau verliehen worden ist. Das whk rief daraufhin dazu auf, beim Bundespräsidenten und beim Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, gegen diese Auszeichnung zu protestieren. Warum?

Dirk Ruder: In der recht knappen Begründung des Bundespräsidialamtes für die Auszeichnung heißt es, mit dem von Dörner entwickelten neuen wissenschaftlichen Feld der "funktionellen Teratologie" habe der Charité-Emeritus dem von ihm zwischen 1962 und 1997 geleiteten Institut für Experimentelle Endokrinologie der Charité schon zu Zeiten der DDR nationales und internationales Profil verliehen. Dörners - aus Rattenexperimenten abgeleiteten - Erkenntnisse gipfeln, kurz gesagt, in der These, dass Stress während der Schwangerschaft im Mutterleib hormonell bedingte Missbildungen im Gehirn des sich ausdifferenzierenden Embryos hervorruft. Und zwar in einer als "Sex-Behaviour-Center" bezeichneten Hirnregion, deren "Missbildung" nach Dörners Meinung später Homosexualität und anderes abweichendes Sexualverhalten verursacht - beim Menschen. Die Richtung solcher rassepolitischen Experimente ist klar: Wer mittels geeigneter Hormongaben Homosexualität schon im Mutterleib verhindern kann, leistet der Volksgesundheit einen entscheidenden Dienst. Für diesen ist der Sozialeugeniker Dörner nun explizit ausgezeichnet worden.

Ist das der Grund für die zurückhaltende Öffentlichkeitsarbeit der Beteiligten? Es gibt doch wohl kaum einen Grund, die Verleihung eines Großen Bundesverdienstkreuzes geheim zu halten ...

Na ja, wie man's nimmt. "Großes Bundesverdienstkreuz" - das ist spätestens seit Bernt Engelmanns gleichnamigen Roman aus den 70er Jahren ein Synonym für die Reinwaschung von NS-Tätern und -Profiteuren in der Nachkriegs-Bundesrepublik. Insofern ist diese Auszeichnung, zumindest wenn sie in den höheren Stufen vergeben wird, durchaus belastet. Im Fall Dörner hat die bundesrepublikanische Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung dem damaligen DDR-Wissenschaftler schon vor zwanzig Jahren vorgeworfen, der "Internationalist besonderer Prägung" wolle durch seine Forschung "Homosexuelles wegspritzen". Unter Sexualwissenschaftlern sorgen Dörners Forschungen bis heute für Unruhe, der Charité war die Auszeichnung Dörners wohl nicht zuletzt deshalb sichtlich peinlich. Immerhin wartete man dort erst einmal sechs Wochen, bis die Verleihung zwar pflichtgemäß, aber eher unauffällig mitgeteilt wurde. In der lesbisch-schwulen Szene - ich scheue mich, hier noch von einer Bewegung zu sprechen - hat die skandalöse Würdigung übrigens kein nennenswertes Echo hervorgerufen.

Haben Dörners umstrittene Thesen zum "Wegspritzen" von Homosexualität in der wissenschaftlichen Welt außerhalb der DDR überhaupt größeren Beachtung gefunden?

Ja selbstverständlich! Dörners Forschungsarbeiten lieferten in den 60er und vor allem in den 70er Jahren im Westen die entscheidende Begründung für verstümmelnde Hirnoperationen an homosexuellen und allerlei anderen "sexuell devianten" Menschen, mittels derer der "fehlgeleitete Trieb" umgeleitet - also irgendwie

"heterosexualisiert" - oder gänzlich abgetötet werden sollte. Allein im Uniklinikum Hamburg-Eppendorf, das bis heute emsig an der Behebung aller möglichen nicht-heterosexuellen Störungen herumdoktert, wurden zwischen 1973 und 1976 etwa zwei Dutzend solcher Operationen durchgeführt. Ihre daraus gewonnen Erkenntnisse feierten die Operateure selbst immer mit explizitem Bezug auf Dörners Arbeiten - noch Mitte der 70er Jahre in Publikationen, die etwa vom hessischen Justizministerium in einer Reihe zur kriminologischen Grundlagenforschung herausgegeben wurden.

Aus anderen Berichten, etwa denen Prof. Fritz D. Roeders aus Göttingen, geht hervor, dass die Patienten, von denen viele verurteilte Straftäter waren, den Eingriffen oft nur nach Androhung von Kastration oder Sicherheitsverwahrung zustimmten. Von einer "Freiwilligkeit" der Eingriffe, die die beteiligten Operateure immer wieder betonen, kann hier also keine Rede sein. Die beteiligten Wissenschaftler nutzten vielmehr die Zwangslage der meisten Patienten aus, denn wer lässt sich schon ohne große Not am Gehirn herumschnippeln? Man versprach den Patienten eine raschere Freilassung, wenn sie dem Eingriff zustimmen. Das war im Sinne der Operateure, die beobachten wollten, welche Auswirkungen ihre Eingriffe auf das sexuelle Verhalten des Patienten hatten. Welches Ausmaß diese Eingriffe zahlenmäßig in der Bundesrepublik hatten, und ob sie vielleicht auch in der DDR vorgenommen wurden, ist bis heute völlig unbekannt.

Die westdeutschen Ärzte jedenfalls wollen seinerzeit mit Ihrer Methode sogar die "Heilung" von Homosexuellen bewirkt haben - eine absurde Behauptung, aber damals war unter Neurologen ausgemachte Sache, dass eben nicht nur im Gehirn Ulrike Meinhofs so eine Art "Terror-Behaviour-Center" existieren müsse, sondern dass auch in den Gehirnen weiterer irgendwie auffälliger Gruppen etwas nicht stimmt.

Das whk kritisiert auch den Schwulenaktivisten und jetzigen Parlamentarischen Geschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen, Volker Beck, dem am 4. Oktober ebenfalls ein Bundesverdienstkreuz verliehen wurde - allerdings zwei Stufen tiefer. In den Augen der Öffentlichkeit hat gerade Beck sich doch sehr verdient um die Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben gemacht.

Das ist durchaus eine Frage der Interpretation. Von weiten Teilen der Homo-Szene werden die Verdienste Becks immer weniger günstig beurteilt - nicht zuletzt seit dem ausgerechnet im Wahlkampf offenbar gewordenen Skandal um die von Rot-Grün geplante Magnus-Hirschfeld-Stiftung, die Becks durch dubiose Finanzmachenschaften insolventen Lesben- und Schwulenverband (LSVD) in Nordrhein-Westfalen einen warmen Geldsegen bis zum Sankt Nimmerleinstag sichern sollte - übrigens auf Kosten von schwulen NS-Opfern, die dafür leer ausgingen. Die grüne Bundestagsfraktion sah sich nach der Wahl genötigt, ihren derart angezählten Parade-Homo aus der Schusslinie zu nehmen, um sicher zu stellen, dass er von Homo-Angelegenheiten im Parlament künftig seine unsauberen Finger lässt. Als homosexuellen Aktivisten war und ist ihm Dörners Arbeit selbstverständlich seit langem bekannt, denn die Schwulenbewegung hat zu Recht immer wieder heftig gegen den dort als "Ratten-Dörner" bekannten Wissenschaftler polemisiert. Dass Beck aber ausgerechnet in dem Moment, wo er selber ein heiß ersehntes Blechding vom Bundespräsidenten bekommt, zu einem ausgemachten Skandal schweigt, lässt annehmen, dass dieser Mann nicht eben arm ist an Minderwertigkeitskomplexen.

Sieht das whk in der Ehrung Dörners eine Kontinuität der NS-Ideologie, die sich auch zum Ziel gesetzt hatte, mit "medizinischen" Versuchen und Experimenten gegen "abnormes Sexualverhalten verschiedener Art" vorzugehen?

Man darf hier bitte nichts vermischen. Die zwischen 1933 und 1945 in den KZs unternommenen Experimente waren so angelegt, dass die Patienten sie nicht überleben sollten. Der SS-Arzt Carl Vaernet hat Mitte der 40er Jahre im KZ Buchenwald solche Experimente mit sogenannten künstlichen Hormondrüsen durchgeführt, man war, zynisch genug, auf der Suche nach einer "Alternative" zur Kastration.

Den Operateuren in Hamburg-Eppendorf und anderswo ging oder geht es zwar ebenfalls darum, den unglücklichen Trieb auszuschalten, aber der Erfolg lässt sich eben nur nachweisen, wenn der Patient dabei überlebt. Ziel dieser Eingriffe ist es weniger, seelische oder soziale Krüppel erzeugen, sondern Menschen, die weiterhin ökonomisch verwertbar bleiben. Menschen also, die danach ganz unauffällig leben, d.h. möglichst in heterosexueller Ehe, wenn auch um den Preis eines komplett ausgelöschten (homo-)sexuellen Verlangens. Das passt übrigens haargenau auf Strategien, die derzeit zum Umgang mit Sexualstraftätern diskutiert werden.

Es ist eben billiger, Exhibitionisten und Pädophile - oder das, was die Legislative zu solchen erklärt - zu asexuellen Wesen umzuoperieren, als sie lebenslang wegsperren.

Dörner arbeitet hingegen daran, dass solche Operationen erst gar nicht mehr notwendig werden, weil - wie es Günter Amendt einmal so treffend formulierte - eine pränatale "Regelanfrage im Mutterleib", von vorneherein verhindern soll, dass so etwas überhaupt auf die Welt kommt. Wenn solcherlei Forschung nun unter einer rot-grünen Regierung auch noch für auszeichnungswürdig gehalten wird, hat das eine beängstigende und neue Qualität.

Das klingt vielleicht einigen ein wenig zu hysterisch ...

Wir neigen beim whk nicht zu Verfolgungswahn. Aber diese hohe nationale Auszeichnung muss natürlich im Zusammenhang gesehen werden, beispielsweise mit der massiven Verschärfung des Sexualstrafrechts auf nationaler und europäischer Ebene, über die auch in der Homoszene niemand sprechen will. Die meisten Gruppen sind völlig ahnungslos, was da in den nächsten Jahren noch auf sie zukommen wird, nämlich eine verstärkte Kriminalisierung unangepasster Sexualitäten, insbesondere dann, wenn sie außerhalb des eigenen Schlafzimmers stattfinden und mehrere Partner umfassen. Man sehe sich nur einmal an, was die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Ausweitung der DNA-Analyse plant: Alle Straftaten mit irgendeinem "sexuellen Hintergrund" sollen künftig in den Dateien des Bundeskriminalamts gespeichert werden. Ein solcher sexueller Hintergrund lässt sich, wenn man will, immer konstruieren, wo Männer sich oder wo Männer und Frauen sich begegnen. Ich will damit keinesfalls sexuelle Gewalt verharmlosen, aber die Vorboten dessen, was da als deren Bekämpfung ausgegeben wird, sind schon jetzt nachweisbar, etwa die verstärkten Polizeiaktionen und Razzien schwuler Sextreffs oder die pausenlose Überwachung schwuler Internetseiten und Chatrooms durch das BKA.

Was werden das whk und andere sexual-emanzipatorischen Gruppen denn nun tun, um zumindest noch im Nachhinein gegen die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes zu protestieren?

Zunächst einmal ist der Bundespräsident bei ordensrechtlichen Entscheidungen niemandem Rechenschaft verpflichtet, sondern er hat diese ausschließlich vor sich selbst zu verantworten. Er stützt sich dabei jedoch auf die Empfehlungen der Ministerpräsidenten der Länder, in diesem Fall des Regierungschefs von Berlin, Klaus Wowereit. Da kaum anzunehmen ist, dass Johannes Rau das Bundesverdienstkreuz von Dörner wieder zurück verlangen wird und Volker Beck seines kaum aus Protest nachträglich zurückgibt, dürfte es das gewesen sein.

Vor zehn Jahren hätte es in dieser Situation noch eine massive Mobilisierung von Schwulen- und Lesbengruppen gegeben, aber die Zeiten sind vorbei, seitdem die meisten Homo-Projekte an staatlichen Töpfen hängen und deshalb unter einer Maulsperre leiden. Man will eben nicht der nächste sein, dem bei knappen Kassen die Mittel flöten gehen - wie naiv!

Unter anderen Bedingungen hätte das whk eine parlamentarische Anfrage in den Bundestag lanciert, aber seit dem PDS-Wahldesaster und dem damit verbundenen Ausscheiden der parteilosen homopolitischen Sprecherin Christina Schenk aus dem Parlament gibt es für uns dort keinen Ansprechpartner mehr. Und von den PDS-Homos ist, außer einer dürren Pressemitteilung, in dieser Frage wohl auch nicht viel zu erwarten, denn die Damen und Herren von der AG Queer der PDS haben gerade in Berlin ihre Verlobung mit den Schwusos von der SPD bekannt gegeben.

Als whk interessierte uns nicht zuletzt, wer eigentlich Dörner - und im übrigen auch Beck - für die höchste deutsche Auszeichnung vorgeschlagen hat. Aber dazu erteilt das Bundespräsidialamt einer interessierten Öffentlichkeit keinerlei Auskünfte.

9. Der Stammtisch regiert. Marco Carini und Andreas Speit analysieren das Phänomen Schill

Autor: Ariane Dandorfer · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:12

Am 21. September 2001 haben fast 20% der Hamburger WählerInnen einen ausgewiesenen rechtspopulistischen Demagogen und seine Partei in die Bürgerschaft gewählt. Dieser Wahlerfolg und die anschließende Ernennung zum Innensenator und Zweiten Bürgermeister war der vorläufige Höhepunkt der Politkarriere des ehemaligen Amtsrichters Ronald Barnabass Schill.

Das Phänomen Schill wirft gleichzeitig die Frage nach den politischen Erfolgsaussichten von rechtslastigem Gedankengut und nach der Anfälligkeit von relevanten Teilen der Bevölkerung für eine kompromisslos repressive Politik der "inneren Sicherheit" auf. Der Umstand, dass ein sich rechtspopulistisch gebärdender Law-and-Order-Hardliner im vermeintlich liberal-weltoffenen Hamburg aus der Stand ein Fünftel der WählerInnen auf seine Seite ziehen konnte, hat weit über die Grenzen Hamburgs hinaus für erhebliche Irritationen gesorgt. Heute sind die Gründe für den Erfolg der Schill-Partei bei der Bürgerschaftswahl und ihre Aufarbeitung etwas in den Hintergrund getreten, sicher auch auf Grund der Ergebnisse der Bundestagswahl und der jüngsten Umfragen, die Schills Stern am Sinken sehen. Aber die Frage nach der Gefahr eines erfolgreichen deutschen Rechtspopulismus steht nach wie vor im Raum. Und sie stellt sich bundesweit.

In ihrem Buch "Ronald Schill - Der Rechtssprecher" haben Marco Carini und Andreas Speit das Phänomen Schill untersucht. Die Autoren haben den Anspruch, Schill politisch genau zu verorten. Sie wollen zudem Rüstzeug dafür liefern, wie man jemanden wie Schill kritisieren und bekämpfen kann.

Im ersten Teil des Buches wird - gründlich recherchiert - Schills Werdegang nachgezeichnet, seine Entwicklung vom gnadenlosen Richter zum Politstar sowie die Reaktionen von Presse, Parteien und Öffentlichkeit auf das Phänomen Schill. Dass dessen Popularität als Rechtsaußen weit in die ersten Jahre seiner Richtertätigkeit zurückreicht und dass er sich schon von Anfang an nach einem bis heute kaum veränderten Muster in Szene zu setzen vermag, macht Carini deutlich. Bereits vor sechs Jahren, im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf von 1997, war Schill ein willkommener Kronzeuge für die Medien, vornehmlich für die Springerpresse, die Stimmung gegen eine angeblich zu lasche Justiz und gegen den SPD-Senat machen wollte. Die Rolle der Medien bei dem "Making of Schill" wird von Carini und Speit betont: "Von den Medien prominent gemacht, immer für eine Schlagzeile gut, gebieten es die Gesetze des Marktes, Schill und seine plakativen Thesen zu präsentieren. Auch die Medien, die Schill zerreißen, sind seine Verbündeten", schreibt Carini. Dass Schill die Presse gezielt für sich zu nutzen versteht, zeigt die sogenannte Koks-Affäre um den angeblichen Kokain-Konsum des "Richter Gnadenlos". Wenn man ihre Entwicklung genau nachvollzieht, wie es in "Der Rechtssprecher" geschieht, wird deutlich, dass Schill höchstpersönlich die Gerüchte geschürt und die Affäre gepusht hat.

Ein wichtiges Fazit ist, dass es zu kurz greift, den Hamburger Innensenator als durchgeknallt abzutun oder ihm, wie die Grünen-Politikerin Krista Sager, eine "Borderline-Persönlichkeit" zu attestieren. Vielmehr muss hinter den sich vom Schema her ähnelnden Ausfällen der wohlkalkulierte Tabubruch gesehen werden. Und wie um diese These zu bestätigen, gibt Schill im September 2001 mit seinem Auftritt im Bundestag anlässlich der Flutkatastrophe in Ostdeutschland erstmals bundesweit eine Kostprobe seiner skandaltauglichen Selbstinszenierung, die sich schon in der Hamburger Öffentlichkeit bewährt hat.

Im zweiten Teil des Buches analysiert Andreas Speit die Übereinstimmungen und Differenzen von Schill und seinen Gefolgsleuten zu den unterschiedlichen Rechtspopulisten in Europa. Dabei nimmt der Rechtsextremismusexperte Speit die unterschiedlichen Spielarten dessen, was als Rechtspopulismus bezeichnet wird, genauer unter die Lupe. Der Populismus eines Ronald Schill hat seiner Meinung nach gerade dann in Deutschland eine reelle Chance, wenn es ihm gelingt, sich von dem Verdacht einer Nähe zu Nazis tunlichst reinzuwaschen. Doch Speit weist akribisch nach, dass es durchaus Verbindungen in das rechtsextreme Spektrum hinein gibt, auch wenn sich Schill immer wieder von dieser Szene distanziert.

Carini und Speit vertreten die These, dass ein Niedergang der Person Schill mitnichten automatisch das Ende einer rechtspopulistischen Kraft dieses Typs in Deutschland bedeuten müsse. Auch wenn in Hamburg

spezifische Bedingungen zur Bündelung und zum politischen Durchbruch dieses Potenzials geführt haben, ist mittelfristig gesehen die Gefahr der Etablierung einer solchen Kraft als ernst zu nehmende politische Größe durchaus gegeben. Ein Blick auf andere europäische Länder zeigt das nachdrücklich.

Zu den Schwächen des Schill-Buches gehört es, dass die Analyse allzu oft an der Oberfläche bleibt. Zudem ist die Fülle von Details bisweilen etwas zu viel des Guten. Auch wenn es zur Beurteilung der Schill-Partei hilfreich ist, etwas über ihr Innenleben zu erfahren, so fragt man sich doch, ob man über jeden Zwist ins Kleinste informiert sein möchte. In dem Buch stehen etwas salopp geratenen Stellen zum Teil recht trockene Passagen gegenüber. Die unterschiedliche Herangehensweise der beiden Autoren an ihr Objekt Schill ist für die LeserInnen durchaus ein Gewinn. Es hätte dem Buch jedoch gut getan, wenn diese Unterschiedlichkeit nicht durch einen auseinander klaffenden Stil demonstriert werden würde. Nichtsdestotrotz liefern Carini und Speit mit "Der Rechtssprecher" eine wirklich brauchbare Grundlage für eine qualifizierte Auseinandersetzung mit dem Phänomen Schill, seinen Methoden und seinen Erfolgsrezepten. Für Linke, die ihre Einschätzungen darüber nicht nur aus dem Bauch heraus fällen wollen, ein empfehlenswertes Buch.

Ariane Dandorfer

Marco Carini/Andreas Speit: "Ronald Schill - der Rechtssprecher",

Konkret Literatur Verlag, Hamburg 2002, 205 Seiten, 15,- Euro

10. Neue Währung, altes Spiel. Anmerkungen zum ersten Geburtstag des Euro

Autor: Gerhard Klas · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:11

Seit einem Jahr ist der Euro nun offizielles Zahlungsmittel. Die Nachteile für die VerbraucherInnen waren abzusehen.

In Umfragen ist z.B. mehr als die Hälfte der Deutschen der Ansicht, dass sich ihre finanzielle Situation mit dem Euro verschlechtert hat. Anderseits ist eine Mehrheit davon überzeugt, dass die Wirtschaft von der Einführung enorm profitiert. Was einigen KommentatorInnen als Widerspruch erscheint, deutet vielmehr eine Aufkündigung des neoliberalen Konsens an. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung in Deutschland glaubt nicht mehr an das Märchen, dass es den Bürgern automatisch gut geht, wenn die Wirtschaft floriert.

Als die schwarzen Staatskarossen der zwölf Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft am 9. Dezember 1991 im Maastrichter Konferenzzentrum eintrafen, war die Einführung der Europäischen Einheitswährung längst beschlossene Sache. In den Tagen zuvor hatten die Finanzminister das Vertragswerk bereits ausgetüftelt und die Briten ihre Ausnahmeklausel eingebracht, weil sie noch nicht mitmachen wollten. Am Abend des 9. Dezember haben die Staatschefs der Einheitswährung zugestimmt. Es war die Geburtsstunde des Euro.

Die zehn Jahre bis zur Einführung des Euro Anfang des vergangenen Jahres dienten der Vorbereitung und der Umsetzung eines detaillierten Marschplanes, der - so der damalige deutsche Finanzminister Theo Waigel - "in wesentlichen Teilen unsere Handschrift trägt". Eine Europäische Zentralbank sollte als oberste Währungshüterin eingerichtet werden. Sie sollte völlig unabhängig sein, nicht nur von politischen Vorgaben, sondern auch von demokratischer Kontrolle. Die Währungsstabilität sollte oberste Priorität haben. Denn der europäischen Wirtschaft ging es vor allem um eine stabile Konkurrenzwährung zum Dollar und zum Yen.

Also mussten eindeutige Kriterien für die Stabilität her, die sich streng an den neoliberalen Wirtschaftsmodellen orientierten. Diese Kriterien waren für jedes EU-Mitgliedsland verbindlich, das den Euro einführen wollte. Ein EU-Land darf nicht mehr als drei Prozent neue Schulden im Haushaltsjahr aufnehmen, insgesamt sollte die Staatsverschuldung nicht mehr als 60 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts betragen, die Inflationsrate und der Leitzins nicht wesentlich über dem Niveau der drei stabilsten Länder liegen. Um diese strengen Kriterien einzuhalten, mussten die Regierungen Staatseigentum verkaufen und öffentliche Versorgung, sprich Telekommunikation, Bahn- und Flugverkehr, Strom- und Wasserversorgung und später auch die Renten- und Gesundheitsversorgung privatisieren.

Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl sprach von "beachtlichen Erfolgen". Dabei war das viel gepriesene "Europa der Bürger" in weite Ferne gerückt. Die EU hatte nun zwar eine neue Währung, aber der Vertragsentwurf für eine politische Union, die der niederländische Außenminister Hans van den Broek vorgestellt hatte, war bereits im Vorfeld gescheitert. Damit nicht genug: In Maastricht erteilten die Regierungschefs auch noch einem starken Europäischen Parlament und seiner Mitsprache bei der EU-Wirtschaftspolitik eine klare Absage. Denn lästige demokratische Störmanöver waren schon damals unerwünscht.

Nicht ohne Grund, denn die Umsetzung der Maastrichter Stabilitätskriterien rief in den 90er-Jahren in der Bevölkerung der jeweiligen Länder viel Unmut hervor. Die nationalen Regierungen sparten auf Kosten der Sozialbudgets und verscherbelten ihr Tafelsilber. Die Folgen sind bekannt: Die privatisierten Unternehmen wurden durchrationalisiert und viele Beschäftigte entlassen. In den meisten Ländern stieg die Arbeitslosenquote. Heute, elf Jahre später, beziffert das europäische Statistikamt Eurostat die Zahl der Armen in der Europäischen Union auf 68 Millionen, das sind 18 Prozent der Gesamtbevölkerung. Mit der Osterweiterung der EU wird sich diese Zahl noch rapide erhöhen.

Vor allem die großen Konzerne, Banken und Aktiengesellschaften, aber auch einige mittelständische Unternehmen in der Europäischen Union profitierten vom Stabilitätspakt. Sie kauften die lukrativsten staatlichen Betriebe und haben in den 90er-Jahren gemeinsam mit den sogenannten Linksregierungen die

Positionen der Gewerkschaften aufgeweicht. Denn zu hohe Produktionskosten sind schlecht für die Stabilität des Euro und die internationale Konkurrenzfähigkeit. In dieser Zeit schnellten auch die Börsenkurse in ungeahnte Höhen. Als Kleinaktionäre sollten sogar die BürgerInnen Europas am schier unbegrenzten wirtschaftlichen Wachstum teilhaben und bei Laune gehalten werden.

Doch nun, in Zeiten der Wirtschaftskrise und der Kurseinbrüche, zweifeln die KleinaktionärInnen an diesen Versprechungen. Und die großen Aktiengesellschaften wollen ihre Verluste sozialisieren, schreien nach direkten oder indirekten Subventionen, wollen die Löhne noch weiter senken und noch mehr Beschäftigte vor die Tür setzen. Und auch die großen EU-Länder rütteln nun an den strengen Stabilitätskriterien. Mit allerlei Tricks versuchen die europäischen Staatschefs die Staatsverschuldung zu senken. Der französische Staatspräsident Jaques Chirac hat bereits im September vorgeschlagen, von den Staatsschulden die Ausgaben für militärisches Gerät abzuziehen. Nur auf diesem Wege sei eine europäische Streitkraft aufzubauen, die von den USA ernst genommen wird.

Weder die französische noch die deutsche Regierung werden sich deshalb von "Blauen Briefen" aus Brüssel großartig beeindrucken lassen. Es könnte sein, dass die streng neoliberale Ausrichtung einem neuen Kriegs-Keynesianismus weicht, der wie in den 70er-Jahren versucht, mit hohen Investitionen in die militärische Infrastruktur die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Gerhard Klas,

Rheinisches JournalistInnenbüro

11. Juden und Mäzene. Verteilungsungerechtigkeit soll mit allen Mitteln tabuisiert werden

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:32

Hessischer Landtag, 12. Dezember 2002. Es spricht der Abgeordnete und Ministerpräsident Roland Koch (CDU): Die Art des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske, im Zusammenhang mit der Forderung nach einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer öffentlich die Namen von Reichen zu nennen, sei "als würde man die mit so einer neuen Form von Stern an der Brust stigmatisieren. Eine schlimme Parallele zu anderen Zeiten."

Natürlich hat Koch sich anschließend entschuldigt. Das gehörte genauso zum Kalkül wie das vorangegangene "Vergaloppieren". Was bleibt, ist die unerhörte Tatsache, dass die Banalisierung des Bösen inzwischen zu einer allgemeinen Diskurspraxis in der Politik geworden ist: Die gezielte Verharmlosung des Holocaustes, die Relativierung des Völkermordes und die Verhöhnung der Gequälten und Vergasten.

Wenn Koch in der Debatte um Verteilungsgerechtigkeit die reichsten Personen Deutschlands ähnlich verfolgt sieht, wie die Juden und JüdInnen während des Nationalsozialismus, so ist das ihnen gegenüber eine doppelte Beleidigung. Die erste besteht in der unerträglichen Relativierung des Massenmordes, und darauf konzentrierte sich auch die öffentlich geäußerte Empörung über Kochs Rede. Als seien die heutigen Vermögensmilliardäre genauso Opfer wie die Toten aus den Gaskammern und Gettos. Es sträubt sich geradezu die Feder, wenn in Deutschland ausdrücklich betont werden muss, dass es Jüdinnen und Juden waren, die im Faschismus enteignet, entrechtet, vertrieben und ermordet worden sind, und nicht deutsche Millionäre. Und sie sträubt sich noch einmal, wenn offenbar gesagt werden muss, dass die Kritik an ungerechten Verteilungsstrukturen und die Forderung nach Besteuerung von Vermögen doch offensichtlich etwas anderes ist als der industrielle Massenmord an Juden und Jüdinnen.

Die zweite Beleidigung, die in Kochs Vergleich enthalten war, ist hingegen weitgehend unbeachtet geblieben. Sie besteht in der unausgesprochenen Gleichsetzung von Tätern und Opfern. Denn in der deutschen Geschichte sind die Milliardäre von heute nur allzu oft die Täter von gestern. Es kann nicht oft genug betont werden, wie viele und welche Vermögen Deutsche aus der Ausplünderung von Juden und JüdInnen angehäuft haben. Aus dem Geschäft mit dem Massenmord genauso wie aus der Vertreibung und Enteignung jüdischen Besitzes im Zuge der Arisierung.

VermögensbesitzerInnen dürfen nicht an den Pranger gestellt werden, meint die hessische CDU. Koch sei vielleicht zu weit gegangen, aber er ist eben auch durch Bsirske und andere provoziert worden. Genauso sieht es auch Karl-Joachim Dreyer, Präses der Hamburger Handelskammer. Sein Adressat war eine Woche nach dem Koch-Eklat der Hamburger ver.di-Vorsitzende Wolfgang Rose. Auch der hatte sich schuldig gemacht, auf einer öffentlichen Versammlung die Namen der zehn reichsten Menschen Hamburgs auszusprechen und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer zu fordern. Dreyer und die Handelskammer schäumten: "Konfiskatorische Besteuerung", "verletzende Äußerungen", "Diffamierung von verdienten Hamburger Familien, die tausende von Arbeitsplätzen bereit stellen und sich als Mäzene im Interesse des Hamburger Gemeinwesens engagieren." (Die WELT, 17.12.2002)

Diese Hamburger Ausgabe der Koch-Bsirske-Auseinandersetzung zeigt gleichzeitig, wie kalkuliert solche verlogenen Kampagnen inszeniert werden. Die Liste mit den Namen Werner Otto (Otto-Versand), Heinz Bauer (Bauer-Verlag), John Jahr (Gruner + Jahr), Karl Ehlerding (Immobilien), Robert Vogel (Immobilien) und Michael, Günter und Ingeborg Herz (Tschibo) ist bereits im Frühjahr 2002 veröffentlicht worden - in der Springer-Zeitung Hamburger Abendblatt. Und Rose hatte sie bereits im April auf einer Kundgebung verlesen. Gestört hatte das damals niemanden. Aber damals gab es auch noch keine öffentliche Debatte um eine Besteuerung der Superreichen.

Und genau darum geht es heute: Mit allen erdenklichen und obszönen Mitteln soll das Thema Armut und Reichtum tabuisiert werden. Umverteilungsforderungen werden als "Sozialneiddebatte" diskreditiert, Geiz ist geil, Reichtum gilt als "sozial", und spätestens mit Kochs Judenstern-Vergleich gehen die Reste liberaler politischer Kultur in die Binsen.

Dagegen gilt es, auf einige simple Wahrheiten hinzuweisen: Es gibt kein Vermögen, an dem nicht aktuelles oder früheres Blut klebt. Es gibt kein Vermögen, das nicht auf der Ausbeutung der Ware Arbeitskraft beruht. Und es gibt kein Vermögen, zu dessen Existenzvoraussetzung nicht die massenhafte private und öffentliche Armut gehören würde. Sozialneid? Aber immer!

dk

12. Das Ende der Solidarität. Rot-grün privatisiert die Krankenversicherung

Autor: Andreas Bachmann · Rubrik: Gesundheitspolitik; SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:10

In ak 468 haben wir den ersten Teil eines längeren Artikels von Andreas Bachmann abgedruckt, in dem sich der Autor kritisch mit der Riester-Rente auseinander gesetzt hat. Im Zentrum des zweiten Teils steht die Entwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Sozialversicherungssysteme allgemein. Wir setzen damit unsere kleine Serie zur Zukunft der Sozialversicherungen fort.

Konzeptionell und auf der Diskursebene finden sich beim Umbau der Krankenversicherung alle Elemente wieder, die bereits bei der rot-grünen Rentenreform eine Rolle gespielt haben. Teile der Wirtschaftswissenschaft, FDP und Arbeitgeber wollen den Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Krankenversicherung dauerhaft auf 6% festschreiben. Auch das Bundeskanzleramt misst der Beitragssatzstabilität eine strategische Bedeutung bei. In einem Arbeitspapier werden unterschiedliche Szenarien zur Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) skizziert, die auch ohne Probleme kombiniert werden können. Neben der verstärkten Implementierung von Kapitaldeckungsverfahren (als Altersrückstellung) soll vor allem der gesetzlichen Krankenversicherungsschutz reduziert werden. Zielvorstellung ist dabei eine nur mehr rudimentäre Elementarversorgung und private Zusatzversicherungen. Dazu kommen Überlegungen, für gesetzlich Versicherte die freie Arztwahl gravierend einzuschränken.

Sozialpolitisch hätten solche Veränderungen noch intensivere Auswirkungen als die Rentenreformen. Der Umverteilungseffekt durch die bisherige Gesetzliche Krankenversicherung zu Gunsten ärmerer Haushalte ist nämlich viel bedeutsamer als bei der Rentenversicherung, die starke Elemente eines schlichten versicherungstechnischen Äquivalenzprinzips aufweist. Bereits jetzt bestehen starke Tendenzen zur Rationierung von Gesundheitsdienstleistungen und zum Ausschluss ärmerer Haushalte von einer optimalen Versorgung. Diese Entwicklungen würden in Zukunft eskalieren.

Institutionell und ideologisch wurde der Prozess der Privatisierung in der GKV durch den offenen Wettbewerb der Kassen um gute Risiken seit den 1990er-Jahren eingeleitet. Schlüsselrollen spielten dabei die Neugründungen und die Ausweitung von Betriebskrankenkassen, die häufig auch von Betriebsräten in Großbetrieben mitgetragen wurden. Aber auch innerhalb der Gewerkschaften herrscht trotz einer äußerlich progressiven Beschlusslage ein korporatistischer Mainstream: Die in ver.di organisierten Betriebsräte von privaten Krankenversicherungen intervenieren (erfolgreich) gegen die gewerkschaftliche Forderung nach einer Anhebung der Pflichtversicherungsgrenze. In den Gremien der Selbstverwaltung orientieren die großen Industriegewerkschaften auf Kostensenkung und Beitragssatzstabilität. Die IG BCE verteidigt zusammen mit der Pharmaindustrie die Profitmargen, die zu den wenigen immanenten Wirtschaftlichkeitsreserven des Gesundheitswesens gehören.

Die sozialpolitischen Institutionen in der Bundesrepublik sind durch den Dualismus von Sozialversicherungswesen (das auf dem Lohnarbeitsverhältnis beruht) und dem System der rein staatlichen Transfers und Dienstleistungen, geprägt. Der Unterschied ist deshalb wichtig, weil die sozialen Grundrechte aus dem Sozialversicherungsverhältnis häufig robuster und juristisch abgesicherter sind als die Ansprüche auf staatliche Transfers (z.B. Sozialhilfe).

Krankheit als privates Risiko

Verteilungspolitisch sind die Sozialversicherungen durch die Verallgemeinerung und juristische Absicherung von Soziallohnbestandteilen ein bedeutender Hebel in der Verteilungsauseinandersetzung mit dem Kapital. Das zeigt sich nicht zuletzt an der nachhaltigen Polemik der Arbeitgeber gegen die Lohnnebenkosten. Daneben stellen die Sozialversicherungen durch die Umverteilung innerhalb der abhängig Beschäftigten die materielle Voraussetzung für eine sozialpolitische Alltagsmoral dar, die auf Solidarität und Risikoteilung setzt. Materielle Standards, Maßstäbe und soziale Rechtspositionen für das gesamte sozialpolitische Feld haben sich häufig erst im Sozialversicherungswesen entwickelt, bevor sie Gegenstand der allgemeinen sozialpolitischen Auseinandersetzung geworden sind. Umgekehrt zeigt das Beispiel der Riester-Rente, wie

schnell Senkungen der Sozialversicherungseinkommen auch auf die Höhe staatlicher Transfers wie etwa der Sozialhilfe abstrahlen können. (vgl. ak 468).

Die Reichweite der "aktivierenden" Sozialpolitik von New Labour beschränkt sich nicht nur auf workfare (1) und Ausweitung von Niedriglohnsektoren. Auch bei der politischen Ausgestaltung der Risikobereiche Krankheit und Einkommenssicherung setzt New Labour auf Individualisierung und Privatisierung von sozialen Risiken. Selbst repressive Momente fehlen nicht: Das gigantische Spar- und Versicherungsprogramm bei Facharbeiter- und Angestelltenhaushalten wird schlicht durch verordnete Rentenkürzungen mobilisiert.

Von den staatlichen Pflichtversicherungen auf Umlagebasis und hoher Umverteilungswirkung ist es noch ein weiter Weg zu individuellen VersicherungsnehmerInnen oder SparerInnen, die entsprechend dem individuellen Risiko oder Einkommen privaten Versicherungsschutz einkaufen. Doch die Weichen sind bereits gestellt. Durch die Privatversicherungslogik des individuellen Risikos und die Anwendung von Privatversicherungsrecht wird im Alltagsbewusstsein und in den sozialpolitischen Debatten das Grundverständnis für die soziale Zusammenhänge der Verteilung von Lebensrisiken beschädigt.

Weite Teile des Sozialrechts und die innere Ausgestaltung der Sozialversicherungen orientieren sich am männlichen Normalarbeits- und Vollzeitverhältnis. Diese Kritik der Frauenbewegung und der undogmatischen Linken an den Sozialversicherungen ist immer noch richtig und kann heute als Anknüpfungspunkt zur Problematisierung prekärer Arbeitsverhältnisse und unsteter Erwerbsverläufe auch von Männern herangezogen werden.

Statt durch Privatisierung von Risiken könnte die Verlängerung und Verstärkung sozialer Ungleichheit in die Sozialversicherungsansprüche der Individuen hinein dadurch vermieden werden, dass in die bestehenden Sozialversicherungssysteme verstärkt sozialrechtliche Kompensationen eingebaut werden. Entsprechende Elemente sind in der Sozialversicherung durchaus schon angelegt. Allerdings setzen solche Kompensationsmaßnahmen (wie z.B. ein stärkerer rentenrechtlicher Ausgleich von Erziehungszeiten oder von Phasen geringen Verdienstes) die Stabilisierung der Beitragsbasis und Einnahmesteigerungen voraus.

Sozialversicherungen als Auslaufmodell

Lohnabhängige Arbeit ist der entscheidende Pfeiler bei den Einnahmen der Sozialversicherungen. Massenerwerbslosigkeit, die Ausflaggung lohnabhängiger Arbeit in sozial prekäre Arbeitsverhältnisse, die Stagnation von Lohneinkommen sowie die Verlagerung fiskalischer Risiken in die Sozialversicherung sind folglich die wesentlichen Ursachen für die Erosion dieser Einnahmebasis und für die fortschreitende Privatisierung der Sozialversicherungssysteme. Ein erster Schritt zur Stabilisierung der Sozialversicherungen ist demnach eine deutliche Anhebung (bzw. gänzliche Abschaffung) der Beitragsbemessungs- und Pflichtversicherungsgrenzen, um die Flucht gutverdienender ArbeitnehmerInnen aus der Sozialversicherung rückgängig zu machen. Ein erster Schritt, über den innerhalb der Linken Einvernehmen besteht.

Skepsis ist allerdings bei der weit verbreiteten Sympathie für das Schweizer Modell der Alterssicherung angezeigt. Im Sinne einer Volksversicherung sind dort alle EinkommensbezieherInnen inklusive der Selbstständigen und UnternehmerInnen in die allgemeine Rentenversicherung einbezogen. Die Mindestrente liegt bei ca. 1.000 SFR, die Höchstrente bei ca. 2.000 SFR. Kleinstrenten wie in Deutschland, wo ca. 50% der Rentnerinnen eine Rente von weniger als 500 EUR beziehen, sind in der Schweiz nicht möglich. Die Beteiligung auch der wohlhabenden Selbstständigen an der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ist der richtige Ansatz, nur kann dies auch über staatliche Zuschüsse aus dem Vermögens- und Kapitalertragssteueraufkommen an die Sozialversicherungen erreicht werden.

Wichtig ist in der Schweiz die obligatorische betriebliche Altersvorsorge (für ArbeitnehmerInnen ab ca. 25.000 SFR Jahreseinkommen). Nur so erreicht ein(e) SchweizerIn mit durchschnittlicher Erwerbsbiografie eine Rentenniveau wie in Deutschland mit der gesetzlichen Rente alleine. Außerdem ist in der Schweiz der Anteil an Kapitaldeckungselementen größer als in Deutschland, wo noch das Umlageverfahren dominiert.

Trügerische Alternativen

Die Schweizer Lösung weist auf nicht zu unterschätzende Probleme einer Volksversicherung hin. Volksversicherungen ähneln konstruktionsbedingt steuerfinanzierten Elementarssicherungssystemen. Bei solchen Systemen sind die Leistungen - wie bei der bundesdeutschen Pflegeversicherung - von vorneherein

nicht bedarfsdeckend. Für die wohlhabenden und gutverdienenen Mitglieder und BeitragszahlerInnen müssen die Leistungen auch nicht bedarfsdeckend sein, weil man sich neben der staatlichen Grundsicherung komfortabel privat versichern kann. Beiträge und Leistungen von Volksversicherungen sind somit auf ein unteres oder maximal mittleres Niveau beschränkt. Es spricht deshalb einiges dafür, die Sozialversicherungen auf Umlagebasis weiterzuentwickeln, als Solidar- und Risikofonds aller abhängig Arbeitenden - egal welcher formale Vertragstyp im Arbeitsverhältnis vorliegt. In diesem Risikokollektiv dürfte politisch eher ein Konsens über ein ausreichendes Leistungsniveau herzustellen sein.

Vorsicht ist auch bei der weit verbreiteten Polemik gegen die versicherungsfremden Leistungen der Sozialversicherungen angebracht. Soweit es um die Sozialversicherungsleistungen für den "Aufbau Ost" geht, mag eine ökonomische Ausgliederung aus der Sozialversicherung noch angehen. Mittlerweile werden aber gerade die typischen umverteilenden Elemente der Sozialversicherung als versicherungsfremd diffamiert, beispielsweise die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern in der Gesetzlichen Krankenversicherung. Doch dies wäre nur dann versicherungsfremd, wenn als Maßstab die kommerzielle Versicherung mit ihrer individuellen Risikobewertung und dem Äquivalenzprinzip angelegt wird.

Letztendlich naiv sind die Vorstellungen, Pensionsfonds (die auch in Deutschland eine größere Rolle spielen werden) durch gewerkschaftliche Kontrolle und Mitbestimmung im Sinne sozial-ethischer Fonds umzudrehen. Auch ein rein gewerkschaftlicher Pensionsfonds operiert auf der Basis von Kapitaldeckungsverfahren (Kapitalerträge). Er bietet nicht im entferntesten die Voraussetzungen für eine Umverteilung von (Sozial-)Einkommen von ArbeitnehmerInnen aus Branchen mit hohen Arbeitseinkommen zu schlechter verdienenden Beschäftigten. Innergewerkschaftlich führen solche Beiträge nur zur Legitimation der korporatistischen Betriebsrentenpolitik. Zumindest wäre gewerkschaftliche Mitbestimmungspolitik in Pensionsfonds keine Ersatz für eine Revitalisierung der Sozialversicherung.

Andreas Bachmann

Der Autor ist Redakteur der Zeitung express. Die vollständige Fassung seines Artikels ist unter dem Titel "Privatisierung der Sozialversicherung und aktivierender Staat. Von der Riester-Rente zur 3-Klassen-Medizin" in Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 85, 3/2002 erschienen.

Anmerkung:

1) Workfare bezeichnet die rigorose Koppelung minimalster (und oft zeitlich befristeter) Sozialleistungen an eine erzwingbare Arbeitsleistung. Sozialleistungen dienen nicht mehr der Existenzsicherung ohne Vorbedingungen, sondern sind gewissermaßen die Löhne in einem System rechtloser und prekärer Pflichtarbeit.

13. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:25

Erst Fußball, dann Abschiebung

Im Frühjahr letzten Jahres wurde bekannt, dass die südkoreanische Regierung bis zum März 2003 ca. 250.000 ArbeitsmigrantInnen ausweisen will. Die Betroffenen reagierten mit Organisierung: Die MigrantInnengewerkschaft ETU-MB wurde gegründet. Sie organisierte nicht unbedeutende Demonstrationen und machte vor allem mit einer dreimonatigen Besetzung der Myeongdong Kathedrale in Seoul von sich reden. Angesichts des Widerstandes traute sich die Regierung nicht, während der Fußballweltmeisterschaft ihren repressiven Kurs fortzusetzen.

Das änderte sich ab September 2002. Zunächst wurden zwei führende Aktivisten der ETU-MB, Kabir Uddin und Muhammed Bidduth, verhaftet und in Abschiebehaft genommen. Anschließend wurden innerhalb von 10 Tagen tausende MigrantInnen verhaftet und abgeschoben, darunter auch legalisierte und solche, denen bis zum Frühjahr 2003 eine Ausreisefrist eingeräumt worden war. Im Oktober fanden dann die Asien-Spiele in Südkorea statt und seitdem, d.h. seit Anfang November, wird die Repression mit aller Härte fortgesetzt.

Mitte November sind Kabir Uddin und Muhammed Bidduth in einen Hungerstreik getreten, dem sich weitere inhaftierte MigrantInnen, unter ihnen NigerianerInnen, KasachInnen und ChinesInnen, angeschlossen haben. Ende November begann die Regierung daraufhin, auch koreanische Mitglieder der ETU-MB zu verhaften. Ihnen drohen die höchstmöglichen Geldstrafen. Nach Einschätzungen von BeobachterInnen scheint der Widerstand der ETU-MB langsam zu bröckeln. Viele MigrantInnen sind eingeschüchtert und die Unterstützung der koreanischen SympathisantInnen kommt über verbale Attacken gegen die Regierungspolitik kaum hinaus.

(www.labournet.de)

Nulltarif bringt Lohnerhöhung

Die Holländischen BahnschaffnerInnen zeigen, wie im Öffentlichen Dienst erfolgreich gestreikt werden kann. Sechs Prozent mehr Lohn und Gehalt lautete die Forderung der KollegInnen von Nederlands Spoorwegen, die sie im Dezember 2002 aufgestellt haben. Am 21. Dezember, unmittelbar vor Weihnachten, kündigten die SchaffnerInnen an, alle BahnkundInnen umsonst zu transportieren, wenn ihrer Forderung nicht nachgekommen würde. Diese Drohung allein war offenbar schon ausreichend, um das Unternehmen zum Einlenken zu bewegen. Jetzt gibt's die sechs Prozent mehr - ohne eine einzige Streikminute.

(www.labournet.de)

Blair löschen

In Deutschland immer noch wenig beachtet, geht der Streik der britischen Feuerwehrleute weiter. Im Dezember hat die Gewerkschaft FBU die aktuelle Streikrunde zwar ausgesetzt, "um Verhandlungen zu ermöglichen". Doch die Regierung Blair zielt ganz offensichtlich auf eine weitere Eskalation der Auseinandersetzung. Am 7. Dezember fand die größte rein gewerkschaftliche Demonstration seit der Schließung der Kohlezechen statt. 12.000 DemonstrantInnen zogen durch die Londoner City, neben den Feuerwehrleuten vor allem LehrerInnen und EisenbahnerInnen.

Seit Oktober streiken die Feuerwehrleute um mehr Lohn und um Mitbestimmungsrechte bei der Einführung neuer Technologien. Es ist ihr erster Streik seit 25 Jahren. Der Streik erhält auch deswegen zusätzliche politische Brisanz, weil er völlig gegen den Regierungskurs der "Haushaltskonsolidierung" und Privatisierung steht. Entsprechend frühzeitig hat die Labour-Regierung auch in diesem Streik interveniert und die Armee als Streikbrecher eingesetzt. Allerdings waren und sind die Soldaten mit den komplizierten High-Tech-Löschzügen völlig überfordert. Am 21. November 2002 schien eine Einigung zwischen der FBU und den kommunalen Arbeitgebern unter Dach und Fach. Nachdem die Gewerkschaft von ihrer ursprünglichen Forderung von 40% mehr Lohn und Gehalt abgerückt war, hatte man sich auf eine Erhöhung um 16% sowie auf weitere Verhandlungen über die von den Arbeitgebern verlangte "Modernisierung" des Tarifvertrages geeinigt. Doch

Blair zog die Notbremse und verweigerte diesem Abkommen die Unterschrift. Er beharrt auf einer maximalen Lohnerhöhung von vier Prozent, die zudem durch Produktivitätssteigerungen bezahlt werden soll - d.h. durch Mehrarbeit, Flexibilisierung und Entlassungen.

(www.labournet.de)

Manche Freunde sind die besten Feinde

DVC, Dansk Video Center, ist eigentlich eine eher unbedeutende mittelständische Software- und Internet-Firma in Kopenhagen. Allerdings erhielt DVC im August 2002 den Auftrag, für die dänische Regierung den Internet-Auftritt der dänischen EU-Präsidentschaft im Herbst des Jahres zu organisieren. Damit verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen der ca. 200 Beschäftigten rapide: Auf Plakaten wurde ihnen mitgeteilt, dass sämtliche Urlaubs- und Erholungszeiten gestrichen seien und dass sie während der Dauer der dänischen EU-Präsidentschaft in permanenter Rufbereitschaft zu sein hätten.

In der Belegschaft stießen diese Anordnungen auf einhellige Empörung. Auf einer Betriebsversammlung wurde die Gewerkschaft TEF beauftragt, mit der Geschäftsleitung ein ordentliches Abkommen über die Abwicklung des Regierungsauftrages auszuhandeln, ein Ansinnen, das von DVC konsequent abgelehnt wurde.

Im Sommer letzten Jahres eskalierte der Konflikt, als DVC einigen AktivistInnen mit einer fristlosen Kündigung drohte. Der Kollege Kim Fussing wurde gefeuert, als er nach einer genehmigten Reise nach Litauen (zum Begräbnis eines Freundes) anschließend nicht rechtzeitig wieder zur Arbeit erschienen war. Verzögerungen an den Grenzen und eine daraufhin verpasste Fähre waren dafür der Grund gewesen. Im Oktober schließlich verkündete DVC den erstaunten Beschäftigten, dass ein Abkommen abgeschlossen worden sei - allerdings mit der Metallgewerkschaft Dansk Metal. Darin hatte Dansk Metal offenbar eine Entlohnung zu den herrschenden Mindestlöhnen akzeptiert.

Den ganzen Oktober und November hat die TEF versucht, sowohl mit der Geschäftsführung von DVC als auch mit Dansk Metal zu verhandeln - vergeblich. Weder war DVC bereit, sich auf Sonderverhandlungen mit der TEF einzulassen, noch war Dansk Metal willens, das Abkommen mit DVC zu kündigen. Die DVC-Beschäftigten waren somit gezwungen, gegen zwei Gegner zu kämpfen: gegen das Unternehmen und gegen den Apparat der Metallgewerkschaft. Seit dem 8. Dezember befinden sich die DVC-Beschäftigten nun im Streik. Streikposten befinden sich vor DVC und vor der Zentrale von Dansk Metal

(www.labournet.de)

Zynismus ohne Ende

Erinnert sich noch jemand an Bhopal, den indischen Ort, in dem es 1984 zu einem katastrophalen Giftgasunfall im Werk von Union Carbide gekommen war? Tausende von Toten, verseuchtes Land, Langzeitschäden bei Menschen und Tieren zeugen bis heute von dieser Katastrophe. Inzwischen gehört Union Carbide zum weltweit größten Chemiekonzern Dow Chemicals.

Am 2. Dezember 2002 haben 200 Frauen, Überlebende von 1984, vor dem Hauptquartier von Dow Chemical, Indien, demonstriert. Vor dem Gebäude luden sie Giftmüll aus der abgewrackten Union Carbide-Fabrik ab und forderten den Konzern auf, das Gelände gründlich und vollständig zu sanieren. Zwei Stunden dauerte dieser friedliche Protest, lediglich ein Dow-Angestellter ließ sich in dieser Zeit blicken.

Doch statt seiner Verantwortung nachzukommen reagiert Dow Chemical mit einer Schadensersatzklage gegen die Demonstrantinnen: Sie sollen 10.000 US-Dollar für "ausgefallene Arbeitsstunden" zahlen. Für Dow Chemical bedeutet diese Summe die Lohnzahlung eines Tages. Für die angeklagten Frauen entsprechen 10.000 Dollar aber einem Verdienst von zehn Jahren harter Arbeit. "Tausende von uns haben ihr Leben verloren", sagt Satyu, eine Aktivistin aus Bhopal. "Viele mehr können seit 18 Jahren nicht mehr arbeiten. 150.000 Menschen leiden bis heute an Gesundheitsschäden auf Grund der Union Carbide-Giftgastragödie. Noch heute sterben Menschen und werden Kinder mit gasbedingten Krankheiten geboren. Es ist unerhört, dass Dow uns jetzt verklagen will und versucht, unsere Bemühungen um Gerechtigkeit mundtot zu machen." Neben der Schadensersatzklage will Dow Chemical Demonstrationen im Umkreis von 100 Meter eines jeden Dow Chemical-Büros verbieten lassen.

(www.labournet.de)

Fettige Fritten

In vielen Betrieben und Büros ist das Kantinenessen Anlass und Ventil zugleich für den allgemeinen Werksfrust. Einige Beispiele aus der "Meckerecke" des Kollegeninfo, einer Betriebszeitung bei DaimlerChrysler in Bremen: "Hat jemand von Euch gestern, Spätschicht 19.11., in Halle 9 ein Baguette gegessen und anschließend die ganze Nacht auf'm Klo verbraucht? Mir war so schlecht, ich dachte, ich kotze meine Eingeweide aus..." "Am vergangenen Donnerstag waren die Soßenschalen für die Baguettes nicht mal halb voll!!! Als ich dann (um die trockenen Dinger runter zu bekommen) mir eine 2. Schale genommen habe, sollte ich 45 Cent extra bezahlen!!!" "So langsam fragt man sich wirklich, wo die Herren kochen gelernt haben, es scheint in einer Imbissbude. Heute gab's wieder durch Wasser geschossene Linsen zum Apothekenpreis. Die Qualität des Essens wird immer schlechter und die Preise gehen in die Höhe." "Kann mir mal einer erklären, warum ich, wenn ich eine Bockwurst kaufe, mir zwei mal Senf inklusive nehmen kann, aber keine Packung Ketchup?" "Die Pommes am Montag verdienen die Note 6! Fettig, matschig, sahen unter Beleuchtung aus wie Kohlrabigemüse. Der Lachs am Dienstag reichte von der Portionierung teilweise zum Ausfüllen von Zahnlücken! Was ist bloß mit dem Betriebsrestaurant los???"

(www.labournet.de)

14. Ex und Hopp (Flugblatt zur staatlich organisierten Leiharbeit)

Autor: KLARtext · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:14

Unter dieser Überschrift hat die Gruppe KLARtext folgendes Flugblatt zur staatlich organisierten Leiharbeit veröffentlicht. Wir entnehmen den Text dem Info 12/2002 der BAG-E.

Was erwartet uns?

Anja Schmidt z.B., 25 Jahre, Fleischereifachverkäuferin, 1000 EUR Nettolohn, wird zum 31. Januar 2004 von ihrem Kaufhaus entlassen. Sie erhält ein Arbeitslosengeld von 610 EUR. (1) Das Arbeitsamt (jetzt: Job-Center) steckt sie nach einem Monat in eine Leiharbeitsfirma, umgetauft in PSA (Personal Service Agentur). Die PSA wird von Randstad betrieben. Die PSA verleiht sie sofort an ein anderes Kaufhaus. Sechs Wochen muss sie zur Probe für ihr Arbeitslosengeld arbeiten. Danach macht sie ihre alte Arbeit bei einer neuen Firma für 800 EUR, also für 20% weniger. Diesen Tarif hat ver.di mit Randstad vereinbart. (2) Da ihre Warmmiete 400 EUR beträgt, bleiben ihr zum süßen Leben noch 400 EUR im Monat. Sie liegt jetzt unter dem Sozialhilfebedarf. Anja Schmidt ist empört. Doch das Job-Center droht ihr mit zwölf Wochen Sperrzeit, wenn sie die Leiharbeit nicht annimmt. Die Regierung tröstet sie: "Wer nur seine Ansprüche pflegt, der hat noch nicht verstanden." (3)

Lohnsenkungen im Interesse aller?

Schröder und Fischer erklären, dass von den Hartz-Plänen "alle profitieren". (4) Angeblich "profitiert" Anja Schmidt, wenn sie für weniger Lohn arbeiten muss. Angeblich "profitieren" ihre Kolleginnen, wenn sie durch billigere Leihkräfte ersetzt werden. Tatsächlich profitiert nur das Kaufhaus, weil es Arbeitskräfte "zu günstigen Bedingungen" (5) zugeführt bekommt.

- Schröder und Fischer setzen mit den Hartz-Plänen den "Anspruch auf Sicherheit" um. Anja Schmidt hat nicht einmal mehr die Sicherheit, immer ihre Miete bezahlen zu können. Ihre Kolleginnen haben weniger Sicherheit, ihren Arbeitsplatz zu behalten. Das Kaufhaus dagegen senkt mit Sicherheit die Lohnkosten und steigert seine Profite.

- Schröder und Fischer nennen Arbeit für weniger Lohn einen "gerechten Zugang zum Arbeitsmarkt". (FR 17.10.2002) Sie halten ungleichen Lohn für gleiche Arbeit für gerecht.

Massiver Ausbau der Leiharbeit - "Herzstück" der Harzt-Pläne

Die Hartz-Kommission möchte die Zahl der LeiharbeiterInnen um 800.000 erhöhen. Das würde Hunderttausende Beschäftigte verdrängen, die zu den üblichen Tarifen arbeiten. Der DGB-Bundesvorstand begrüßt die Hartz-Pläne.

Vorteile für die Entleihbetriebe:

- Sie können LeiharbeiterInnen jederzeit "kündigen".

- Sie zahlen nur für die tatsächliche Arbeitszeit. LeiharbeiterInnen sind selbst dann insgesamt billiger, wenn sie den gleichen Lohn bekommen.

Der Ausbau der Leiharbeit dient angeblich dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Leiharbeit schafft aber keine neuen Arbeitsplätze. Sie erhöht nur die Profite der Unternehmen. Und es ist gerade dieses Streben nach Profit, das Arbeitslosigkeit letztlich erst erzeugt. Mit mehr Profit die Arbeitslosigkeit bekämpfen zu wollen, ist genauso sinnvoll, wie mit mehr Alkohol den Alkoholismus zu bekämpfen. Von 1991 bis 2001 sind die Profite der Kapitalgesellschaften um 100 Mrd. EUR gestiegen. Die Zahl der LeiharbeiterInnen hat sich auf 360.000 verdreifacht. Aber die Arbeitslosigkeit hat um 1,2 Millionen zugenommen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Keine Billigtarife!

Reduzierung statt Ausbau der Leiharbeit!

30 Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! (Nur Arbeitszeitverkürzung bringt mehr Arbeitsplätze, Leiharbeit nicht.)

KLARtext e.V.

Kontakt: Berger Str. 195, 60385 Frankfurt/M.; e-mail: info@klartext-info.de, Internet: www.klartext-infoTel. 069/ 45 38 32, Fax 069/ 9450 82-25

Anmerkungen:

1) durchschnittliches Arbeitslosengeld einer unverheirateten Frau im Jahre 2001 in Deutschland

2) Gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommt Anja Schmidt nur dann, wenn kein Tarifvertrag mit der Leiharbeitsfirma abgeschlossen wurde (so das am 16.11. 2002 beschlossene Gesetz)

3) Regierungserklärung FR, 30.10.2002, 14

4) Koalitionsvereinbarung nach FR, 17.10.2002,

5) Hartz-Bericht, S. 148

15. Arbeitsämter zu Sklavenmärkten. Flächendeckende Einführung der Leiharbeit für Erwerbslose

Autor: BAG-E · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:13

Noch im Januar sollen die sog. "Personal Service Agenturen" eingeführt werden. Die Bundesregierung läutet damit die erste Stufe einer umfassenden Umstrukturierung des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosenversicherung ein. Den folgenden Beitrag haben wir dem Info 12/2002 der Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbsloseninitiativen (BAG-E) entnommen.

Wir werden nicht mäkeln", so kommentierte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die praktische Umsetzung der "größten Arbeitsmarktreform der Nachkriegsgeschich te" (rot-grüne Koalitionsvereinbarung). Folgerichtig lud die IG-Metall Anfang November den Kommissionsvorsitzenden Peter Hartz als Festredner zum Richtfest des IG-Metall-Neubaus in Frankfurt/Main ein. Auch wenn draußen vor der Tür VertreterInnen von Arbeitsloseninitiativen und Beschäftigte verschiedener Betriebe lauthals protestierten, konnte Hartz vor rund 500 GewerkschaftsfunktionärInnen mit Sekt, musikalischer Begleitung und gutem Essen ungestört seine Ideen einer "flexiblen Gesellschaft" präsentieren.

Zentrales Element dieses "vielversprechenden Zukunftskonzepts"(Sommer) ist die bundesweite Errichtung von "Personal Service Agenturen"(PSA). Sie können vom zuständigen Arbeitsamt an tätige Verleiher übertragen werden oder unter Beteiligung des Arbeitsamtes bzw. eigenverantwortlich in Form vermittlungsorientierter Arbeitnehmerüberlassung gegründet werden. Gemeint ist damit, dass die beteiligte Firma versucht, in einem sogenannten Profilingverfahren Stärken und Schwächen eines/r Arbeitslosen zu identifizieren, vermutete "Defizite" zu beseitigen und zeitlich befristet einen Job im 1. Arbeitsmarkt zu vermitteln, in der Hoffnung, damit einen "Klebeeffekt" zu erreichen. Betroffen sind alle arbeitsfähigen Arbeitslosen, die auf Grund der schon bestehenden restriktiven Zumutbarkeitsregelungen gezwungen sind, auch solche Zumutungen zu akzeptieren. Ansonsten droht ihnen eine dreimonatige Leistungssperre.

Der ab 2004 geltende Grundsatz gleicher Lohn für Leih- und StammarbeiterInnen ist mit vielen Einschränkungen versehen: So soll es für LeiharbeiterInnen nur einen Basislohn geben, ohne die wichtigen außertariflichen Zulagen, und für Arbeitslose wird es zahlreiche untertarifliche Sonderregelungen geben. Wie dieses neue Tarifvertragswesen aussehen wird, zeigen bereits Erfahrungen bei Opel Rüsselsheim. Dort arbeiten zu gleichen Arbeitsbedingungen ArbeitnerhmerInnen mit unterschiedlichen Tarifverträgen. Während der Stammarbeiter 16 EUR Prämienlohn erhält, bekommt der Leiharbeiter sechs bis acht EUR pro Stunde. Normalarbeitsplätze sind zu Gunsten von Leiharbeit verschwunden, von neuen Arbeitsplätzen keine Spur.

Was als "großer Wurf" von den Gewerkschaften gefeiert wird, nämlich die tarifvertragliche Regelung der Leiharbeit, erweist sich bei genauerem Hinschauen als fatal. Mit ihrer Akzeptanz der Leiharbeit billigen die Gewerkschaften das Prinzip der Lohn- und Gehaltsdrückerei und damit eine Entsolidarisierung in den einzelnen Betrieben. Nur etwas mehr als ein Drittel der Leiharbeitsverträge dauert länger als drei Monate und nur ca. jede/r fünfte LeiharbeiterIn erreicht eine sechsmonatige Beschäftigung. Durchschnittlich verdienen Leiharbeitskräfte bei gleicher Qualifikation im Westen fast 40% weniger als ihre fest angestellten Kollegen. Leiharbeit unterläuft die üblichen Tarife. Es gibt keine betrieblichen Sozialleistungen, Ausfallzeiten wegen Krankheit, Urlaub usw. braucht der Entleihbetrieb nicht zu zahlen und Entlassungskosten (Abfindungen z.B.) entstehen nicht. In der Sprache der Hartz-Kommission klingt es so: "Durch die PSA haben Unternehmen die Möglichkeit, neue Arbeitnehmer ohne arbeitsrechtliche Verpflichtungen kennen zu lernen. Durch die Verringerung von Kostenrisiken bei der Personalakquisition wird die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen gefördert. Personalengpässe durch Krankheit und Urlaub bzw. Auftragsspitzen können kurzfristig durch die vermittlungsorientierte Arbeitnehmerüberlassung überbrückt werden." Konsequent spricht die Kommission deshalb von der "Neutralisierung des Kündigungsschutzes".

Die bisher ausgehandelten Bedingungen zur Errichtung einer PSA sehen vor, dass sich die Arbeitsentgelte der dort Beschäftigten bis zum 31.12.2003 nach (irgend)einem Tarifvertrag für Arbeitnehmerüberlassung richten. Erkenntnisse aus dieser Branche lassen einiges befürchten. Erinnert sei an Haustarifverträge mit Beschäftigungsgesellschaften und dem Tarifvertrag zwischen ver.di und der Firma randstad, der einen wucherischen Stundenlohn von 5,11 EUR/Stunde zulässt.

Der flächendeckende Ausbau von PSA soll die Arbeitslosigkeit empfindlich verringern. Wie dies angesichts nichtvorhandener existenzsichernder Arbeitsplätze umgesetzt wird, zeigen bisherige Erfahrungen beim Einsatz von Leiharbeitsfirmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Qualifikation und Existenzsicherung spielen in den meisten Fällen keine Rolle, Zwang und Disziplinierung umso mehr. Nur in den wenigsten Fällen kommt zum Vorschein, welche Art von Angeboten das Arbeitsamt vermittelt. So boten in Darmstadt Leiharbeitsfirmen Stundenlöhne zwischen 5,37 EUR und 5,50 EUR an. Nach aktuellen richterlichen Urteilen gilt das als Wucherlohn und kann entsprechend geahndet werden. "Jede Arbeit ist besser als keine", so heißt die Botschaft. Wer diese Generallinie nicht teilt, hat nach der herrschenden Logik nichts im Leistungsbezug zu suchen. Was am Ende zählt, ist die Senkung der Anzahl der LeistungsbezieherInnen bzw. die Höhe der eingesparten Budgetmittel.

Mit der PSA werden Arbeitslose aus dem Leistungsbezug gedrängt und Vollzeitarbeitsplätze durch Leiharbeit ersetzt - bei weniger Lohn. Zwischen 1991 und 2000 ist die Zahl der ArbeiterInnen in der Industrie von 4,9 Millionen auf 3,6 Millionen zurückgegangen, gleichzeitig stiegt die Produktivität in diesem Zeitraum um über 70%, ebenso wie das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen. Es braucht also immer weniger Arbeitszeit, um immer mehr Produkte herzustellen. Logische Konsequenz daraus ist ein lohnarbeitsunabhängiges, bedingungsloses und ausreichendes Einkommen für alle. Wenn es nicht die Arbeit an sich ist, die den Menschen aus der restlichen Natur heraushebt, sondern die Tatsache, dass er der Arbeit nicht naturwüchsig unterworfen ist, gilt es das moralische Band der Lohnarbeit argumentativ und praktisch anzugreifen, um dem Ziel einer selbstbestimmten "Tätigkeit in Freiheit" näher zu kommen.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbsloseninitiativen (BAG-E)

16. Wettstreit linker Kriegshetzer. Die Projektionen der antideutschen Linken

Autor: Js. · Rubrik: Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:15

Wie schon 1991 beim ersten Irak-Krieg begründen deutsche Linke ihr Ja zum Krieg mit einem scheinbar moralisch unanfechtbaren Argument: Es gehe um Israel, dessen Existenz aktuell bedroht sei und mit US-Raketen verteidigt werden müsse. Die entschiedensten VerfechterInnen einer "bedingungslosen" Solidarität mit Israel machen sich dabei immer offener zu Sprachrohren der israelischen Regierung: "Sharon-Linke" - ein (anti-)deutsches Phänomen.

Ob die Redaktion der Jungle World dieser Position, wie sie am entschiedensten von der Zeitschrift Bahamas propagiert wird, selbst anhängt oder nicht - sie hat Ende vergangenen Jahres in drei jeweils vierseitigen Dossiers (Nr. 47, 48 und 49) eine "Nahost-Debatte" inszeniert, die nicht zufällig mit der Brandmarkung des Islamismus als angebliche Fortsetzung des nazistischen Judenmordes endet. Wo der Feind so eindeutig benannt ist, kann auf den ausdrücklichen Ruf nach der Bombe verzichtet werden.

Eröffnet wurde die Debatte durch einen Beitrag von Klaus Holz, Elfriede Müller und Enzo Traverso ("Schuld und Erinnerung"), in dem vor allem die Verirrungen der antideutschen "Sharon-Linken" kritisiert werden. Während die deutschen Antisemiten, angeführt durch die Walsers und Möllemänner, zum Zwecke der "Schuldabwehr" das Verhältnis von Opfern und Tätern umkehren und im Nahostkonflikt den "willkommenen Beleg" sehen, "dass die Juden Täter sind", verfahren die "Sharon-Linken" genau entgegengesetzt: "Sie setzen der antisemitischen Täter-Opfer-Umkehr eine Verabsolutierung des Täter-Opfer-Modells entgegen." Heraus komme eine "vielleicht gut gemeinte, aber fatale Instrumentalisierung der Shoah. Es befriedigt das Bedürfnis nach umfassender Orientierung, nach Einfachheit und Identität. Auschwitz aber taugt nicht als simplifizierende Welterklärungsformel."

Der "islamische Faschismus"

als Feindbild

Der Philozionismus der antideutschen Linken beweise gerade ihre Unfähigkeit, sich von dem alten antijüdischen Vorurteil zu lösen, schreiben Holz/Müller/Traverso: "Früher gehasst, werden die Juden heute als idealtypische Verkörperung der Opfer, als Objekte von Liebe und Mitgefühl wahrgenommen, doch bleiben sie für die Deutschen eine Projektion, ein selbst geschaffenes Bild, ein Fetisch." Die Linken, die sich bedingungslos hinter den Staat Israel und seine Regierung stellen, "imaginieren sich ein kollektives Feindbild, einen weltumspannenden islamischen Faschismus, der kurz davor stehe, Israel zu vernichten." Auch darin liege "eine Schuldabwehr und eine Relativierung der Shoah". Der Artikel schließt mit einem richtigen, in antideutschen Kreisen aber garantiert folgenlosen Aufruf zur Solidarität mit den PalästinenserInnen: "Eine Linke, die ihren Namen verdient, sollte sich gegen die brutale Besatzungspolitik der israelischen Regierung wenden und sich für die legitimen Rechte der PalästinenserInnen stark machen. Denn es liegt heute primär am israelischen Staat, die Gewalt im Nahen Osten zu beenden."

Diese zentrale Aussage wurde in der folgenden Ausgabe rundweg verworfen. Zwar weist Udo Wolter zu Recht auf einige Schwachstellen des Artikels von Holz/Müller/Traverso hin: Es sei verharmlosend, "statt von Antisemitismus ... vom ‚Antizionismus in der arabischen Welt und vieler PalästinenserInnen`" zu sprechen. Genauso berechtigt ist Wolters Kritik an dem missglückten Versuch von Holz/Müller/Traverso, dem portugiesischen Schriftsteller José Saramago, der die deutschen Vernichtungslager mit der israelischen Besatzungspolitik verglichen hatte, mildernde Umstände zuzubilligen. Bedenkenswert ist auch Wolters Einwand (der in einem weiteren Artikel "von Ole Frahm und Freunden" wiederholt wird): Die von Holz/Müller/Traverso verwendeten Reizwörter "Staatsterrorismus, Apartheid, Militärdiktatur" seien zur Kennzeichnung der israelischen Politik nicht hilfreich, sondern würden - allemal in Deutschland - eher Ressentiments schüren als aufklärerisch wirken.

Allerdings ist diese Kritik in dem Replik-Dossier letztlich nur Beiwerk. Ihre grundlegende Position stellen die Autoren nicht zur Diskussion: Solidarität mit Israel (wenn auch keine "bedingungslose", wie Wolter hervorhebt), keinerlei Solidarität, auch keine kritische, mit den PalästinenserInnen. Nicht einmal die israelische Linke und

die Friedensbewegung sind für Wolter, Frahm und Freunde positive Bezugspunkte: Sie kommen in beiden Artikeln schlicht nicht vor. Der Blick ist ganz bewusst starr auf das deutsche Kollektiv gerichtet. Es könne, schreiben Frahm und Freunde, "auf keinen Fall um die alte linke Vermessenheit gehen, den (israelisch-palästinensischen) Konflikt objektiv analysieren zu wollen."

Dieser Satz dürfte den Minimalkonsens der Jungle-World-Redaktion auf den Punkt bringen. Dass sie gleichwohl kein beliebiges Nebeneinander konträrer Meinungen organisiert, wurde schon eine Woche später deutlich. Im dritten und vorerst letzten Nahost-Dossier durfte Matthias Küntzel noch einmal das Feindbild herausarbeiten. "Jihad und Judenhass" heißt sein Pamphlet, dessen Unterzeile die These enthält, die er auf vier Seiten zu beweisen versucht: "Der Antisemitismus ist keine Beigabe zum Islamismus, sondern dessen Kern". Küntzel mischt nicht ungeschickt Fakten und Fiktion, dokumentiert selbst übersetzte Auszüge aus der Charta der Hamas und aus einer Schrift von Sayyid Qutb, dem 1966 in Ägypten hingerichteten Führer der Muslimbruderschaft.

Befehle aus

dem Führerbunker

Dass sich antisemitische Hetzschriften wie die "Protokolle der Weisen von Zion" oder speziell für ein arabisches Publikum redigierte Fassungen von Hitlers "Mein Kampf" bei islamistischen Kadern bleibender Beliebtheit erfreuen, ist überhaupt nicht zu bestreiten. Küntzel hält sich aber nicht bei solchen (bekannten) Enthüllungen auf, sondern bastelt sich eine antisemitische Verschwörung, in der vorzugsweise deutsche und arabische Schurken nach einem verbindlichen Vernichtungsplan zusammenarbeiten: Hitler, die Muslimbrüder, Bin Laden, Mohammed Atta, untergetauchte Altnazis, die Hamas und Arafat. Die Islamisten erscheinen ihm als Fortsetzer und zu allem entschlossene Vollender des von den Nazis begonnenen Judenmordes: "Sie haben den emanzipatorischen Antikolonialismus durch einen eliminatorischen Antisemitismus ersetzt, der die Welt ein weiteres Mal durch die Vernichtung alles ‚Jüdischen` erretten will." Da sie über "große Finanzmittel, global organisierte Netzwerke und eine kohärente Ideologie" verfügen, könnte das Projekt gelingen, meint Küntzel - zumal es bereits in vollem Gange sei, wie die am 11.9.2001 demonstrierte "Fortsetzung islamistischer Politik mit anderen Mitteln" bewiesen habe: "Als Nahziel will man den Rückzug der USA aus der arabischen Welt erzwingen, um Israel auslöschen und die panarabische Sharia-Diktatur errichten zu können."

Der 11.9.2001 als erster Schritt zur Vollendung des Holocaust - das mag auch für viele anti-islamisch prädisponierte Jungle-World-LeserInnen denn doch ein allzu starkes Stück sein. Den Zweifelnden präsentiert Küntzel ein gewichtiges Argument: die "folgenreiche Einflussnahme Nazi-Deutschlands". Diese vollzog sich einerseits über Amin el-Husseini, den Großmufti von Jerusalem, der sich zwischen 1941 und 1945 in Berlin von Hitler persönlich seine Instruktionen holte; zum anderen über "die in Europa gesuchten Nazis", die 1945 "scharenweise ... in die arabische Welt strömten, um dort entweder im Bereich ‚Agitation und Propaganda` ihre antisemitische Mission fortzusetzen oder sich an der Entwicklung ägyptischer Raketen zur Zerstörung Israels zu beteiligen." Hitlers Kompagnon, der Großmufti, schließlich blieb bis zu seinem Tode "von der Nazi-Variante des Antizionismus (!) beseelt", schreibt Küntzel. Wenige Jahre vor seinem Ableben habe er noch für die Einsetzung eines würdigen Erben gesorgt: Jassir Arafat - "Amin el-Husseini hatte den Eindruck, dass Arafat der richtige Führer für die palästinensische Nation war."

Damit sich der Kreis schließt und zwischen Berlin und Jerusalem alles beim Alten bleiben kann, muss Küntzel nur noch die Ungläubigen attackieren, linke IgnorantInnen und regierende Appeasement-PolitikerInnen, deren ungenügenden Einsatz im "Krieg gegen den Terror" er schon anderenorts (konkret 11/2001) gegeißelt hatte. Warum wollen sie nicht wahrhaben, was doch so klar auf der Hand liegt? "Wird der Blick (auf die islamistische Weltanschauung) gerade deshalb vermieden, weil uns hier tatsächlich ‚die Fratze der eigenen Geschichte` entgegenblickt?" fragt Küntzel in seinem Eingangsbeitrag. Sein Dossier endet mit dem Satz: "So wie im Hause des Henkers über den Strick nicht gesprochen werden darf, setzt sich hierzulande das Schweigen über die Nazi-Verbindungen des Mufti als Schweigen über den islamistischen Antisemitismus fort."

Die logische Schlussfolgerung - ein Krieg gegen die antisemitische Internationale sei berechtigt, ja notwendig, um den Völkermord zu verhindern - überlässt Küntzel seinen LeserInnen. Auch auf den Beitrag von Holz/Müller/Traverso geht er mit keinem Wort ein. Andere sind da weniger zurückhaltend. In einem von 25 Jungle-World-AutorInnen unterzeichneten Brief (dokumentiert in Nr. 50) wird die Veröffentlichung des Dossiers

von Holz/Müller/Traverso scharf verurteilt und der "alte Gründungskonsens" der Zeitung beschworen: "Zero Tolerance für jede Form der Israel-Feindschaft, Antizionismus und Antisemitismus." Zu den UnterzeichnerInnen gehören neben dem Bahamas-Chefideologen Justus Wertmüller weitere Exponenten der antideutschen Glaubensgemeinschaft wie Horst Pankow, Joachim Bruhn, Thomas Uwer und Tjark Kunstreich - und Thomas von der Osten-Sacken, der sowohl in der Jungle World als auch in konkret am heftigsten für den Krieg trommelt. In der Dezember-Ausgabe von konkret schreckt er selbst vor einem Lob des US-Verteidigungsministers Wolfowitz nicht zurück, der den bevorstehenden Krieg als Wohltat für das irakische Volk verkauft; Ziel sei es, "einem der talentiertesten arabischen Völker bei seiner Befreiung zu helfen." Gut gesprochen, findet von der Osten-Sacken und umreißt das Entweder-Oder der Entscheidungsschlacht: "Es scheint, als habe sich damit eine Auseinandersetzung zugespitzt, an deren Ende entweder die Vernichtung Israels steht oder ein Naher Osten, der nicht länger ruiniert wird von den Husseins, Sauds und Arafats und der damit die Voraussetzungen für eine friedliche Koexistenz zwischen Israel und seinen Nachbarn böte."

Mit Wolfowitz in den Freiheitskrieg

Derselbe Autor beruft sich in seinem Artikel auf Wolfgang Schneiders Totalverriss der 1991er Friedensbewegung ("Lazarett Deutschland", konkret 3/1991), der nur deshalb in Vergessenheit geraten ist, weil in derselben Ausgabe noch Schlimmeres zu lesen war: Gremlizas Absolution für einen "richtigen" Krieg "mit falschen Begründungen" und Wolfgang Pohrts Schulterschluss mit den Kriegspropagandisten von FAZ und Bild: "Seit der Geist ihrer Ahnen in die Deutschen fuhr, sind die politischen Verhältnisse hier gleichsam umgepolt, die FAZ kann man lesen, die besten - und übrigens hervorragend geschriebenen - Kommentare findet man in Bild. Das Wort vom Linksfaschismus stellt sich als Untertreibung dar, weil man sich die Vorsilbe ‚Links` sparen kann ... man braucht keine Phantasie mehr, um sich die Antiimpis oder die Autonomen als Volkssturmabteilungen der Hitlerjugend oder als Verbände der Aktion Werwolf vorzustellen." Trost fand Pohrt bei der Vorstellung, das gegen den Krieg demonstrierende "Pack" werde baldmöglichst "hinter Gitter verfrachtet", und in der Hoffnung, Israel werde sich "mit Kernwaffen" gegen Bagdad verteidigen.

Das wird auch zwölf Jahre später schwer zu toppen sein. Sieht man von Bahamas ab, deren Linie mit politischen Kategorien kaum noch zu beschreiben ist, sind es derzeit konkret und Jungle World, die um den Titel des hemmungslosesten Organs des "linken" Bellizismus wetteifern. Thomas von der Osten-Sacken wird sich als Autor beider Blätter buchstäblich selbst übertreffen müssen.

Js.

17. Konflikte und Abgänge bei der Jungle World

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:28

Die Berliner Wochenzeitung Jungle World gehört zu den auflagenstärksten Medien der bundesdeutschen Linken, vor allem in der jüngeren Generation. Ihr AutorInnenstamm hat - vor allem seit dem 11. September 2001 - mehrheitlich Positionen zu den Kriegen der USA eingenommen, die das Blatt von linken Positionen entfernen. Dies wird im folgenden zunächst anhand des von der Jungle World herausgegebenen Readers zum 11. September belegt; im Anschluss sollen die Wurzeln der Jungle-Ideologie freigelegt werden.

Es sollte ein pluralistisches Spiegelbild der linken Debatte aus Anlass des ersten Jahrestags der Anschläge von New York und Washington werden. Sowohl um die Attentate selbst als auch den nachfolgenden Krieg in Afghanistan, aber auch um den bereits sich zuspitzenden Irakkonflikt sollte es gehen.

So wurde der Reader angekündigt, den die Jungle-World-Redaktion im Oktober 2002 unter dem Titel "Elfter September Nulleins" (Verbrecher Verlag, Berlin, 14 Euro) herausgegeben hat. Das 235 Seiten starke Bändchen gibt einen Teil der auf dem gleichnamigen Kongress am ersten Septemberwochenende gehaltenen Beiträge wieder, enthält aber auch noch weitere Texte.

Der Band beginnt mit einem Beitrag des israelischen Schriftstellers Yoram Kaniuk, der zu folgender Schlussfolgerung gelangt: "Die eindringliche Kritik, die der Dichter und Philosoph Hans Magnus Enzensberger" - der, was Kaniuk nicht sagt, 1991 die Gleichsetzung von Adolf Hitler und Saddam Hussein betrieben hatte - "an seinen Freunden von der Linken übte, trugen ihm heftige Angriffe ein. Seine Kritiker begriffen den wesentlichen Punkt nicht, dass Saddam, Hitler, Dschingis Khan und Stalin Verbrecher an der Menschheit sind. Wer das nicht akzeptiert, lebt in einer Begriffswelt, mit der Menschen wie ich sich nicht auseinander setzen können." (S. 19) Weit weniger gut als der Hussein-Hitler-Vergleicher Enzensberger kommt bei Yoram Kaniuk etwa Günter Grass weg. Ihm kann er nicht verzeihen, dass "ein Humanist wie (er) die Unvernunft der deutschen Linken verteidigt, die mit dem Mörder und Diktator Saddam sympathisiert." (S. 18)

Kriegsgegner "sympathisieren mit Saddam"

Wer gegen den damaligen Krieg demonstrierte, zieht Kaniuks Zorn und Unverständnis auf sich. Mehrfach spricht er von einem "gerechten Krieg" gegen den Diktator, erwähnt aber nicht einmal, dass die USA eben diesen Diktator nach dem Krieg von 1991 gegen die irakischen Aufständischen an der Macht hielten; auch über die 150.000 irakischen Kriegstoten verliert er kein Wort. Statt dessen bezeichnet Kaniuk damalige VertreterInnen der grünen Partei als "scheinheilige Moralapostel einer deutschen Bewegung, die sich gegen die deutsche Demokratie stellt" (S. 9) - als ob ihr damals die Kohl-Regierung, die für die Rüstungsexporte (teilweise bundeseigener Firmen) in den Irak verantwortlich zeichnete, vorzuziehen gewesen wäre.

Der Text des libanesischen Journalisten Hazem Saghiya, der vorwiegend für "pro-westliche" arabische Presseorgane - wie die in London erscheinende Zeitung El-Hayat - arbeitet, wird dagegen am Ende des Bändchens nicht als Beitrag zum Reader, sondern als "Dokumentation" veröffentlicht. Dazu ist er eigens mit einem distanzierenden Vorwort versehen, in dem es u.a. heißt: "Der Text gibt nicht die Meinung der Herausgeber wieder. Wir dokumentieren ihn dennoch, weil er unseres Erachtens deutlich macht", wie arabische Intellektuelle sich "dem Thema Antisemitismus näher(ten)". (S. 226)

Was hatte Saghiya sich zu Schulden kommen lassen? Er habe Antisemitismus geleugnet oder den Juden selbst die Schuld am Antisemitismus in die Schuhe geschoben, hieß es auf meine Nachfrage. Man lese selbst : "... die Äußerungen von Roger Garaudy (Anm. B.S.: ein französischer Auschwitzleugner, der zu Konferenzen in arabische Länder eingeladen wurde, dort aber auch auf Gegenreaktionen von Intellektuellen stieß) und seinesgleichen, die Schriften und Predigten, die Erklärungen und Fernsehprogramme zeigen, dass der arabische Antisemitismus vorhanden und stark, ja so gefährlich ist, dass er bekämpft werden muss". (S. 227) Allerdings taucht am Ende des Beitrages auch folgender Satz auf: "Der letzte wichtige Punkt (...): Der gefährlichste Antisemitismus ist derjenige, den die Fortsetzung der Besatzung produziert, der die Gewalt und Gegengewalt in den Beziehungen zwischen den beiden Völkern" - dem israelischen und dem palästinensischen - "verewigt". (S. 230)

Dieser Satz hatte den Jungle-MacherInnen genügt, um den Beitrag Saghiyas zu verdammen, da er den Juden selbst die Schuld "am Antisemitismus" gebe. Dabei sehen sie noch nicht einmal den Unterschied zwischen dem in Deutschland und Europa herangewachsenen Antisemitismus und jenem, um den es im Beitrag Hazem Saghiyas geht. Kein Deutscher konnte 1933 - oder davor oder danach - mit Wahrheitsanspruch von sich behaupten, jene, die ihn unterdrückten, seien Juden. Anders sieht es für viele Libanesen und Palästinenser aus, die mit realer Unterdrückung konfrontiert sind, die oftmals von sich selbst als Israelis oder Juden definierenden Menschen - seien sie UniformträgerInnen oder SiedlerInnen - ausgeht. Beides umstandslos gleichzusetzen, ist gerade im Umfeld der Jungle World ein weit verbreiteter historischer Irrtum.

Allein dem Aufbau des Kongressreaders zum 11. September lässt sich also entnehmen, wie in der Jungle World Debatten kanalisiert werden. Den LeserInnen wird auf eindeutige Weise signalisiert, welche Position moralischen und politischen Respekt verdient und welche nur zu dokumentarischen Zwecken geduldet wird. Zwischen den beiden, in jeweiliger Extremform präsentierten Texten findet sich noch eine kleine Spannbreite von Positionen, wobei die von nicht-deutschen AutorInnen stammenden Texte (wie etwa jener des afghanischen Frauenverbands RAWA) die mit Abstand interessantesten darstellen. Zu den positiven Ausnahmen zählt noch der Text des iz3w-Autors Jochen Müller. Negatives Abschreckungsbeispiel dürfte hingegen Matthias Küntzels durchgängig präsentierte Analogie zwischen NS-Geschichte und aktuellen reaktionären Ideologien im arabischen Raum sein: "Schon im November 1945 kündigte sich eine Verschiebung des antisemitischen Zentrums von Deutschland in die arabische Welt an." (S. 100) Und: "Mithin fand die in Deutschland seit dem 8. Mai 1945 unterdrückte Wahnidee in der arabischen Welt (...) ihr seither wirkungsmächtigstes Exil." (S. 102)

Die Ideologie, die heute in wachsendem Maße die Jungle World - aber auch andere Organe der deutschen Restlinken - prägt und mit dem neuen Kampfbegriff "antideutsch" nur höchst unzureichend benannt ist, hat sich im Gefolge des Zweiten Golfkriegs von 1991 herauskristallisiert. Damals folgten im Abstand von nur drei Monaten die beiden historischen Ereignisse, welche die übrig gebliebene radikale Linke entscheidend prägen sollten: die deutsche Wiedervereinigung (die staatliche Einheit wurde am 3. Oktober 1990 besiegelt) und der Zweite Golfkrieg ab dem 17. Januar 1991.

Der Vollzug der nationalen Einheit Deutschlands hatte Teile der Restlinken in starken Alarmismus versetzt. Einige von ihnen, auch im damaligen KB, plädierten dafür, die politischen Gefahren der neuen Situation in der Mitte Europas herauszustellen und die ideologische Dynamik des Wiedervereinigungsprozesses zu kritisieren. Dabei sprachen sie sich dafür aus, sich vom Ökonomismus mancher (Vulgär-) MarxistInnen abzugrenzen, die lediglich eine Annexion der ehemaligen DDR durch das westdeutsche Kapital sahen - im Gegenteil müsse die massenhafte Zustimmung der damaligen DDR-Bevölkerung zum damaligen Einheitsprozess gesehen werden. Das war keineswegs unsinnig, wenngleich manche der KritikerInnen des "nationalen Taumels" die rein ideologischen Elemente - und deren Kontinuitäten zum historischen deutschen Nationalismus - insofern überzeichneten, als sie darüber die ökonomischen Motivationen (die materielle Anziehungskraft des ökonomischen "Erfolgsmodells" BRD) ausblendeten. In der Folge versuchten einige ProtagonistInnen, die größtmögliche Kontinuität zwischen dem deutsch-deutschen Vereinigungsprozess und dessen ideologischer Basis gegenüber der deutschen Nationalgeschichte herauszustellen, die manche auf die falsche Formel vom "Vierten Reich" brachten.

Der Golfkrieg zu Beginn des Jahres 1991 gab die Gelegenheit, diese spezifische Deutschlandkritik - in Abgrenzung von der "üblichen" linken Kritik am imperialistischen Krieg unter Führung der USA - zuzuspitzen. Die Rolle der BRD sollte besonders stark herausgestrichen werden, was ja an sich nicht falsch ist. Da allerdings die reale militärische Rolle der BRD an der Seite der USA - in Gestalt von Bundeswehreinheiten im türkischen Incirlik - zwar vorhanden, aber für die Annahme eines "Vierten Reiches" zu schwach war, wurde von manchen das Schwergewicht auf die Rolle der BRD als Rüstungslieferant des Irak gelegt. Auch das war nicht falsch, sofern das politisch-kritische oder agitatorische Motiv dabei nicht vergessen ließ, dass nicht allein die BRD, sondern alle westlichen Führungsmächte in den 80er Jahren beide Diktaturen der Golfregion - den Irak und den Iran - gleichermaßen mit Waffen und Vernichtungstechnologie beliefert hatten. Die extreme Variante dieser Zuspitzung lautete damals, das (sich auf eine eigenständige Weltmachtrolle vorbereitende) Deutschland habe bereits in den frühen 80er Jahren - damals setzten die Waffenlieferungen für den Iran-Irak-Krieg ein - nur deswegen den Irak aufgerüstet, damit dieser "den deutschen Plan zur Vernichtung der Juden zu Ende führe".

Diese Agitation konnte sich auf manche spontanen Äußerungen aus Israel stützen, wo oftmals in den Augen von Betroffenen "die Bedrohung von gestern und jene von heute", in Gestalt der irakischen Giftgasdrohungen, zu einer Assoziationskette zusammenflossen.

Gegen Deutschland - für den Imperialismus

Die meisten der "antinationalen" Linken blieben allerdings damals KriegsgegnerInnen, nur eine kleine Minderheit in ihren Reihen wollte sich - im Kampf gegen "das Vierte Reich und seinen verlängerten Arm im Irak" - für einen Krieg aussprechen. Letzteres begann innerhalb der zunehmend orientierungslosen Reste der Linken nachzuwirken. Rund um das Zirkular Bahamas formierten sich im Laufe der neunziger Jahre Strömungen, die nunmehr allein die BRD, die "deutsche Ideologie" und ihre vermeintliche Verlängerung in den Nahen Osten als Hauptgefahr ansahen, jedoch die imperialistische "westliche Normalität" kaum mehr als Problem wahrnahmen - als hätten die herrschenden Eliten der BRD bereits die militärische, politische und ökonomische "Westbindung" vollkommen aufgegeben. Um die Mitte der neunziger Jahre begann sich in diesem Spektrum die Vokabel "antideutsch" an Stelle der Selbstbezeichnung "antinational" durchzusetzen.

Diese Ideologie ist mittlerweile durch eine Reihe linker Spektren hindurch diffundiert und beeinflusst auch einen wachsenden Teil der Jungle-World-AutorInnenschaft und -Redaktion. In der Gründungsgeschichte der Jungle World, die sich 1997 aus einer Abspaltung der Tageszeitung junge Welt gründete, wurden solche Positionen am Anfang durch die Konfrontation mit "traditions"- bzw. vulgärmarxistischen, DDR-nostalgischen und ökonomistischen Positionen als vermeintliche Alternative bestärkt.

ExpertInnen gehen, Holzköpfe bleiben

Dabei existieren jedoch Abstufungen und Unterschiede, denn auch die Wochenzeitung steht in erheblichem Konflikt mit dem Bahamas-Spektrum - jedenfalls, solange sie sich dessen totalitärem und gewalttätig auftretendem Rechthabe-Anspruch nicht beugen will. Deren Inhalte aber wurden weithin übernommen. Dabei ist es wichtig, die unterschiedlichen Begründungszusammenhänge und Motivationen noch zu sehen. Für einen Teil der "Kader" dieses Umfelds ist der "antideutsche" Diskurs, der real immer mehr zum vorwiegend antiarabischen wird, eine - vermeintlich moralisch "einwandfreie" - subjektive Rechtfertigung für ihren Abschied von linker Gegnerschaft zur herrschenden Weltordnung und ihren Kriegen. Man muss nur die regelmäßig publizierten Texte der beiden "Chefideologen" von Jungle World zum Nahen und Mittleren Osten - Thomas von der Osten-Sacken und Thomas Uwer - lesen, um zu erkennen, wie hier eine stark nach außen gekehrte Gegnerschaft "gegen Deutschland" und gegen den Antisemitismus vor allem dazu dient, ein immer kritikloseres Nachbeten der US-Kriegspläne für diese Region zu rechtfertigen.

Andererseits aber finden sich in diesem Spektrum, vor allem bei jüngeren Leuten, auch viele Angehörige, die subjektiv ehrlich davon überzeugt sind, eine dem NS-Antisemitismus ähnliche Gefahr kehre heute tatsächlich über den Nahen Osten zurück und bedrohe zunächst Israel. Für viele ProtagonistInnen des Spektrums stehen klassisch linke Positionen - man nehme die Berichterstattung der Jungle World zu Lateinamerika - beinahe unvermittelt neben klassisch pro-imperialistischen Positionen. Letztere scheinen ihnen im Bezug auf ein abgegrenztes geographisches und thematisches Gebiet als linke Position gerechtfertigt - als Abwehr einer größeren Gefahr, im Sinne einer vermeintlichen Wiederholung der Konstellation des Zweiten Weltkriegs. Dies kann jedoch für altlinke (Ex-)"Kader" mit Sicherheit nicht gelten, etwa für jene der Bahamas, die längst ihren kompletten Abschied von der Linken vollzogen haben und deren politisch-ideologische Tätigkeit sich derzeit fast völlig auf einen rassistisch unterfütterten Anti-Arabismus beschränkt.

Eine Entmischung wäre sicherlich notwendig. Dennoch ist fraglich, ob eine solche im Falle der Jungle World noch gelingen kann. Ein in vielen - nicht allen - Beiträgen unkritisch positiver Israel-Bezug, die (im Falle des Irak noch nicht vollständig durchgesetzte, sondern unter den AutorInnen bisher umstrittene) Kriegsbefürwortung und eine häufige Beschimpfung von Anti-Kriegs-Positionen vor allem während des Afghanistan-Feldzugs haben das politische Spektrum der Zeitung bereits eingeengt. Daraus resultiert wiederum, dass bestimmte Sichtweisen zum "autoreferenziellen Diskurs" - also zur sich aus sich selbst heraus "beweisenden" Redeweise - gerinnen.

Dabei wird oftmals - von einigen, nicht aber von allen AutorInnen - eine abstrafende Haltung gegenüber linken oder sozialen Protestpotenzialen entlang bestimmter Fragen eingenommen, etwa wenn Thorsten Fuchshuber (in Jungle World 47/02) einen Bericht über das Europäische Sozialforum (ESF) in Florenz zu zwei Dritteln der

Pöbelei gegen die TeilnehmerInnen widmet, weil dort auch Solidaritätsäußerungen für die PalästinenserInnen vorkamen. Ein bezeichnendes Beispiel dafür, wie das sich als "antideutsch" verstehende Auftreten eines deutschen Schnösels dazu führen muss, dass jegliche Verständigungsmöglichkeit mit einer französischen, italienischen oder anderen Linken außerhalb der BRD entfällt.

Andererseits erwachsen aus der Einengung ihres ehemals pluralistischen Spektrums, aber auch den (oft damit zusammenhängenden) Abgängen ehemaliger AutorInnen - darunter der Antisemitismus-Analytiker Alfred Schobert, die zu Lateinamerika tätigen Autoren Raoul Zelik und Dario Azzellini, die Arbeitssoziologin Mag Wompel und andere - auch Probleme für die Wochenzeitung, die auch von ihren RedakteurInnen wahrgenommen werden. Welche Entwicklungsrichtung sich definitiv durchsetzen wird, ist daher vielleicht noch nicht völlig ausgemacht. Ein Eingreifen in die Debatte wäre zu wünschen. Ob für die Linke dabei etwas darin zu retten ist, kann aber nicht garantiert werden.

Bernhard Schmid (Paris)

18. Das Tischtuch ist zerschnitten. Jürgen Elsässer über den Irakkrieg und seine Kündigung bei "konkret"

Autor: mb. · Rubrik: Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:23

Jürgen Elsässer wurde im November von konkret gekündigt. Anlass war sein "Versuch, seine eigene politische Neuorientierung gegen den Willen des Herausgebers und der Redaktion sowie auf Kosten anderer konkret-Autoren auf die Zeitschrift zu übertragen", wie es kryptisch im Editorial der aktuellen konkret heißt. Der Geschasste fand in einer Polemik in der jungen Welt (7.12.02) deutlichere Worte: "Was in der konkret-Redaktion zum Bruch geführt hat ...: die Haltung zur drohenden US-Aggression, damit zusammenhängend die Einschätzung der Friedensbewegung."

In deiner Polemik schreibst du, wir befänden uns in einer Situation, wo eine Mehrheit der linken Kriegsbefürworter eine gemeinsame Diskussion gar nicht mehr wolle, sondern versuche, durch Denunziation der Kriegsgegner als Antisemiten eine solche Debatte zu verhindern. Gibt es da eigentlich für eine gemeinsame Diskussion noch eine Grundlage?

Eine gemeinsame Diskussion wird dadurch wirklich fast unmöglich gemacht. In einem Artikel in der Dezember-konkret war etwa von der "Einigkeit von Hamas bis Attac" die Rede. Mit solchen Äußerungen wird das Tischtuch zerschnitten. Indem man den Antisemitismus-Vorwurf so inflationär und unscharf verwendet, will man sich einen moralischen Feldvorteil in einer Diskussion verschaffen, die doch eigentlich vor allem auf Sachargumenten gründen müsste.

Erstaunlich, das von dir zu hören. In den 90er Jahren hast du ja auch eher zu einem inflationärem Gebrauch des Antisemitismus-Vorwurfs geneigt. Befindest du dich heute in der Situation des Zauberlehrlings, der Geister rief, die außer Kontrolle geraten sind?

Für mich war 1989/90 vollkommen klar, dass man sich gegen die Wiedervereinigung stellen muss. "Deutschland denken heißt Auschwitz denken" - das Grass-Diktum hat mich elektrisiert. Damals habe ich mich oft gefragt, warum das anderen nicht ebenso gegangen ist. Dabei bin ich darauf gestoßen, dass gewisse Teile der Linken - und da nehme ich mich nicht aus - sich bis dahin zu wenig mit dem Nationalsozialismus, mit der Besonderheit des deutschen Antisemitismus und der Singularität des Holocaust beschäftigt hatten und von einer kalten Indifferenz gegenüber Juden bestimmt waren. Dies zu diesem Zeitpunkt in aller Schärfe zu diskutieren, fand ich richtig. Deshalb habe ich zwar die Intervention von Gremliza und konkret im Golfkrieg 1991 in der Zuspitzung pro Krieg abgelehnt. Gleichzeitig fand ich richtig, dass sie an der Frage des Antisemitismus eine Polemik begonnen haben, denn dazu bestand Anlass: Positionen, wie sie heute Möllemann vertritt, waren damals in der Linken gang und gäbe, ja man hat sogar - siehe Hafenstraße - Israel das Existenzrecht generell abgesprochen.

Ich betone: Das war einmal. Der Antisemitismus in der Linken ist seither deutlich zurückgegangen. Parallel dazu ist die Kritik am linken Antisemitismus zu einem Modeartikel geworden. Es ist schon pervers: Wenn vor zwanzig Jahren ein Linker gesagt hat, er sei für Israel, galt er als Faschist. Schließlich galt das Axiom: Zionismus = Faschismus. Wenn heute ein Linker Kritik an Israel äußert, gilt er als Nazi. Schließlich lautet das neue Axiom: Antizionismus = Antisemitismus. Wäre es nicht endlich mal an der Zeit, von diesen Pawlow'schen Reflexen wegzukommen und die Wirklichkeit zu untersuchen?

Es ist unglaublich, wie arische Jüngelchen ihre Karriere als Intellektuelle in der Berliner Republik aufbauen wollen auf der Ausschlachtung des Schicksal von sechs Millionen toter Juden. Man versteckt sich hinter den Opfern des Holocaust und macht Propaganda für den Krieg. Man vermengt alles mit allem. Frappierend dabei ist, wie die Tabuzone immer mehr ausgeweitet wird. Dass man in Deutschland bei der Kritik an Israel immer bestimmte antisemitische Resonanzen in der Öffentlichkeit berücksichtigen muss, ist völlig richtig. Aber mittlerweile wird ja sogar die Kritik an den USA, d.h. an dem mächtigsten imperialistischen Staat der Welt, unter den Antisemitismus-Verdacht gestellt. Und das ist tatsächlich eine fragwürdige Entwicklung. Meine eigene Rolle will ich da gar nicht ausblenden.

Was ist aus deiner Sicht der Unterschied zu der Diskussion während des Golfkriegs 1991, als du ja auch eine andere Position bezogen hattest als Gremliza, gleichwohl zu den Wortführern der Antideutschen zähltest?

Der Golfkrieg 1991 und der anstehende Irak-Krieg sind nicht zu vergleichen, auch wenn die Diskussion darum in der deutschen Linken gewisse Ähnlichkeiten aufweist.

1991 wurden irakische Raketen, modernisiert von deutschen Firmen, bestückbar mit Giftgas aus deutscher Produktion, auf Israel abgeschossen. Wenn man in der damaligen Situation gesagt hat, unsere Solidarität als Antifaschisten verpflichtet uns, den US-Angriffen auf das Land, von dem diese Bedrohung für Israel ausgeht, zuzustimmen, war das zwar nicht richtig, aber verständlich. Das ist ein Unterschied zu heute. Die damalige Position, die man nicht in der Endkonsequenz - also der Kriegsbefürwortung - teilen muss, und ich habe sie nicht geteilt, hat vom Ansatz her zumindest einen Realitätsbezug und ist im Ansatz sympathisch. Es gab diese Raketen, es gab dieses Giftgas, es gab die deutsche Verantwortung für die Hochrüstung des Irak.

Heute, wo es diese Raketen nicht mehr gibt, wo es dieses Giftgas nicht mehr gibt, wo es in den letzten Jahren eine deutsche Zulieferung für irakische Massenvernichtungswaffen nicht mehr gab, in einer völlig anderen Situation also wieder dieselbe Schiene zu fahren wie damals, deutet auf völligen Realitätsverlust hin. Da lobe ich mir jemanden wie Michael Brumlik, der 1991 die Grünen verlassen hat, weil die sich gegen die Lieferung von Patriot-Raketen zum Schutze Israels ausgesprochen hatten. Heute aber ist er entschieden gegen den Krieg, weil es die entsprechende Vorgeschichte und das entsprechende Bedrohungsszenario nicht gibt. Vielleicht könnte man sagen: Wer 1991 nicht für Patriot-Lieferungen an Israel war, hatte kein Herz. Wer 2002/2003 immer noch dafür ist, hat keinen Verstand.

Du kritisiert die "Einschüchterungsprosa", die viele Debattenbeiträge ausmacht, und wetterst gegen das Fehlen jeglicher konkreter Untersuchungsarbeit. Wäre an diesem Punkt nicht ein wenig Selbstkritik angesagt, wenn ich da z.B. an deinen berühmt-berüchtigten "Fuck-the-IRA"-Kommentar von 1996 denke?

Zu Nordirland habe ich mich nur einmal in diesem jW-Kommentar geäußert, der mir dann auch in der interim eine Titelseite eingebracht hat. Das war damals aus der Hüfte geschossen. Sicherlich würde ich das heute so nicht mehr schreiben.

Von der nordirischen Feinheit allerdings abgesehen, war der Ansatz richtig, gegen den Vormarsch des neuen Deutschland in Osteuropa und auf dem Balkan auch mit bürgerlichen Kräften zusammenzuarbeiten. In der konkreten Situation damals musste man durch konkrete Analyse zu der Auffassung zu kommen, dass der Hauptfeind zumindest in Europa Deutschland heißt. Leider haben Etliche die damalige Analyse nicht im Licht der weiteren Entwicklung überprüft. Meine Hypothese - Achtung: Hypothese, nicht These, das heißt vorläufig und klärungsbedürftig: Der deutsche Vormarsch, der 1989 mit dem Mauerfall einsetzt, ist ungefähr 1995 ins Stocken gekommen. Ein deutliches Zeichen war der kürzliche NATO-Gipfel in Prag, wo die Europäer sich damit abfinden mussten, dass ihre viel gerühmte schnelle Eingreiftruppe zwar installiert wird - aber unter US-Befehl. Ein anderes Beispiel: Das deutsche Kapital hat Osteuropa hegemonial durchdrungen, trotzdem haben in der Irak-Krise die osteuropäischen Regierungen nicht die Position von Schröder gestützt, sondern die von Bush.

Meine damalige Position, einmal von der IRA-Verirrung abgesehen, ein Bündnis mit thatcheristischen, gaullistischen Kräften gegen Deutschland zu suchen, sehe ich weiterhin als richtig an. Aber die heutige Situation ist eine andere. Wir brauchen eine neue Imperialismus-Analyse, wir brauchen eine genauere Bestimmung, was die aggressivsten Teile des imperialistischen Blocks sind.

Wie bewertest du vor diesem Hintergrund die Haltung der Schröder-Fischer-Regierung zum Irakkrieg?

Anders als auf dem Balkan ist Deutschland in diesem Fall nicht die führende aggressive Kraft. Der Krieg wird von den USA geführt werden. Die Schröder-Regierung hatte kein Interesse daran und das deutsche Kapital eigentlich auch nicht. Denn in diesem Krieg werden die deutschen Absatzmärkte bombardiert werden, und das irakische Öl ist für Deutschland eigentlich uninteressant, weil wir unser Öl von Putin kriegen. Dass man jetzt trotzdem mitmacht - und die treibende Kraft bei diesem Umfallen ist eindeutig der Außenminister -, interpretiere ich nicht als Kotau oder als Ausdruck von Vasallenmentalität, wie es Teile der Friedensbewegung tun. Ich sehe es vielmehr als Resultante eines übergeordneten deutschen Kapitalinteresses, das die deutschen Regionalinteressen im Nahen Osten überlagert: die deutsch-amerikanische Kapitalsymbiose.

Was heißt das für die Situation heute?

Wir stehen heute vor einer ungeheuren imperialistischen Herausforderung, die alles übertrifft, was wir in den letzten Jahrzehnten hatten, nämlich dem Versuch, angeführt von den USA, unterstützt von Deutschland, eine umfassende globale Neuordnung mit kriegerischen Mitteln zu erzwingen. Angesichts dieser Situation versagt wieder ein Teil der Linken; wie 1989/90 bildet sich eine breite Strömung aus Kapitulanten und Kollaborateuren heraus. In dieser Situation sage ich dasselbe wie 1989/90 angesichts der Wiedervereinigung: Es müssen die entschiedenen Gegenkräfte gesammelt werden, über die bisherigen Brüche und Verwerfungen hinweg, die sich in den letzten zehn Jahren ergeben haben.

Du schließt also Frieden mit der Friedensbewegung?

Es hat sich leider mittlerweile ein falsches Bild der Friedensbewegung der 80er Jahre durchgesetzt. In der Dezember-konkret heißt es etwa, die damalige Friedensbewegung sei eine "deutschnationale Erweckungsbewegung" gewesen. Vielleicht findet sich auch in Aufsätzen von mir eine solche oder eine ähnliche Formulierung.

Es gab Ende der 80er Jahre unter den kommunistischen Kadern, die in der Friedensbewegung aktiv waren, unter anderem auch bei mir, eine große Enttäuschung, dass sich die Friedensbewegung angesichts der Wiedervereinigung affirmativ oder passiv verhalten hat. Das damals in Schärfe und vielleicht auch in Übertreibung zu kritisieren war richtig. Man hat den Patienten geschüttelt, um ihn wach zu machen. Aber aus der Distanz, aus einem kühlen Abstand von zwölf Jahren, die Friedensbewegung weiterhin als "deutschnationale Erweckungsbewegung" zu bezeichnen, entspricht nicht den Tatsachen. Die Peacenicks kämpften nicht gegen die DDR-Annexion - das heißt aber noch lange nicht, dass sie sie begrüßten. Das traf auf Leute wie Mechtersheimer zu, aber bestimmt nicht auf die Masse der Aktivisten aus dem DKP- und linkem SPD-Umfeld.

Deine Kritik gegen linken Antisemitismus hast du gerade selbst als bittere Medizin bezeichnet, die den Patienten heilen sollte. Nach zehn Jahren antideutscher Diskurshoheit in der deutschen Linken sieht es ganz so aus, als sei die Dosis zu hoch gewesen und der Patient tot. Oder wie erklärst du dir die zum Teil aberwitzige Debatte in Teilen der deutschen Linken über Vor- und Nachteile des bevorstehenden Krieges?

In der Situation der Wiedervereinigung, in der Situation der Pogrome in Hoyerswerda und Rostock, in der Situation, als Deutschland Jugoslawien zerschlagen hat, war es absolut notwendig, hoch zu dosieren. Aber heute muss die Polemik zurückgefahren werden. Notwendig ist eine sachorientierte, streng an den Fakten orientierte Debatte, vor allem was den Nahen Osten angeht.

Die einen bezeichnen Sharon als Wiedergänger Hitlers, die anderen bezeichnen Arafat als Wiedergänger Hitlers - das bringt uns doch nicht weiter, das ist doch in beiden Fällen Geschichtsrevisionismus. Ein Fortschritt wäre es dagegen, wenn Leute aus den verschiedenen Spektren bestimmte Schlüsselereignisse ganz konkret untersuchen. Etwa die Verhandlungen in Camp David im Sommer 2000. Was hat Barak angeboten, was hat Arafat angeboten, und woran ist ein Kompromiss letzten Endes gescheitert. Solche konkreten Untersuchungen bringen mehr als die ideologischen Gemetzel.

"Der Hauptfeind steht im eigenen Land. Mit Bush, Saddam, Arafat und Sharon müssen deren Untertanen fertig werden. Unsere Antisemiten heißen Walser und Möllemann, unsere Kriegstreiber Schröder und Fischer", hast du in der jWgeschrieben. Bist du also wieder bei Lenin gelandet?

Ich war noch nie weg von Lenin. Ohne dass man als Linker Lenins "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" gelesen hat, sollte man gar nicht an den Start gehen. Hört mir bloß auf mit diesem Negri und der Biopolitik, das ist doch alles Bluff.

Man kann gegenwärtig doch drei historische Analogien ziehen: Da gibt es die eine Variante, wie sie von der pro-amerikanischen Linken vertreten wird, wonach die aktuelle Situation mit der vor dem Zweiten Weltkrieg vergleichbar ist, dass Deutschland und seine Verbündeten die eine Seite bilden und dagegen die USA und eine Anti-Hitler-Koalition im neuen Gewand stehen. Dann gibt es Kräfte in der Friedensbewegung und unter traditionellen Kommunisten, die zwar auch die Parallele zum Zweiten Weltkrieg aufmachen, aber genau anders herum: Für sie sitzt der neue Hitler in Washington.

Die dritte historische Analogie, und der neige ich zu, verweist darauf, dass sich gegenwärtig eine ähnliche Konstellation wie vor dem Ersten Weltkrieg herausbildet. Nach dem Wegfall des Sowjetblocks gibt es

verschiedene imperialistische Großmächte, die um Einflusszonen rivalisieren und dabei zum Teil gemeinsam vorgehen, aber letzten Endes werden die Widersprüche derart anwachsen, dass ein Schlagabtausch innerhalb des imperialistischen Blocks die Folge sein wird, also ein dritter imperialistischer Weltkrieg. Daraus ergibt sich natürlich zwingend, dass man sich auch an die Strategien erinnert, die die Arbeiterbewegung oder die damals entstehende kommunistische Bewegung entwickelt haben und eine der wichtigsten Parolen war damals: Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Interview: mb.

Neben seiner Tätigkeit als konkret- und zwischen 1994 und 1997 junge-Welt-Redakteur ist Jürgen Elsässer auch als Buchautor in Erscheinung getreten. Seine drei letzten Veröffentlichungen waren "Kriegsverbrechen. Die tödlichen Lügen der Bundesregierung und ihre Opfer im Kosovokonflikt", "Make Love and War. Wie Grüne und 68er die Republik verändern" sowie "Deutschland führt Krieg. Seit 11. September wird zurückgeschossen". Infos und Lesetermine unter www. juergen-elsaesser.de.

19. "Hysterie beschworen". Anmerkungen zu Udo Wolters Kritik am "linken Antirassismus"

Autor: Stefanie Graefe · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:35

Nicht nur die inhaltliche Qualität gegenwärtiger linker Debatten ist oft entmutigend, auch der Diskussionsstil ist traurig. Ungekrönte Königin der Tiefschreiberei ist in dieser Hinsicht zweifelsohne Bahamas plus Umfeld. Doch auch in den gemäßigteren Gefilden des antideutschen Diskurses scheint man auf schlechten Stil nicht verzichten zu können. Eine Replik auf die Ausführungen von Udo Wolter auf dem Jungle-World-Kongress, verschriftlicht in dem Bändchen "Elfter September Nulleins".

Udo Wolter untersucht in seinem Beitrag (1) einige Aussagen unterschiedlicher Leute, die sich im Anschluss an den 11.9. und den folgenden Anti-Terror-Krieg der "Zivilisation" gegen die "Barbarei" auf ein bestimmtes Phänomen beziehen, nämlich auf das, so Wolter, "viel beschworene ‚Feindbild Islam'". Dieses würde schon seit Jahren in der Antirassismusdiskussion "herumgeistern". Gleichwohl vermutet Wolter hinter den Bezugnahmen darauf gerade kein antirassistisches Motiv: "Man könnte fast den Eindruck gewinnen, dass die antiislamische Hysterie von diversen Islamexperten deshalb so eifrig beschworen wird, weil diese sich dadurch einer gesteigerten Nachfrage auf dem Markt für islamkundliche Betrachtungen erfreuen."

Auch ich hatte flugs die Gunst der Stunde genutzt, islamkundlichen Senf profitabel absetzen zu können, und behauptet, seit dem 11.9. erlebe das altbekannte "Feindbild Islam" eine Renaissance. (2) Skandalös! Oder wenigstens falsch? Oder was? Man weiß es nicht wirklich, denn einerseits hängt Wolter seine Kritik an eben dieser Feststellung auf, andererseits schreibt er zwei Absätze später: "Ich will keineswegs abstreiten, dass es nach dem elften September zu einer Zunahme antiarabischer und auch antiislamischer Ressentiments gekommen ist." Was den Begriff "Ressentiment" nun aber befähigt, dort Wahrheit zu sprechen, wo der Begriff "Feindbild" versagt, das begründet der Autor zwar nicht mit Argumenten, dafür aber mit Rhetorik: Wo eine Hysterie beschworen wird mit einem Begriff, der nicht mehr leistet als herumzugeistern, da ist man längst jenseits der legitimen Ratio - eine weitere inhaltliche Begründung erübrigt sich praktischerweise. (3)

Udo Wolter mokiert sich dann über die von der Gemeinschaft der Islamkundler ins Feld geführte "Orientalismus"-These. Demnach geht das Feindbild Islam u.a. zurück auf den kolonialen und postkolonialen Rassismus, der in dem "Orient" das Andere des Westens gefunden zu haben glaubte. Genauer gesagt, mokiert Wolter sich darüber ein bisschen. Denn gleichzeitig sei an der These natürlich auch "etwas dran". Andererseits wiederum sei aber auch etwas "faul daran". Kurz: Die Orientalismus-These ist wohl zwar irgendwie nicht falsch, unterschlägt aber, so Wolter, das "Gegenstück" vom Orientalismus, nämlich die "Existenz eines massiven, antisemitisch konnotierten Feindbildes vom Westen, das sich inzwischen weit über radikal islamistische Kreise hinweg verfestigt hat." Und: Linke Kritiker des Feindbildes Islam wollten den wahren Islam vor Verunglimpfung schützen. Dabei, so Wolter, gibt es den doch gar nicht, den Islam!

Das ist wahr - und banal. Doch indem Wolter seinerseits das antisemitisch konnotierte "Feindbild Westen" beschwört, will er, seiner eigenen Logik folgend, wohl auch etwas schützen - den Westen nämlich. Aber den Westen gibt es wohl genauso wenig wie den Islam - und erst recht nicht als homogene und passive Einschreibfläche für (islamistischen) Antisemitismus; unterschlägt eine solche Metapher doch wiederum den Antisemitismus "des" Westens. So einfach ist das mit dem "Gegenstück" also nicht.

Ich hatte geschrieben, dass islamistische Identitätsentwürfe, die sich als Antithese des Westens konstruieren, eine falsche wie logische Antwort auf die identitätslogischen Vorgaben des Kolonialismus sind. Das ist laut Wolter "fatal". Fatal ist es vor allem, weil er meinen Satz kurzerhand umgeschrieben hatte - so passts halt besser: Nunmehr hatte ich laut Wolter gesagt, der Islamismus an sich sei nichts weiter als die Antwort auf den westlichen Kolonialismus. So ist es schön platt zurechtgerückt, und die Kritik kann sich als Differenzierung adeln.

Sodann schreibt Wolter: "Bei Werner Ruf fällt schließlich die schöne diskurstheoretische Verpackung und das Ganze klingt dann am Ende ... so:"; und es folgt ein Zitat, das belegt, dass Autor Ruf den radikalen Islamismus als legitimen "Widerstand" denkt. "Das Ganze" schließt logisch auch die zuvor falsch zitierte Aussage von mir ein - und ist laut Wolter das "Einverständnis mit dem mörderischen Treiben islamistischer Banden." Mit

anderen Worten: Ich hatte taktisch verpackt, was Ruf dann offen präsentiert. Die eine vernebelt, der andere klotzt rein; beide stecken unter einer Decke (und beide sympathisieren mit Massenmördern). Eine etwas kindliche Argumentationslogik, die unterstellt, alle, die nicht wie ich denken, sind sich einig und miteinander verschworen.

Eine ähnliche Logik bedient auch das Heranziehen einschlägiger Kronzeugen, nach dem Muster: Wenn x irgendwas gesagt hat, das mit irgendwelchen Aussagen von a, b oder c ähnlich scheint und x nachweislich ein Arsch ist, dann sind a, b oder c ihrerseits praktisch schon überführt, Ärsche zu sein. Bei Wolter übernimmt Roman Herzog die Kronzeugenfunktion, der anno 1997 davor warnte - skandalös genug -, jeden Terroristen mit dem Islam gleichzusetzen.

Wolters Sachargument ist seine These, Antiislamismus und Antisemitismus würden sich dadurch unterscheiden, dass letzterer ein "geschlossenes" Weltbild darstellen würde und ersterer nicht. Ein Vergleich verbiete sich also.

Darüber kann man diskutieren. Wobei dann zunächst eine Unterscheidung zwischen "vergleichen" und "gleichsetzen" hilfreich wäre. Ein Vergleich von Denkformen, Ausgrenzungspraktiken oder Herrschaftsverhältnissen muss keineswegs zwangsläufig auf eine Einebnung von Unterschieden hinauslaufen, sondern kann durchaus auch, wie z.B. die feministische Diskussion um "race, class, gender" gezeigt hat, zu genauerer Differenzierung führen.

Wie gesagt, all das sind Dinge, die man diskutieren kann. Oder könnte. Voraussetzung für eine solche Diskussion wäre allerdings, sich von Verschwörungs-, Verdachts- und Entlarvungsrhetoriken konsequent zu verabschieden.

Stefanie Graefe

Anmerkungen:

1) Udo Wolter: Feindbild Islam? Araberhass und Antisemitismus funktionieren nach unterschiedlichen Gesetzen. In: Redaktion Jungle World (Hg.): Elfter September Nulleins. Die Anschläge, Ursachen und Folgen. Ein Kongress-Reader. S.163-173

2) ak 455, Die Brücke 125, Nr.3/2002, Forum Wissenschaft 1/2002

3) Alle Hervorhebungen von mir, S.G.

20. Haiders Absturz und die falsche Freude. FPÖ-Wahlniederlage verweist auf tief greifende Rechtswende

Autor: Hannes Hofbauer · Rubrik: Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:18

Die Nationalratswahlen Ende November waren ein voller Erfolg für die ÖVP, indem sie die Inhalte samt wichtigem Personal wie den noch amtierenden Finanzminister Karl-Heinz Grasser ihres Koalitionspartners einfach übernommen hat. Das Gerede von der "Zähmung der FPÖ" geht dabei am Kern der Sache vorbei.

Am 24. November 2002 erlebte die österreichische FPÖ ein wahres Debakel. Bei der sonntäglichen Nationalratswahl verlor die Rechtspartei gegenüber 1999 fast zwei Drittel ihrer WählerInnen; anlässlich der Nationalratswahl 1999 waren die von Jörg Haider geführten Freiheitlichen auf 26,9% gekommen, der Urnengang im Herbst 2002 brachte ihnen gerade noch 10,2% Wählerzustimmung. "Supergau in blau", lautete eine der Schlagzeilen in den Medien.

Die Freude über den Absturz der FPÖ war ungeteilt, sie reichte vom Koalitionspartner ÖVP über die sozialdemokratische SPÖ und die Grünen bis hinein in die Redaktionsstuben des ORF und der größten Tageszeitungen des Landes. Als klarer Sieger ging Wolfgang Schüssels Österreichische Volkspartei (ÖVP) aus dem Wahlgang hervor, erstmals seit über 30 Jahren wurden die Christkonservativen mit 42,3% (das entsprach einem Zuwachs von 15,4%) wieder zur stimmenstärksten Partei gekürt. Die Sozialdemokraten erhielten knapp 37% und mussten sich mit dem zweiten Platz zufrieden geben; die Grünen blieben mit 9,4% knapp unter der 10%-Marke.

Schon die ungeteilte, von allen führenden PolitikerInnen und meinungsbildenden Medien unhinterfragte Freude über das FPÖ-Debakel hätte hellhörig machen müssen. Denn plötzlich empfanden ÖVP-nahe Zeitungen, die der rechts-rechten Koalition über zwei Jahre lang argumentativ die Mauer gemacht hatten, die Niederlage des Koalitionspartners als gerechte Strafe. Wofür eigentlich? Für die Vermessenheit Jörg Haiders, gegen den neoliberalen, von Brüssel aufgezwungenen Sparkurs soziale Versprechen für eine rechte, ausländerfeindlich eingestellte Klientel einlösen zu wollen.

Als Erklärung für den Niedergang der FPÖ musste die interne Zerstrittenheit herhalten, die im Gefolge eines angeblichen Putsches von rechts die Partei an den Rand ihrer Existenz geführt hatte. Tatsächlich waren im September 2002 im steirischen Knittelfeld die Mehrheit der Parteitagsdelegierten zu einer von Jörg Haider inszenierten Sondersitzung zusammengekommen, um ihrem Unmut über die Arbeit der zwei wichtigsten FPÖ-MinisterInnen Ausdruck zu verleihen. Im Koalitionskabinett von Wolfgang Schüssel hatten sich nämlich Vizekanzlerin und FPÖ-Chefin Susanne Riess-Passer sowie Finanzminister und Haider-Zögling Karl-Heinz Grasser unter den Sachzwängen der Koalition systematisch dem Kurs von Wolfgang Schüssel angenähert.

An zwei Fragen kam es zur großen Auseinandersetzung mit der FPÖ-Parteibasis: der versprochenen Steuerreform, die kleinere und mittlere Einkommen entlasten sollte; und dem Thema EU-Osterweiterung, die die FPÖ (wie übrigens auch große Teile der ÖVP-Basis) nicht ohne Klärung des österreichischen Verhältnisses zu Tschechien absegnen wollten.

"Supergau in blau"

Als Bundeskanzler Wolfgang Schüssel im Sommer 2002 verlautete, eine - projektiert gewesene - Steuersenkung für Gewerbebetriebe und kleinere Einkommen sei angesichts der leeren Staatskassen nicht finanzierbar, meldete sich Jörg Haider zu Wort und attackierte den ÖVP-Chef und die Maastricht-Kriterien. Notfalls, so der Mentor der FPÖ, müsse man entgegen den Vorgaben aus Brüssel neue Schulden machen, um die Wahlversprechen einlösen zu können (und die eigenen WählerInnen, denen in den vergangenen Jahren unter dem Reform-Titel viel Geld aus der Tasche gezogen wurde, bei der Stange zu halten). Schüssel konterte mit den sommerlichen Hochwasseropfern, denen vorrangig geholfen werden müsse. Im übrigen, gab auch Finanzminister und FPÖ-Hoffnungsträger Karl-Heinz Grasser zu verstehen, sei es unmöglich, die Maastrichter Sanierungskriterien wegen eines Wahlversprechens aufzuweichen.

Ähnlich die Argumentation im Falle der EU-Osterweiterung. Das Abschalten des tschechischen Atomkraftwerkes Temelin sowie die Aufhebung der Benes-Dekrete galten seit Jahren - sowohl in der ÖVP wie in der FPÖ - als grundsätzliche Voraussetzungen, ohne deren Klärung eine Aufnahme Tschechiens in die Europäische Union keine Zustimmung finden könne. Brüssel interessierte sich für beides nicht. Nachdem die ÖVP-Spitzen dies zur Kenntnis genommen hatten und auch Vizekanzlerin Riess-Passer sowie Finanzminister Grasser erklärten, wegen Temelin oder Benes-Dekreten keine Koalitionskrise oder gar eine Osterweiterungskrise vom Zaun brechen zu wollen, rebellierte die FPÖ-Basis. Jörg Haider war mit ihr.

Der Konsens ist (neo)liberal

Die "Knittelfelder Rebellen" sprachen ihren wichtigsten FPÖ-Ministern das Misstrauen aus, worauf Riess-Passer und Grasser zurücktraten; und Wolfgang Schüssel rief, gemeinsam mit der SPÖ, Neuwahlen aus. Sparpaket und Osterweiterung, so hieß es aus dem Kanzleramt, dürften nicht in Frage gestellt werden.

Im Wahlkampf distanzierte sich dann die ÖVP von ihrem Koalitionspartner FPÖ und warf dem neuen Parteichef Herbert Haupt seine große Nähe zu Haider vor, der plötzlich medial vollkommen dämonisiert wurde. Kurz vor dem Urnengang gelang Wolfgang Schüssel dann noch ein spezieller, personalpolitischer Coup. Auf einer ÖVP-Pressekonferenz stellte er seinen neuen wirtschaftspolitischen Star vor: Es war FPÖ-Finanzminister Karl-Heinz Grasser, der auf diese elegante Weise das politische Lager wechselte. Die damit ausgelöste Irritation der FPÖ-WählerInnen äußerte sich in deren Hinwendung zur Schüssel-ÖVP.

Auf ähnliche Weise wie die FPÖ war eineinhalb Jahre zuvor übrigens die ungarische Unabhängige Kleinlandwirtepartei in die politische Versenkung verschwunden. Ihr Chef, Landwirtschaftsminister Jozsef Torgyan, hatte verzweifelt versucht, gegen die eigene Parlamentsfraktion eine bäuerlich-protektionistische Programmatik zu behaupten. Auch in Ungarn, das damals ebenfalls eine rechts-rechte Regierung aufwies (Koalition zwischen Fidesz und Kleinen Landwirten), ging es um die Frage der EU-Osterweiterung. Torgyan erklärte sich nicht bereit, den Schutz der Bauern, die eben erst unter den Kommunisten kollektiviertes Eigentum privatisiert hatten, dem Eintritt ins Brüsseler Imperium zu opfern. Die meisten Abgeordneten von Torgyans Partei ließen sich indes vom EU-Machtkartell direkt oder indirekt korrumpieren, was zu einer Spaltung der Unabhängigen Kleinlandwirtepartei und schließlich zu deren parlamentarischer Abwahl führte.

Die allseitige Freude über die Marginalisierung Jörg Haiders, der noch ein Jahr zuvor den Medienzampano gab, mit Du-Freund Wolfgang Schüssel im eigenen Porsche herumbrauste und bürgerlicherseits als Garant dafür galt, den kleinen Leuten eine rechte Politik verkaufen zu können, beruht im Kern auf dessen anti-liberalen Äußerungen. Steuererleichterungen für den "kleinen Mann", wie die FPÖ sie im Regierungsprogramm festgeschrieben hatte, waren in der (neo)liberalen Logik Brüssels nicht vorgesehen. Und eine Blockade der EU-Osterweiterung wegen der Weigerung Prags, die alte Geschichte der Vertreibung von drei Millionen Deutschen nach 1945 zu klären und diesen - wie den Tschechen und Slowaken nach 1989 - ihr Eigentum zurückzugeben, war für Brüssel gänzlich undenkbar. Schüssel und seine Ministerriege hatten dies verstanden. Der herrschaftlich-europäische Konsens beinhaltete völlig andersgerichtete Zielvorstellungen: die Demontage der Sozialstaatsidee und die wirtschaftliche Expansion nach Osten. Letztere darf als Hilfsprojekt für Not leidende postkommunistische Gegenden und Menschen verkauft werden, ihre Infragestellung kommt allerdings einem Tabubruch gleich.

Rechtsliberale Rückbesinnung

Bereits 1999 scheiterte eine Koalitionsbildung - zwischen SPÖ und ÖVP - an der Weigerung, die Zerschlagung von Rentensystem, Sozialversicherungsträgern sowie staatlichem und kommunalem Gesundheitswesen mitzutragen. Damals waren es die linken Gewerkschafter bei den Sozialdemokraten, die sich gegen die Sozialstaatsdemontage wehrten. Die ÖVP-FPÖ-Koalition zerbrach im Prinzip an der selben Frage. Zwar hatten die FPÖ und Jörg Haider die Auflösung sozialer Sicherungssysteme systematisch betrieben, sie kämpften schließlich als Rechte gegen den Sozialstaat; parallel dazu forderten sie jedoch - ganz im Sinne einer ständisch-paternalistischen Sozialpolitik - Steuerreformen, die dem Gewerbe und dem "kleinen Mann" zugute kommen sollten, um zumindest symbolisch einen gewissen Ausgleich für eine systematische Umverteilungspolitik zu schaffen, die das Kapital ent- und die Lohnabhängigen belastet. Dafür ist im Brüsseler Kanon des (neo)liberalen Konsenses allerdings keine Stimmlage frei.

Der ÖVP stehen mindestens zwei Optionen zur Bildung einer Regierungsmehrheit offen: eine Koalition mit den Sozialdemokraten oder eine mit der FPÖ. Die Sozialdemokraten haben bereits eine Lehre aus den gescheiterten Gesprächen des Jahres 1999 gezogen: Im SPÖ-Verhandlungsteam befindet sich kein einziger Gewerkschafter mehr, der gegen Einsparungen im Sozial-, Renten- und Gesundheitsbereich auftreten könnte.

Namhafte Exponenten der FPÖ versuchen gerade, das rechtspopulistische und sozialnationale Image durch ein elitär-liberales zu ersetzen. Im Wochenmagazin Profil vom 20. Dezember 2002 erschien ein Gastkommentar des rechten "Partei"historikers Lothar Höbelt, in dem dieser seiner FPÖ den Weg weist: "Eine Rechte, die nicht sozialdarwinistisch denkt ..., macht sich lächerlich", greift er Jörg Haider mit seinen Steuerreformideen frontal an. Und noch klarer: "... das Gerede vom kleinen Mann stellt geradezu die Quintessenz des linken Zeitgeistes dar." Wer auch diese Aufforderung zur Kehrtwendung weg von jedem sozialen Element hin zum puren Liberalismus nicht verstanden hat, dem schleudert Höbelt abschließend entgegen: "Das Problem ist nicht, dass hier böse Rechte am Werk sind, sondern im Gegenteil, dass ein Teil der Freiheitlichen immer noch nicht kapiert hat, dass sie ein Teil der Rechten sind." Bereits im September 2002, nach dem von der FPÖ-Basis erzwungenen Rücktritt der FPÖ-MinisterInnen Riess-Passer und Grasser, beschimpfte der wortgewaltige Kommentator der auflagenstarken Tageszeitung Kurier Jörg Haider einen "linken Austro-Nationalen".

Eine solche Kennzeichnung Jörg Haiders als "Linken", der nicht verstanden hätte, worum es in Zeiten wie diesen, in Zeiten des Sozialdarwinismus, geht, drängt eine FPÖ nach Jörg Haider, wie sie von Wolfgang Schüssel bis Lothar Höbelt ersehnt wird, freilich noch weiter nach rechts. Es handelt sich bei dieser Entwicklung - wie Werner Pirker zutreffend in der Jungen Welt schreibt - "nicht um das Ende, sondern um die Vollendung der radikalsten Rechtswende in der Geschichte der Zweiten Republik". Die Freude darüber, dass eine solche ohne Jörg Haider stattfindet, übersieht den sozialdarwinistischen und expansiven Charakter des neoliberalen Diktates aus Brüssel.

Hannes Hofbauer

21. Erweiterung der Abschottung. EU-Gipfel in Kopenhagen: mehr Militarisierung, Armut und Ausgrenzung

Autor: kb · Rubrik: Europa allgemein und EU-Politik · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:09

Mit Schaumstoff und Helmen ausgerüstet durchbrechen etwa 1.000 DemonstrantInnen am 14.12. eine Absperrung der dänischen Polizei. "Die Demonstration betritt die verbotene Zone", tönte es aus dem Lautsprecherwagen der Cops. Alle, die dies tun, würden sogleich verhaftet werden. Aus dem Lautsprecherwagen der Globalen Basis, die das Happening mit organisiert hat, wird mit der Aufforderung reagiert, die Hände zu heben und langsam weiterzugehen. Die DemonstrantInnen zögern nur kurz, bevor sie die gesperrte Zone betreten. Was nicht so schwer ist, denn die verbotene Zone ist nur durch ein einfaches Plastikband gesichert. Erst ein paar hundert Meter weiter stehen die Mannschaftswagen der Polizei. Kurz vor dieser zweiten Absperrung stoppt die Demonstration. Die Kameras der hier reichlich vertretenen Presse surren, ein paar Interviews werden gegeben - und die Demonstration ist beendet. Der Gegenstand des Protestes, das Gipfeltreffen der EU-Regierungschefs, ganz in der Nähe, aber doch ganz weit weg, von 6.000 PolizistInnen und noch mehr Metern Stacheldraht geschützt.

Symbolischer konnten die Proteste gegen den EU-Gipfel nicht sein - von der konfrontativen Taktik, von der die Globale Basis zuvor gesprochen hatte, war jedenfalls nichts zu sehen. Und trotzdem waren nachher alle zufrieden: Die VeranstalterInnen der zahlreichen Gegendemonstrationen, die dänische Regierung, die dänische Opposition, die internationale Presse und, last but not least, die Verantwortlichen für den Polizeieinsatz. Tatsächlich hatten vor allem letztere mehr als genug Grund, mit sich zufrieden zu sein. Denn die Polizeitaktik war ausgesprochen erfolgreich: Die große Linie des Einsatzes war, immer freundlich und "demokratisch" zu sein, wenn die Kamera eines größeren Fernsehsenders eingeschaltet war. Bei der Überquerung der Grenze ließ man italienische tutti bianchi sogar eine halbe Stunde eine Protestblockade veranstalten. Anschließend wurde der Bus großzügig durchgewinkt: "Auf nach Kopenhagen". Aber stopp, nicht ganz, denn auf einem Parkplatz vor der Stadt wurde der Bus ordentlich gefilzt. Und einige Stunden später wurden die sechs SprecherInnen der Gruppe verhaftet, um im städtischen Gefängnis auf das Ende der Proteste zu warten. Warum wurden sie verhaftet? "Well, because they are Italiens", war die Auskunft des Pressesprechers der Polizei. Eine Begründung von ähnlicher Qualität wird wohl für die Verhaftung einer achtköpfigen Tanzgruppe aus Estland hergehalten haben, die auf der völlig unpolitischen Durchreise zu einer Aufführung in Frankreich war. Nach dem Wochenende zählte die Polizei 94 Verhaftungen, die Repression nahm erfreulicher Weise nicht das Ausmaß von Göteborg an; sie war unauffälliger, aber zugleich effektiver.

Ausbau der Festung Europa

Die Polizeiführung konnte aber nicht nur mit sich selbst zufrieden sein. Während in den Monaten vor dem Event von dem allergrößten Teil der dänischen Zeitungswelt und der Polizei die DemonstrantInnen immer wieder als "gefährliche Chaoten" gebrandmarkt wurden, betonte die Polizei nun die "hervorragende Disziplin" der Demonstrierenden und die Fähigkeit, "ihre Botschaft unter die Leute zu bringen".

Tatsächlich standen bei den meisten Veranstaltungen die Inhalte im Vordergrund. So thematisierte eine große Demonstration das mörderische Grenzregime der EU, dem jährlich hunderte von Menschen zum Opfer fallen. Auf einer Konferenz wurden in beeindruckender Weise die Folgen der Privatisierungspolitik thematisiert - von den Unfällen bei British Rail bis zum Verkauf der Lebensgrundlagen in Indien. Ein ganzes Wochenende wurde gegen das EU-Militär, gegen den Irak-Krieg, für ein "anderes Europa" demonstriert. Die VeranstalterInnen zählten bis zu 15.000 TeilnehmerInnen, die meisten von ihnen aus Dänemark, etwa jede/r zehnte aus anderen skandinavischen und jede/r zwanzigste aus anderen europäischen Ländern. Ein Erfolg, zweifellos.

Dennoch: Dass die Botschaft rübergekommen ist, darf bezweifelt werden. Denn das positive Gefühl, das die genannten Veranstaltungen den TeilnehmerInnen und den PassantInnen vermittelte, fand sich marginal in der dänischen Presse wieder, noch weniger in der skandinavischen und überhaupt nicht in der europäischen. BBC berichtete in einem zweiminütigen Beitrag, einige tausend hätten in Kopenhagen gegen die EU-Osterweiterung

protestiert, die FR brachte einen Mehrzeiler im hinteren Teil des Blattes und die Jungle World ein Foto mit einer Bildunterschrift, die im wesentlichen besagte, dass nichts los war.

Die gesamte bürgerliche Presse hatte sich mangels spektakulärer Straßenschlachten auf die andere Seite der Stacheldrahtzäune begeben, um über das wirkliche "historische Ereignis" zu berichten, das dort stattgefunden haben soll. Im Bella Center von Kopenhagen wurden am 15.10. nämlich wie bekannt zehn Staaten in die EU aufgenommen. Angesichts dieses Umstandes war der Jubel überall groß: "Wir haben die europäische Teilung endgültig überwunden" hieß es. Seit 1989 ist die europäische Öffentlichkeit süchtig nach dem "Flügelschlag der Geschichte", wie es die linksliberale dänische Tageszeitung Information nannte. Bei solchen Gelegenheiten zitiert dann selbst dieses als kritisch ausgewiesene Blatt noch das Entstehen "einer europäischen Supermacht im Gegensatz zur USA" als positives Ereignis. Die EU beginnt auf weltweiter Ebene mit den USA zu konkurrieren. Dass in den fünf Kriegen, an denen sie in den letzten dreizehn Jahren, meist eingebunden in die NATO, teilgenommen haben, mehr und anderes als die Verteidigung der Menschenrechte im Spiel waren, fällt unter den Tisch.

Und Europa rüstet auf: Auf der letzten NATO-Tagung in Prag wurde den europäischen Ländern, auch den in diesem Fall sieben neu beigetretenen, eine Steigerung ihrer Rüstungspotenziale in strategischen Bereichen um bis zu 40% auferlegt: Neuartige Präzisionswaffen, Flugabwehrraketen, Transportflugzeuge, mobile Kommandozentralen usw. sind nur einige der Felder, auf denen Europa der bedingungslosen Hochrüstung der USA folgt. Bis 2006 soll, neben den ohnehin existierenden Interventionsarmeen, eine mobile Eingreiftruppe mit 21.000 Mann und Frau geschaffen werden, die sowohl der NATO als auch der EU dienen wird.

EU-"Sozialpolitik": Bekämpfung der Armen

Mit dem Gipfeltreffen von Kopenhagen ist, eine Zustimmung bei den Volksabstimmungen in den Beitrittsländern vorausgesetzt, das Fort Europa größer geworden. Es passt ganz gut, dass der "historische" Gipfel in einem Land stattfand, das von einer Regierung der Neuen Rechten geführt wird und in dem die rassistische Dänische Volkspartei das Zünglein an der parlamentarischen Waage ist. Während der dänische Staatschef nach dem Kopenhagener Wochenende überall als Oberdemokrat in den Himmel gehoben wurde, hat man schon fast die Übergriffe des dänischen Staates auf Flüchtlinge und den unbequemeren Teil der politischen Opposition vergessen, die seit dem Regierungsantritt der Rechten vor genau einem Jahr inszeniert wurden. Während die Verhandlungen in der Öffentlichkeit so präsentiert wurden, als ginge es um die Subventionen für polnische Landwirte, ging unter, dass fast die Hälfte des Betrages, den der polnische Regierungschef Miller im Bella Center zugestanden bekam, für den Ausbau der Befestigung der europäischen Außengrenzen gedacht ist.

Parallel zu den Verhandlungen in Kopenhagen diskutiert die EU über eine Verschärfung ihrer Politik gegen Flüchtlinge. Flüchtlinge sollen künftig jederzeit ausgewiesen werden können, wenn sich die Lage im Herkunftsland nach Meinung der hiesigen Regierung geändert hat. Unabhängig davon sollen Menschen deportiert werden dürfen, die nach Meinung der EU-Staaten ein "Sicherheitsrisiko" darstellen. Sören Söndergaard, Abgeordneter der Einheitsliste im dänischen Parlament, kommentierte dies so: "Das ist für uns das Gegenteil von Freiheit. Wir wollen nicht, dass die Grenzen verschoben, sondern dass sie geöffnet werden."

Auch die Frage der Subventionen, die in der medialen Berichterstattung viel Raum einnahm, hat etwas mit Grenzen bzw. mit Ausgrenzung zu tun. Den polnischen Bäuerinnen und Bauern, die fortan aus EU-Töpfen (wenn auch unter europäischem Durchschnitt) gefördert werden, steht eine Rationaliserungswelle ohnegleichen bevor. Das System der EU-Landwirtschaftspolitik treibt die Zentralisierung der Landwirtschaft an. Es ist in erster Linie gegen die BäuerInnen der sogenannten Dritten Welt gerichtet, die durch eine Mischung aus Exportsubventionen, Überproduktion und Einfuhrzölle in den Ruin getrieben werden. Dieses Schicksal steht jedoch auch der Masse der polnischen BäuerInnen bevor. In Dänemark gab es zur Zeit des EU-Beitrittes 1972 noch 130.000 selbstständige Landwirte, davon sind seitdem mehr als 110.000 verschwunden. Die Zentralisierung der Landwirtschaft ist mit großen ökologischen Problemen, kontinuierliche "Lebensmittelskandale" inklusive, verbunden. Als wollte man dies illustrieren, beschlossen die Regierungschefs in Kopenhagen, einen Teil der Finanzierung des Beitritts der "neuen" EU-Staaten aus dem umweltpolitischen Fonds der EU zu entnehmen. Die Hoffnung der polnischen Landwirtschaft kann nur darin

bestehen, durch den EU-Beitritt in der Standortkonkurrenz mit Drittstaaten mehr zu gewinnen, als durch die Konkurrenz mit der High-Tech-Landwirtschaft der etablierten Staaten der Gemeinschaft verloren wird.

Im europäischen Rahmen ist es richtig, wenn die Jungle World in ihrem Extra zu Kopenhagen schreibt, dass die EU "größer, ärmer und deutscher" wird. Innerhalb der Beitrittsländer wird die seit Anfang der 1990er-Jahre aufgetretene soziale Spaltung verschärft werden. Besonders in ländlichen Gebieten wird die Erwerbslosigkeit und die Armut noch mehr zunehmen. Dies, wie die Jungle World, lediglich als Problem des Nationalismus zu begreifen, ist jedoch mehr als oberflächlich. Dass die Zentralisierung des Reichtums und die Zunahme der Armut in einigen osteuropäischen Staaten das Aufkommen von Rassismus und Antisemitismus fördern, ist eine Tragödie. Dies sollte dazu anregen, sich mit den Ursachen dieser Tendenzen auseinander zu setzen, statt einfach zu behaupten, dass Armut zu Rassismus führe, um dann zur Tagesordnung überzugehen.

Kein Ende der Proteste

Die Ignoranz gegenüber sozialen Problemen, die aus solchen Veröffentlichungen spricht, ist systemkonform. Sie stimmt mit der Einschätzung der EU-Kommission überein, die das Problem der Erwerbslosigkeit in Europa ignoriert und stattdessen ein Problem des Arbeitskräfteangebotes herbei definiert. Ein paar Wochen, bevor im Bella Center schöngeredet wurde, hat der EU-Kommissar für Beschäftigung und Sozialpolitik (sic!) auf Lanzarote ein Konzept des "Aktiven Alterns" entwickelt, das auf folgender Grundlage beruht: "Ältere Menschen dürfen und können nicht als verletzliche Gruppe betrachtet werden, die eine besondere Aufmerksamkeit verdient. Sie sind ein notwendiger Teil der Arbeitskraftreserve." Und es kommt noch besser: "Wie können wir verteidigen, dass diese Menschen fünf Jahre früher in Pension gehen als ihre Eltern?" Und - es müsse Schluss sein mit dem unangemessenen Anspruchsdenken einer - Zitat - "verhätschelten Generation der über 50-Jährigen".

Dass der Zugang zu Arbeitslosengeld zu leicht sei, die Konkurrenz unter den Beschäftigten zu gering, die Zahl der Zeitarbeitskräfte zu niedrig usw. ist mittlerweile common sense in der europäischen Elite. In dieser Hinsicht erscheint das Hartz-Papier keinesfalls als besonders originell. Die europäische Sozialpolitik geht mittlerweile in bedrückender Einheit von dem Konzept aus, dass Armut am besten bekämpft werden kann, indem man die Armen bekämpft.

Die Botschaft der Proteste kam in der bürgerlichen Öffentlichkeit keineswegs an. Dazu war die Gegenöffentlichkeit, die die Proteste erzeugt hat, noch viel zu schwach. Und trotzdem: Die Ansätze, die auch in Kopenhagen entstanden sind, ob sie von der ad hoc Zeitschrift moskito, von KünstlerInnen oder von den vielen dezentralen Aktionen ausgingen, sind sehr wichtig. Viele, die die sogenannte Anti-Globalisierungsbewegung kommentieren, haben in letzter Zeit von Stagnation oder sogar vom Ende der Bewegung geredet. Das mag sein, in Kopenhagen sah es jedoch so aus, als sei die Bewegung erst am Anfang. Was dann am Ende doch Grund genug für eine positive Bilanz ist.

kb

22. Geschichte ausgegraben. Spaniens Aufbruch in die Vergangenheit

Autor: Tom Kucharz · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:29

Es ist traurig, aber wahr: Obwohl der spanische Faschismus offiziell seit 25 Jahren vorbei ist, hüllt sich die spanische Gesellschaft immer noch mehrheitlich in tiefes Schweigen - so als wäre nichts gewesen. Die Toten sind vergraben und mit ihnen die Erinnerung.

Man muss heutzutage in Spanien schon erfreut sein, ab und an einen Beitrag zum Bürgerkrieg hören, einen Film über die Francodiktatur sehen oder einen Artikel über den spanischen Faschismus lesen zu können, auch wenn in den letzten zwei, drei Jahren vermehrt Filme, Bücher und Aufsätze über die jüngste spanische Geschichte veröffentlicht wurden. Absurd? Im Gegenteil: In Spanien machen SchülerInnen ihren Abschluss, ohne sich während ihrer Schulzeit ernsthaft mit der Zeit zwischen 1936 und 1978 auseinander gesetzt zu haben. Eine große Mehrheit der UniversitätsanwärterInnen etwa - die Statistik unter der restlichen Jugend ist weit ernüchternder - haben keinerlei geschichtliches Bewusstsein. An jeder beliebigen Fakultät der Politikwissenschaft oder Soziologie kommt es vor, dass ein Großteil der StudentInnen noch im zweiten oder dritten Semester keine Zusammenhänge zwischen der II. Republik, dem Militärputsch von 1936 und der Diktatur bis 1975 herstellen kann.

Wer keine "roten" Eltern hat, weiß zumeist nichts mit den Stichworten Durutti, Falange, Primo de Rivera, Schlacht am Ebro, Internationale Brigaden, Mauthausen oder Anti-Franco-Guerilla anzufangen. (1) Und selbst geschichtssensible Autoren wie Javier Cercas gestehen geschichtliche Lücken. Er beginnt vielleicht auch deshalb seinen Roman Soldaten von Salamina, in dem die Geschichte des Bürgerkriegs und seiner Nachwirkungen u.a. aus der Sicht des Falangisten Rafael Sánchez Mazas dargestellt wird, mit dem Satz: "Es war im Sommer 1994, ... als ich das erste Mal jemanden über die Erschießung von Rafael Sánchez Mazas sprechen hörte."

Mazas gründete im Jahr 1933 zusammen mit fünf anderen spanischen Faschisten, darunter José Antonio Primo de Rivera, die Falange, in der Franco ab 1937 die gesamte "nationale Bewegung" aus Traditionalisten, Militärs und Falangisten in einer einzigen Partei vereinigte. Mazas war ihr wichtigster Ideologe und 1937 das noch einzige überlebende Gründungsmitglied. Von republikanischen Truppen in Barcelona festgenommen, sollte Mazas, kurz vor dem Eintreffen der Franco-Truppen, bei einer Massenerschießung hingerichtet werden. Im Wirrwarr der Ereignisse gelang ihm allerdings die Flucht, er versteckte sich in den Wäldern und wurde schließlich von einer Bauernfamilie und drei desertierten republikanischen Soldaten gerettet, um später seine kurze Karriere als Minister (ohne Ressort und bald schon von Franco abserviert) zu starten.

Nach dem Tode Francos am 20.11.1975 und noch bevor die aktuelle Verfassung 1978 in Kraft trat, vereinbarten alle "wichtigen" politischen Kräfte des Landes (Konservative, Sozialisten, Kommunisten, Gewerkschaften) eine Art Schweigepakt: Die Verbrechen von gestern sollten nicht thematisiert, die Schuldigen nicht benannt und zur Rechenschaft gezogen werden. Nur der Blick nach vorne könne einen neuen Bürgerkrieg verhindern und den Übergang zur Demokratie, die so genannte transición, ermöglichen, hieß es in Übereinstimmung mit den alten Mächten. 1977 wurde ein Amnestiegesetz unterzeichnet, mit dem ein Schlussstrich unter die Franco-Vergangenheit gezogen wurde. Dieser bruchlose Übergang zur Scheindemokratie verfestigte in der Bevölkerung unweigerlich die stark vereinfachte Auffassung "die Roten waren die Bösen, die Nationalen die Guten". Was kam, war die völlige Abwesenheit geschichtlicher Auseinandersetzung in der Mehrheit der spanischen Gesellschaft. Heute wissen nur wenige, was wirklich passierte, und noch wenigere gehen an die Wurzeln der Ursachen des Bürgerkriegs, verstehen den historischen und politischen Kontext sowie die damit verbundenen, tief greifenden Veränderungen jener Jahrzehnte.

Schweigen im Dienst der Demokratie

Ganz konnte das Thema allerdings nicht tabuisiert werden. "Nach dem Übergang vermischte sich der Impuls, bestimmte Momente in der Geschichte zu füllen, mit dem Streit um deren Interpretation. Und dieser Streit hält bis heute an, deshalb ... dürfen auch nicht diejenigen Anstrengungen vergessen werden, die in diesem Bereich

in schwierigeren Zeiten als heute gemacht wurden", so Manuel Lluisa, Direktor der Zeitschrift paginas abiertas. Lluisa spielt damit vor allem auf Recherchen und Untersuchungen an, die während der Zeit der sozialistischen Regierung (1982-1996) angestellt wurden, damals aber kaum Beachtung fanden.

Im Jahre 1996 übernahm die konservative Volkspartei, Partido Popular (PP), die Macht in der Moncloa, dem spanischen Präsidentenpalast. Auf einmal drängten die Sozialdemokraten (PSOE), nun in der Opposition, zusammen mit anderen Parteien auf eine Geschichtsdebatte. Im Wettbewerb um WählerInnen-Stimmen löste sich der Pakt von 1976 langsam auf, wurden plötzlich Resolutionen gegen den Militärputsch von 1936 formuliert, sechs Jahre lang ohne die PP. Auch eine Amnestie der ehemaligen WiderstandskämpferInnen kam nie zu Stande. Die PP argumentierte, es sei nicht angebracht, von "Guten und Bösen" zu sprechen.

Am Todestag des Diktators im vergangenen Jahr, den die spärlichen Reste der "francistischen Bewegung" wie jeden 20. November feierlich begangen, verhandelte die PP mit allen anderen Parteien im Parlament eine Resolution, die dann überraschend einstimmig verabschiedet wurde. Darin verurteilt man zum ersten Mal den Militärputsch vom 18. Juli 1936 gegen die legal gewählte II. Republik. Zugleich beschloss der Verfassungsausschuss, die Regierung mit der Suche nach mehr als 30.000 Vermissten des Bürgerkrieges zu beauftragen. "Da diese schon lange existiere", gab sich der ehemalige PSOE-Minister Alfonso Guerra überzeugt, werde diese Initiative keine neuen Wunden aufreißen, sondern helfen sie zu verheilen.

Wandlungsfähige Konservative

Die PP hatte der Resolution allerdings nur unter der Bedingung zugestimmt, dass es in Zukunft keine parlamentarischen Initiativen mehr zu diesem Thema geben dürfte, die nicht vorher parteiübergreifend abgestimmt wären. Außerdem verlangte sie, dass "25 Jahre nach der Wiederherstellung der Demokratie" die "beiden Spanien" nie wieder in der politischen Auseinandersetzung vorkommen dürften. Im Klartext: Die PP versucht, einen Schweigepakt unter neuen Vorzeichen durchzusetzen. Angesichts der aufflammenden Geschichtsdebatte sieht sie sich offenbar veranlasst, den Eindruck zu verwischen, man würde den alten Zeiten nachtrauern. Zudem hat sich ihre Wählerbasis stark verändert: das altfrancistische Klientel ist gestorben bzw. für jede Mehrheitsbildung uninteressant geworden. Will die PP "Mitte-Rechts" besetzen, muss sie sich auch an das liberalere Klientel wenden.

Enormer öffentlicher Druck, das verordnete Schweigen über die Verbrechen der Diktatur zu brechen, ging von den Aushebungen von Massengräbern im Sommer letzten Jahres aus. Die Schlagzeilen über die von Freiwilligen freigelegten Massengräber von im Bürgerkrieg ermordeten Republikanern gingen um die Welt und rüttelten viele Menschen wach.

Die Gesellschaft für die Wiederbelebung der Erinnerung (ARMH), maßgebliche Initiatorin der Ausgrabungen, wanden sich im Juli 2002 an die UN-Menschenrechtskommission in Genf. Nach der Erklärung über den "Schutz vor dem Verschwinden" von 1992 verpflichten sich nämlich die Unterzeichnerstaaten - darunter Spanien - alles zu tun, um begangenes Unrecht aufzuklären. Montserrat Sans, Anwältin des Vereins und Enkelin eines in einem deutschen Konzentrationslager ermordeten Republikaners, zeigte sich überrascht vom Erfolg dieser Initiative. "Niemals hätten wir gedacht, dass es so viele Petitionen zur Massengraböffnung geben werde", so Sans. "Die meisten sind von alten Leuten, und da sie die einzigen sind, die noch wissen, wo die Gräber sind, ist die Sache dringend." ARMH fordert, dass der Staat die Exhumierungen und genetische Identifizierung der Überreste anonym bestatteter Republikaner finanziert und den Angehörigen die sterblichen Überreste übergeben werden. Gleichzeitig setzt sich der Verein für die Gründung einer Wahrheitskommission ein, wie in anderen Ländern auch, wo es Diktaturen gab. Zu den Forderungen der ARMH gehört 27 Jahre nach dem Tod Francos zudem, dass endlich alle faschistischen Symbole und Namensbezeichnungen aus der Öffentlichkeit entfernt werden.

Dass in jüngster Zeit das gesellschaftliche Interesse an der Vergangenheit geweckt wurde, lag neben dieser Initiative auch an einer Reihe von Kinofilmen wie Zunge der Schmetterlinge, Gebrochenes Schweigen und Reise von Carla, die die Stille durchbrachen. "Es war nicht leicht, das Schweigen der alten Guerilleros zu brechen und noch schwieriger, an Material zu kommen", berichtet Alberto Lorente. Er drehte mit dem Regisseur Javier Corcuera den Dokumentarfilm Guerilla der Erinnerung, der im Jahr 2001 auf dem Filmfest in Gijon das erste Mal gezeigt wurde. Bei den Recherchearbeiten hätten sie durch einen ehemaligen Polizeibeamten erfahren, dass fast das gesamte Archiv der Guardia Civil, die Daten über die Guerilla

sammelte, während der transición verbrannt wurde. "Es brauchte notwendigerweise einen Film über jene Zeit, die in diesem Land in den Brunnen des Vergessens verbannt wurde. Als Montxo Armendáriz Gebrochenes Schweigen drehte, war es so weit", erinnert sich Lorente. Der Film versucht das verdrängteste Kapitel des Bürgerkriegs zu beleuchten. Die Guerilleros, die nach der Niederlage im Bürgerkrieg weiter gegen Franco kämpften, wurden oft von ihren eigenen Organisationen (Sozialisten, Kommunisten, Anarchisten, Gewerkschaften) im Stich gelassen oder gar verraten.

Angehörige brechen die Stille

Junge HistorikerInnen räumen inzwischen auch mit der Lüge auf, dass beide Bürgerkriegsparteien gleich grausam waren: Mindestens drei Mal so viele Republikaner als Nationale wurden hingerichtet. "Im nationalen Spanien gab es 140.000 Erschießungen gegenüber 50.000 im republikanischen", so der Historiker Borja de Riquer. Nach jüngsten Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlers Julián Casanova fielen dem Franco-Terror selbst nach Ende des Bürgerkriegs zwischen 1939 und 1946 noch mindestens 50.000 Menschen zum Opfer. Mit Wohlwollen der katholischen Kirche, die die Machtübernahme Francos als "Kreuzzug" segnete und der langen blutigen Diktatur ihre volle Unterstützung gab. Die spanische Kirche entschuldigte sich bis heute nicht. Nach Ansicht des Kardinals Antonio María Rouco, "muss man in Bezug auf 1936 zwei Verständnisse haben: historische Wahrheit und theologische Einschätzung der Ereignisse".

Es kann also nicht verwundern, dass es am 6. Dezember, als zum 24. Male die neue spanischen Verfassung gefeiert wurde, wieder keine Veranstaltungen zu Ehren jener, die im Widerstand gegen Franco ihr Leben geopfert hatten, gab. Stattdessen gab es aber duzende Medaillen für PP-Mitglieder und Opfer der ETA. Dass die Widerstände, sich der Geschichte zu stellen, groß sind, zeigt auch der Vorschlag des andalusischen Parlaments, Manuel José Garcia Capparos - am 4. Dezember 1977 auf einer Demonstration für den Autonomiestatus Andalusiens von Polizisten ermordet - in die Liste der Opfer des Terrorismus aufzunehmen. Die PP enthielt sich der Stimme. Nur einen Tag nach dem Anbringen der Gedenktafel für Capparos in Malaga wurde sie von Unbekannten zerstört.

Tom Kucharz, Madrid

Anmerkung:

1) Buenaventura Durutti war ein führender Genosse der anarchistischen CNT-FAI, der bei der Verteidigung von Madrid 1936 gefallen ist. Von José Antonio Primo de Rivera wurde die faschistische Partei Falange Española gegründet. Die Internationalen Brigaden bestanden aus Antifaschisten aus 57 Ländern, die nach Spanien kamen, um die Republik kämpfend zu unterstützen. Im Juli 1938 gelang den Republikanern ein letzter großer Sieg über die Nationalisten am Ebro. Nach der Niederlage flohen viele Republikaner nach Frankreich, wo sie in französischen Lagern interniert wurden. Einige tausend wurden vom Vichy-Regime in deutsche Konzentrationslager u.a. nach Mauthausen weitergeschickt - die "zweite Niederlage", wie die besiegten Republikaner diesen Schicksalsschlag nennen. Bis Ende der vierziger Jahre existierten noch Guerillagruppen von Anarchosyndikalisten, Kommunisten und Sozialisten, die mit bewaffneten Aktionen die Franco-Herrschaft angriffen.

23. Zweierlei Marsch auf Rom. Jens Renner analysiert Berlusconis Italien

Autor: Jean Cremet · Rubrik: Italien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:08

Der Unterschied konnte kaum offenkundiger sein: Nachdem in Österreich die christlich-konservative ÖVP Wolfgang Schüssels ihr gemeinsames Kabinett mit der FPÖ Jörg Haiders gebildet hatte, setzte die EU prompt eine Untersuchungskommission ein, die überprüfen sollte, ob die neue Regierung unter Beteiligung der extremen Rechten Mindeststandards der Demokratie antasten werde oder eine rassistische Politik betreiben wolle. Es blieb beim erwarteten Sturm im Wasserglas. Ebenso absehbar war, dass ein ähnlicher Schritt 2001 nach dem Wahlsieg einer Melange aus neoliberalen, konservativen und neofaschistischen Strömungen in Italien unterbleiben würde, obwohl mit der Alleanza Nazionale eine Partei am Regierungsbündnis beteiligt ist, die personell wie inhaltlich in der Tradition des neofaschistischen MSI steht und außerdem mit der Lega Nord starke rassistische Tendenzen zu Einfluss gelangten.

Der Regierungswechsel in Italien wurde in den Medien der Bundesrepublik zwar mit einigen kritischen Untertönen vermerkt, rangierte jedoch meist in der Kategorie "politische Normalität". Der zur Alleanza Nazionale (AN) mutierten und um einige Rechtskonservative ergänzten neofaschistischen Partei MSI, wurde schnell eine Hinwendung zu demokratischen Werten bescheinigt. In dem Umstand, dass der Stimmanteil der AN heute mehr als doppelt so hoch ist wie zu den besten Zeiten des MSI, sah kaum jemand eine Gefahr. Die Lega Nord des ständigen Enfant terrible Umberto Bossi glaubte man völlig vernachlässigen zu können, da deren Einfluss als Ergebnis der Wahlen stark geschwächt worden war. Abspaltungen und ein politischer Schlingerkurs hatten diesem einstmals so erfolgreichen Projekt einen deutlichen Rückschlag gebracht. Auch die Aufregung über die wiederholten Meldungen, Regierungschef Berlusconi habe weitere Gesetze verabschieden lassen, die seine Strafverfolgung wegen zahlloser Taten der Sparte Wirtschaftskriminalität verhindern solle, war nicht sonderlich groß.

Dass Berlusconi die Maxime "The winner takes it all" zur Richtschnur seiner Politik macht, wird in Zeiten des Neoliberalismus auch in Deutschland mit zumindest stillschweigender Sympathie registriert - ebenso wie die hemmungslose Besetzung aller Machtpositionen durch Berlusconis Gefolgsleute und die gnadenlose Benachteiligung der Opposition. Der ausgewiesene Italienkenner Jens Renner schildert in seinem Band "Der neue Marsch auf Rom", dass der Ministerpräsident vierzehn Mal so häufig im Fernsehen erscheint wie die Oppositionsführer. Zu der Zeit, als er selbst noch an der Spitze der Opposition stand, war er immerhin vier Mal so häufig auf dem Bildschirm zu sehen wie der Regierungschef des Mitte-Links-Bündnisses. Ein kaum verwunderlicher Umstand, da doch drei landesweite Fernsehkanäle Berlusconis Privateigentum zu sind. Und selbstverständlich wird auch die staatliche RAI zum willfährigen Propagandaelement umfunktioniert. Journalisten wie Staatsanwälte und Richter, die dem Ansinnen, Handlangerdienste für den Ministerpräsidenten zu leisten, Widerstand entgegensetzen, werden ungeniert kaltgestellt und als "Kommunisten" diffamiert.

Nach und nach findet eine tief greifende Umgestaltung des gesamten politischen und kulturellen Lebens in Italien statt, wobei das Spektrum von einer Rehabilitierung der angeblich guten Seiten des Faschismus bis zur jüngst ins Spiel gebrachten Entfernung angeblich marxistischer Inhalte in den Schulbüchern reicht. Renner macht in seinem Band eindrucksvoll deutlich, dass das Regime Berlusconi sich eben nicht darauf reduzieren lässt, einen nackten Manchester-Kapitalismus zum Prinzip der Politik zu erheben, sondern dass in einer Langzeitaufgabe eine tief greifende ideologische Umgestaltung Italiens in Richtung auf eine autoritäre Präsidentialdemokratie in Angriff genommen wird.

Jens Renner differenziert sehr wohl, dass dies noch keinen neuen Faschismus bedeutet. Abseits vom Alarmismus eines Gerhard Feldbauer, der auch in seinem neuen Buch "Marsch auf Rom. Faschismus und Antifaschismus in Italien" Faschismus lediglich als Agenten des Kapitalismus versteht und die aktuelle Regierung kurz entschlossen als "profaschistisches Regime" charakterisiert, arbeitet Renner sowohl die Arbeitsteilung wie auch die Konfliktlinien zwischen den Regierungspartnern heraus. Ein umfangreiches Kapitel widmet er der Entwicklung der Alleanza Nazionale seit deren Gründung 1995. Leider eher stiefmütterlich behandelt wird dagegen die Lega Nord, die in Deutschland in der Regel verharmlosend unter dem Etikett "Rechtpopulismus" rangiert, wobei ihr Führer Umberto Bossi als mehr oder minder gefährlicher Politclown

eingestuft wird. Die zahlreichen Verbindungen der Lega Nord zur europäischen "Neuen" Rechten wie auch ihre ideologischen Arbeiten an Modellen für ein föderalistisch strukturiertes europäisches Reich machen jedoch deutlich, dass hier, jenseits der AN, tatsächlich eine ideologische Erneuerung faschistischer Politik stattfindet.

Dass dies nur erfolgreich sein kann, wenn zugleich der historische Faschismus zumindest teilweise rehabilitiert wird, weiß nicht nur die AN. Auch die bürgerliche "Mitte" arbeitet seit vielen Jahren daran, die "guten Seiten" des Faschismus wiederzuentdecken. Ähnlich wie in Deutschland kommt es dabei zu einer neuen Blüte der Totalitarismustheorie. Ähnlich wie in Deutschland wird dabei zurückgegriffen auf einen Historikerstreit, dessen Hauptakteur der bekannte Faschismusforscher Renzo De Felice - in seinem Einfluss vergleichbar mit dem frühen Ernst Nolte - war. Etappen und Inhalte dieses fortwirkenden Streits werden von Renner prägnant dargestellt. Ein informativer historischer Teil zum ersten "Marsch auf Rom", zu Aufstieg und Niedergang des Faschismus, rundet die gut lesbare Überblicksdarstellung ab, die gut geeignet ist, die Lücken der hiesigen Medienberichterstattung über Italien auszufüllen.

Zuzustimmen ist dem Autor leider auch in seiner abschließenden Einschätzung Berlusconis: "Sein Beispiel ermuntert die konservativen Parteien (Europas) nicht nur zu ähnlich rüden Umgangsformen, sondern auch zu Bündnissen mit rechtspopulistischen oder rechtsextremen Parteien - siehe Dänemark, Portugal und die Niederlande." Insofern dürfte Renners Darstellung des Fallbeispiels Italien auch ein Ausblick auf die europäische Zukunft sein.

Jean Cremet

Jens Renner: Der neue Marsch auf Rom. Berlusconi und seine Vorläufer;

Zürich: Rotpunktverlag, 2002, 198 Seiten, 19,80 EUR

24. Der Wunschzettel des "Bösen". Nordkorea pokert hoch und drängt Washington zum direkten Dialog

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Korea (Nord); USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:03

Wächst die Gefahr eines US-amerikanischen "Zwei-Fronten-Krieges" gegen Irak und die Demokratische Volksrepublik Korea? Misst Washington mit zweierlei Maß, was die Reaktion auf die vermeintlichen und tatsächlichen Atomanlagen in beiden Ländern betrifft? Zentrale Fragen, die die Gemüter erregen, seitdem Pjöngjang die von der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA) installierten Überwachungsanlagen in seinem Kernkraftkomplex Yongbyon demontieren ließ und die IAEA-MitarbeiterInnen nach Hause schickte. Im einflussreichen Außenausschuss des US-amerikanischen Senats mehren sich jedenfalls die Stimmen, die in Nordkorea eine größere Bedrohung sehen als in Iraks Präsidenten Saddam Hussein. Sibyllinisch die Äußerung von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, man sei durchaus im Stande, zwei Kriege gleichzeitig zu führen.

Für westliche BeobachterInnen, AnalystInnen und PolitikerInnen bleibt Nordkorea, was es nach seiner Gründung am 9. September 1948 ist - bestenfalls terra incognita. Seit dem Koreakrieg (1950-53), dem ersten "heißen" Konflikt in der Ära des Kalten Krieges, gilt die Volksrepublik in Washington als der "Schurke" Ostasiens. Und seit einem Jahr ist sie - neben Irak und Iran - Teil der von US-Präsident George W. Bush so genannten "Achse des Bösen". Der Gescholtene hielt stets dagegen. Die staatliche nordkoreanische Nachrichtenagentur KCNA sowie Rodong Shinmun, das Zentralorgan der herrschenden Partei der Arbeit Koreas (PdAK), konterten erst kürzlich: Die USA seien eine "Nation von Kannibalen" und "von moralischer Lepra" befallen.

Schurke gegen Kannibale

Diese Abneigung auf Gegenseitigkeit ist Ausdruck der Koreapolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Von 1910 bis 1945 war Korea japanischer Kolonialbesitz. Danach geriet das Land in den Strudel imperialer Großmachtpolitik; noch heute sind etwa 37.500 GIs im Süden der Halbinsel stationiert. Nach der erzwungenen Teilung des Landes (1948) führte der dreijährige Koreakrieg die Welt an den Abgrund eines neuerlichen Weltkrieges. Vor allem Nordkorea wurde in die Steinzeit gebombt. Damals klagten US-amerikanische Piloten, es gäbe dort partout keine Ziele mehr. Dieses Ausmaß an Zerstörung wirkt bis heute traumatisch nach. Carter J. Eckert, Direktor des Harvard Center for Korean Studies, spricht von einer "permanenten Belagerungsmentalität". "Praktisch die gesamte Bevölkerung", so Eckert, "lebte und arbeitete drei Jahre lang in künstlich angelegten unterirdischen Bunkern, um den ständigen Angriffen der US-Bomber zu entgehen, von denen jeder - aus Sicht der Nordkoreaner - eine Atombombe tragen konnte."

Noch heute ist Korea weltweit der einzige Ort, wo ein US-amerikanischer Vier-Sterne-General - in Personalunion Kommandeur der dort stationierten US- und UN-Truppen sowie der südkoreanischen Streitkräfte (mit Ausnahme der präsidialen Leibgarde) - als Oberbefehlshaber in einem fremden Land residiert. Schließlich regelt seit 1953 lediglich ein Waffenstillstandsabkommen den fragilen Frieden auf der Halbinsel. (Südkoreas damaliger Präsident Rhee Syngman wollte den Krieg fortsetzen und weigerte sich, selbst dieses Abkommen zu unterzeichnen.)

Der Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten, die Abwicklung des Außenhandels auf Devisenbasis und verheerende Naturkatastrophen haben Nordkorea in den 90er Jahren arg zugesetzt und seinem Autarkiekonzept in Gestalt von Dschutsche (Schaffen aus eigener Kraft) einen Dämpfer verpasst. Hungersnöte begleiteten eine schwere Wirtschaftskrise, akuter Energiemangel führt zur chronischen Unterauslastung von Betriebskapazitäten. Von der Energieknappheit sind in diesem Winter selbst diplomatische Vertretungen und ausländische Hilfsorganisationen in Pjöngjang betroffen. So besinnt sich die Führung des Landes auf ein Junktim, das in der Vergangenheit stets erfolgreich war - nämlich Nahrungsmittelhilfen des UN-Welternährungsprogramms (WFP) im Austausch für Inspektionen nordkoreanischer Kernkraftkomplexe. Heute pokert Pjöngjang hoch, indem es die Irak-Krise nutzt, um die USA erneut zu Direktgesprächen zu drängen. Sein vorrangiges Kalkül: Endlich als gleichberechtigter Verhandlungspartner ernst genommen zu werden.

Bereits im Sommer 1994 hatte es den Anschein, als stünde die koreanische Halbinsel an der Schwelle eines militärischen Konflikts. In Südkoreas Städten heulten Alarmsirenen auf, Luftschutzübungen wurden durchgeführt. In einigen Vierteln der Metropole Seoul kam es zu Hamsterkäufen - vor allem bei Instant-Nudelgerichten. US-amerikanische Medien beschworen die Gefahr des "nuklearen Gangsters" Pjöngjang herauf, während die Endlosbilder von CNN das innenpolitische Klima aufheizten. Nordkorea, so die Botschaft, produziere eigene Atomwaffen und gefährde akut die Sicherheit in ganz Ostasien.

Nahrungsmittel gegen Atomprogramm

Entschärft wurde der Konflikt durch die am 21. Oktober 1994 in Genf bilateral ausgehandelten Rahmenvereinbarungen (Agreed Framework). Demnach sollte Pjöngjang für die Preisgabe seines Nuklearprogramms zwei 1.000 Megawatt-Leichtwasserreaktoren bis zum Jahr 2003 erhalten. Bis zu deren Inbetriebnahme verpflichteten sich die USA, an Pjöngjang jährlich 500.000 Tonnen Schweröl und Kohle im Gesamtwert von umgerechnet knapp 4,6 Mrd. US-$ zu liefern. Mit der Umsetzung der technischen und finanziellen Hilfslieferung wurde ein Jahr später (1995) das eigens zu diesem Zweck gegründete Nuklearkonsortium Korean Peninsula Energy Development Organisation (KEDO) betraut, deren Federführung bei den USA, Japan und Südkorea liegt. Der Zeitplan geriet jedoch aus den Fugen und bis dato ist nur ein Bruchteil der Bauarbeiten abgeschlossen, was Pjöngjang angesichts eingestellter Öllieferungen veranlasste, im Gegenzug die Reaktoren in Yongbyon wieder hochzufahren.

Imperialem Wunschdenken zum Trotz und entgegen hoch dotierter Prophezeiungen von Denkfabriken wie der Londoner Economist Intelligence Unit implodierte die Volksrepublik nicht wie die Regime in der Sowjetunion und in Osteuropa. Im Gegenteil: Die politische Führung in Pjöngjang zeichnet sich durch bemerkenswerte Kontinuität aus. Der "Geliebte Führer" Kim Jong Il, Sohn des früheren Staats- und Parteichefs, stützt sich auf eine Regierung, in der die militärische und zivile Machtbalance zwischen alten Partisanen, im Ausland geschulten Eliten und im Lande selbst, vorrangig an der Kim-Il-Sung-Universität ausgebildeten Kadern austariert ist. Vom "starken und gedeihenden Staat" (kangsòng taeguk) ist die Rede, in dem Kim seine politische Legitimität unter Berufung auf die Fortführung der Lehren seines Vaters und mithin die eigene Machtbasis zu stärken vermochte. Bereits in den 70er und 80er Jahren hatte er Parteiaufgaben in den Bereichen Kunst, Kultur und Propaganda wahrgenommen. Im Dezember 1991 war Kim Jong Il zum Oberkommandierenden der Volksarmee ernannt worden und im April 1993 zum Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungskomitees avanciert. Generalsekretär der PdAK wurde Kim formell dagegen erst im Oktober 1997.

Unter diesen Bedingungen skizzierte William Perry, ehemaliger (republikanischer) US-Verteidigungsminister und einer der Architekten des Agreed Framework, im Auftrag von Präsident Bill Clinton Washingtons künftige Nordkoreapolitik. Die Bedeutung des am 12. Oktober 1999 veröffentlichten Perry-Reports lag u.a. darin, dass er die Prämisse eines kurz- bis mittelfristigen Zusammenbruchs Nordkoreas revidierte, Südkoreas "Sonnenscheinpolitik" ausdrücklich befürwortete und das seit dem Koreakrieg wichtigste US-amerikanische Entspannungssignal aussandte. Ein Jahr später besuchte gar US-Außenministerin Madeleine Albright die Volksrepublik. Pjöngjang zeigte sich seinerseits bereit, die Produktion, Stationierung und Ausfuhr aller Raketen mit einer Reichweite von über 500 Kilometern einzustellen. In beiden strategischen Fragen - in der Atompolitik und bei den ballistischen Raketen - war man einer Vereinbarung näher gekommen.

"Sonnenschein" gegen Eskalation

Was noch vor zwei Jahren auf einen veritablen Entspannungsprozess auf der koreanischen Halbinsel hindeutete, schob die neue US-Administration unter George W. Bush polternd beiseite. Selten ist ein Staatsgast im Weißen Haus dermaßen düpiert worden wie der im Dezember 2000 gerade wegen seiner "Sonnenscheinpolitik" mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete südkoreanische Präsident Kim Dae Jung. Anlässlich seines Staatsvisite in den USA (Anfang März 2001) nannte Gastgeber Bush Nordkorea ohne Umschweife einen Bedrohungsfaktor in Ostasien, mit dem weitere Gespräche ausgesetzt würden. Als er dann auch noch den innerkoreanischen Dialog in Zweifel zog und Kim Dae Jungs Annäherung an den Norden als naiv hinstellte, ließ das die südkoreanische Delegation wie begossene Pudel dastehen.

Kein Wunder, dass die USA in Südkorea mittlerweile schlechte Karten haben und dort Kritik an deren Truppenpräsenz wächst. Südkoreas neu gewählter Präsident Roh Moo Hyun hat bereits gegenüber dem transpazifischen "Schutzpatron" größere Souveränität angemahnt und signalisiert, er wolle Pjöngjangs

Atompoker als innenpolitisches Problem ohne Einmischung von außen gelöst wissen. Eine Position, die übrigens die bedeutendste Regionalmacht und gleichzeitig Nordkoreas engster Verbündeter teilt und unterstützt - nämlich die von Washington seinerseits als "strategischer Gegner" eingestufte VR China. Bei alledem steht noch immer der Beweis aus, ob Nordkorea technologisch überhaupt in der Lage ist, waffenfähiges Plutonium herzustellen.

Rainer Werning

25. Uribe ebnet Paramilitärs den Weg. Kolumbiens Präsident bereitet Krieg und Intervention vor

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:06

Eine sechsköpfige Regierungskommission soll in Kolumbien "Sondierungsgespräche" mit den paramilitärischen Kräften einleiten. Ein Schritt, der von dem rechtsextremen Paramilitär-Dachverband AUC begrüßt wurde. Der Großteil der schätzungsweise 10.500 kolumbianischen Paramilitärs, vereint in der Dachorganisation AUC, hatte ab dem 1. Dezember einen Waffenstillstand angekündigt (vgl. ak 468). Kolumbianische und internationale Menschenrechtsorganisationen kritisierten die Annäherung von Regierung und Paramilitärs scharf.

Die Paramilitärs werden für über 70% der Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien verantwortlich gemacht, darunter grausamste Massaker an der Zivilbevölkerung. Sie agieren mit Duldung von oder sogar in Tateinheit mit Polizei und Armee. Sie kontrollieren etwa 70% des kolumbianischen Drogenexports und vertreten die Interessen von Großgrundbesitzern und Unternehmern. Immer wieder werfen Menschenrechtsorganisationen auch transnationalen Konzernen wie Coca-Cola oder BP vor, auf Paramilitärs zurückzugreifen, um den "Betriebsfrieden" zu erhalten.

Die offizielle Annäherung der Paramilitärs an die Regierung wurde von der katholischen Kirche eingefädelt. Davon abgesehen gilt Präsident Alvaro Uribe ohnehin als Pate der Paramilitärs. Wie viele internationale BeobachterInnen fürchtet auch der kolumbianische Ombudsmann für Menschenrechte, dass die Paramilitärs als Ergebnis des "Waffenstillstands" letztlich straffrei ausgehen und von Uribe als Hilfstruppen der Armee legalisiert werden.

Die größte Guerilla Kolumbiens FARC (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) rief indes zur Bildung einer "Gegenregierung" auf. Das zwölfköpfige Gremium umfasst Vertreter aller Regionen des Landes und soll zunächst klandestin arbeiten. Die katholische Kirchenhierarchie verurteilte die Initiative der FARC und forderte sie auf, "den gleichen Weg wie die Paramilitärs zu gehen und Friedensverhandlungen mit der Regierung zu suchen".

Die zweitgrößte Guerilla des Landes, die ELN (Nationale Befreiungsarmee), kündigte indes die Sondierungsgespräche mit der Regierung auf. "Das Vorgehen dieser Regierung zielt darauf, den Krieg vorzubereiten und zu finanzieren, das ganze Land darin zu verwickeln und eine ausländische Intervention zu legitimieren", so die Erklärung der Organisation. Ebenso wurde die neoliberale Politik der Regierung kritisiert, die das Elend vergrößere, Arbeitsrechte beschneide und den sozialen Konflikt vertiefe.

Tatsächlich verdichten sich Gerüchte über eine US-Intervention. Die stets gut informierte Nachrichtenwebsite Narconews berichtete, zwei Bataillone aus Spezialkräften für Dschungelgebiete der US-Marines hätten die Order, ab Februar 2003 in kolumbianisches Territorium vorzudringen und gezielt Jagd auf FARC-Anführer zu machen. Die etwa 1.100 Marines würden, aus Ecuador und Peru kommend, die Guerilleros in die Zange nehmen. Die US-Regierung plane, die Intervention so lange wie möglich geheim zu halten und die Todesfälle als "Trainingsunfälle" zu deklarieren. Sollte dies irgendwann nicht mehr möglich sein, sei die Regierung bereit, öffentlich dazu zu stehen, heißt es bei Narconews.

Wie zu erwarten, haben Paramilitärs trotz des proklamierten Waffenstillstands seit Anfang Dezember zahlreiche Angriffe durchgeführt, vor allem im Süden Bolívars; ein Gebiet, in dem die ELN präsent ist, die sich vehement den Drogengeschäften entgegenstellt. Bei San Pablo griffen Guerilla-Einheiten von FARC und ELN vergangene Woche schließlich ein 1.000 Quadratmeter großes und von der Armee geduldetes Camp der Paramilitärs an. Bei den Gefechten, die fast acht Stunden andauerten, kamen ein Guerillero und 60 Paramilitärs ums Leben.

Dario Azzellini

26. Nicaragua: Ex-Präsident Immunität entzogen. Arnoldo Alemán wegen Korruption angeklagt

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:02

Schließlich hatte es doch noch geklappt: Arnoldo Alemán, ehemaliger und korrupter Präsident Nicaraguas, kann nicht länger auf politische Immunität pochen. Denn die wurde ihm nach einer turbulenten sechsstündigen Sitzung der Nationalversammlung entzogen. Alemán wird in zahlreichen Fällen in Nicaragua wie in den USA wegen Korruption angeklagt und soll über 100 Millionen US-Dollar aus den Staatskassen für sich und seine Familie abgezweigt haben. Zusammen mit 35 weiteren, ihm treuen Abgeordneten verließ Alemán bereits vor der Abstimmung aus Protest den Saal.

Der neue Präsident Nicaraguas, Enrique Bolaños von der liberalen Partei PLC, wiewohl Parteikollege von Alemán, hat sich den Kampf gegen die Korruption auf die Fahnen geschrieben. Bolaños hatte sich bei den letzten Wahlen im November 2001 überraschend gegen den sandinistischen Dauerkandidaten und Ex-Präsidenten Daniel Ortega durchsetzen können. Zuvor hatte er sich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Antikorruptionskommission vor allem durch Untätigkeit hervorgetan. Um so überraschender ist diese schließlich von Bolaños, einem Konservativen der alten Schule, eingeleitete Abrechnung; zumal auch Bolaños' eigenen ökonomischen Interessen eng mit denen des Ex-Präsidenten Alemán verknüpft sind. Dieser hatte sein Vermögen im Laufe seiner Regierungszeit zwischen 1997 und 2001 mit unsauberen Geschäften auf etwa 250 Millionen US-Dollar mehren können.

Doch Alemán konnte mit Hilfe der ihm ergebenen Abgeordneten während des gesamten vergangenen Jahres die Aufhebung seiner Immunität verhindern. Die Abgeordneten der linken FSLN und einige wenige aufrechte Parteigänger des Präsidenten Bolaños brachten keine einfache Mehrheit zustande. Erst als kürzlich ein Nachrücker der PLC seinen Sitz einnahm und zudem bereit war, gegen Alemán zu stimmen, hatte man die notwendigen 47 Stimmen für die Aufhebung der Immunität beisammen. Unmittelbar nach der Entscheidung verfügte eine Richterin einen Haftbefehl, und Alemán wurde in seiner luxuriösen Residenz unter Hausarrest gestellt.

Erst im September hatte eine Richterin das Parlament aufgefordert, den beiden Abgeordneten Arnoldo Alemán und seiner Tochter Maria Dolores Alemán die Immunität abzuerkennen. Nachdem es Bolaños und der ihn in dieser Frage unterstützenden Sandinistischen Ex-Regierungspartei FSLN gelungen war, die ausnahmslos mit Alemán-Getreuen besetzte formale Leitung der Nationalversammlung auszuwechseln, wurde das Verfahren eingeleitet, das jetzt endlich mit denkbar knapper Mehrheit die Aufhebung der Immunität ermöglichte.

Obwohl die Liste der Anklagen gegen Alemán stets weiter wächst und Konten, Anwesen und Ländereien von ihm und seiner Familie in Panama und den USA beschlagnahmt wurden, stehen seine Partei und die Führungsriege der katholischen Kirche in Nicaragua unter dem stramm rechten Kardinal Obando y Bravo geschlossen hinter Alemáns Familienclan.

Dabei ist Nicaragua laut Vereinten Nationen das lateinamerikanische Land mit der größten sozialen Ungleichheit. 40% der Bevölkerung der Hauptstadt Managua, in der über ein Drittel der Gesamtbevölkerung lebt, haben weniger als einen Euro täglich zur Verfügung. Auf dem Land ist die Situation noch gravierender. In den vergangenen Jahren sowieso wiederholt von Naturkatastrophen heimgesucht, litt Nicaragua in den letzten beiden Jahren außerdem unter einer schrecklichen Dürre. Über eine halbe Million Kleinbauern verloren zwischen 50 und 100% ihrer Ernte. 700.000 der etwa fünf Millionen EinwohnerInnen Nicaraguas gelten als unterernährt. Der weltweite Fall der Kaffeepreise hat dazu geführt, dass die Kaffeeunternehmer ihre Felder brachliegen lassen. In manchen Gegenden werden die LandarbeiterInnen seit zwei Erntezyklen nicht mehr beschäftigt. Einkommensalternativen gibt es nicht. Stattdessen lassen die Banken das Land der verschuldeten Kaffeeproduzenten räumen, um es zu verkaufen. Dabei werden auch die Familien der ArbeiterInnen vertrieben, die seit Jahrzehnten auf den Grundstücken leben und dort eine Hütte und ein kleines Stück Land besitzen, auf dem sie einige Grundnahrungsmittel anbauen.

Dafür hat die nicaraguanische Regierung auch unter Bolaños keine Lösung. So ist der werbewirksam angesagte Kampf gegen die Korruption nicht zuletzt auch eine willkommene Ablenkung.

Dario Azzellini

27. Venezuela: Opposition will Caracas erobern. Zwei Chávez-Anhänger von Heckenschützen erschossen

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: Venezuela · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:27

Die erste Demonstration der Opposition im neuen Jahr gegen Chávez endete am Freitag, den 3.1.2003 mit zwei Toten und mehreren Dutzend Verletzten. Die Opposition beschuldigte RegierungsanhängerInnen, das Feuer eröffnet zu haben. Doch bei den Toten handelt es sich um "Chavisten" - um Chávez- Anhänger also.

Die Opposition hatte mit der Losung "Die große Schlacht" in Caracas zu einem Sternmarsch aufgerufen. Gleichzeitig hatten RegierungsanhängerInnen zu einer Gegendemonstration in der Nähe aufgerufen. Dort befand sich auch die oppositionell kontrollierte Stadtpolizei (PM), die zunächst mit Tränengas und eisengespickten Plastikgeschossen gegen die RegierungsanhängerInnen vorging und mehrere verletzte. Inmitten der andauernden Scharmützel wurde von einem Hausdach aus das Feuer auf RegierungsanhängerInnen eröffnet, zugleich schossen auch andere Bewaffnete auf die Menge.

In Aufnahmen des britischen Fernsehsender BBC war zu sehen, wie Dutzende von Stadtpolizisten und Oppositionelle in Zivil mit Pistolen auf RegierungsanhängerInnen anlegten. Einige der schießenden Zivilisten sind in anderen Aufnahmen des staatlichen Senders VTV bei gemeinsamen Besprechungen und Aktionen mit der Stadtpolizei zu erkennen. Bewaffnete RegierungsanhängerInnen sind hingegen nicht zu sehen.

Die Situation ähnelt der von der Opposition im vergangenen April organisierten Schießerei mit ihren insgesamt 19 Toten - mehrheitlich RegierungsanhängerInnen - die schließlich zum Anlass für den Putschversuch genommen wurden. So waren auch diesmal die AnführerInnen der Opposition bei der Demonstration praktisch nicht anwesend, was einige TeilnehmerInnen dazu brachte, vor laufenden Fernsehkameras zu erklären sie fühlten sich wie "Kanonenfutter". Friedlich und ohne Zwischenfälle verlief hingegen eine Großdemonstration von Chávez-Anhängern am Samstag.

Zwischen großer Schlacht und Kanonenfutter

Der Streik wird mittlerweile nur noch von einigen wenigen großen Einkaufszentren, transnationalen Fast-Food-Ketten und Unternehmen sowie den höheren Angestellten des staatlichen Erdölunternehmens PDVSA aufrecht erhalten, was teilweise zu Engpässen in der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln geführt hat. Um die Versorgung der ärmsten Bevölkerungsschichten sicher zu stellen, importierte das Landwirtschaftsministerium Ende vergangener Woche Reis und Mehl im Wert von etwa 3,5 Millionen Dollar. Die meisten kleinen und mittleren Händler und Betriebe, die sich ohnehin nur teilweise dem Streik angeschlossen hatten, nahmen die Arbeit schon im Dezember wieder auf.

Américo Martín, Vertreter der oppositionellen Verhandlungsdelegation bei den Gesprächen mit der Regierung, verkündete: "Gewisse Sektoren, die kleinen und mittleren Unternehmen, werden in der nächsten Woche wieder öffnen". Die teilweise Aufhebung des "Handelsstreiks" schließe jedoch nicht den Erdölsektor mit ein, so Martín. Der Vorsitzende der gelben Gewerkschaft CTV Carlos Ortega erklärte hingegen, der Streik gehe im neuen Jahr mit noch mehr Kraft weiter, niemand habe die Autorität, das Gegenteil zu behaupten. Zusätzlich forderte er zur Verweigerung der Steuerzahlungen auf.

Die Opposition besteht nun auf der Durchführung einer Volksabstimmung am 2. Februar über den Rücktritt von Chávez. Der teilweise von der Opposition kontrollierte Wahlrat hatte vor einigen Wochen dieses Datum vorgegeben. Die Entscheidung wurde zwar von Parlament und Regierung abgelehnt, weil sie entgegen des Statuts mit nur drei von sieben Stimmen bei einer Enthaltung gefallen war. Außerdem ist eine Volksabstimmung über den Verbleib von Amtsträgern in ihren Posten gemäß der Verfassung nur zur Hälfte der Amtszeit möglich, im Falle Chávez demnach am 19. August diesen Jahres. Doch der Wahlrat ist entschlossen, die Abstimmung durchzuführen. Die dazu notwendigen 21,3 Millionen Dollar sollen von privaten Unternehmen zur Verfügung gestellt werden.

Sollte der Termin von der Regierung nicht respektiert werden, kündigte die Opposition an, "die Stromversorgung, die grundlegenden Dienstleistungen und die Banken völlig lahmzulegen". Was hinter dieser Drohung steht, bleibt ungewiss. Da die Opposition nicht im Stande ist, alle diese Bereiche zu bestreiken - bis

auf die Banken, die den Publikumsverkehr ohnehin seit Wochen stark eingeschränkt haben -, bleibt eigentlich nur aktive Sabotage.

Lula will Hugo unterstützen

Weiterhin angekündigt, aber bislang ohne konkretes Datum bleibt eine "Eroberung von Caracas" genannte Demonstration der Opposition, die zum Präsidentenpalast Miraflores marschieren will. Um den Präsidentenpalast wurde nach dem Putsch im April eine Bannmeile gezogen. Arbeitgeberpräsident Carlos Fernández bekräftigte dennoch, die Demonstration werde auf jeden Fall nach Miraflores ziehen. Außerdem wird über weitere Pläne der Opposition bezüglich gewalttätiger Aktionen spekuliert, vor allem seit bekannt wurde, dass oppositionelle Gruppen die Haushalte im wohlhabenden Osten Caracas befragen, ob sie Waffen besitzen und diese auch benutzen können.

Die Gewerkschaft der Motorradtransporteure forderte unterdessen die Regierung auf, den Verhandlungstisch mit der Opposition zu verlassen, da letztere keinerlei Verhandlungsbereitschaft zeige. Daneben wurden bereits Hunderttausende von Unterschriften gesammelt, um den Medien, die zum Verfassungsbruch auffordern und den Putsch unterstützten, die Lizenzen zu entziehen. In einer weiteren Unterschriftensammlung werden juristische Maßnahmen gegen das an Sabotageakten beteiligte Personal der Erdölgesellschaft PDVSA und der Verbleib Chávez' im Amt bis zum Ende seines Mandats gefordert.

Nach den Ereignissen vom Freitag erwog Chávez die Möglichkeit, bei einer weiteren Zuspitzung der Ereignisse den Notstand auszurufen. Er forderte die Justiz auf, mit "harter Hand" für die Einhaltung der Gesetze und der Verfassung zu sorgen. Die Justiz gehört zu den Sektoren Venezuelas, die mehrheitlich von der Opposition kontrolliert werden. Der Oberste Gerichtshof hatte sogar entschieden, dass es sich bei dem Putsch im April nicht um einen Putsch handelte. "Uns fehlt eine wirklich parteilose Justiz, die jene ins Gefängnis bringt, die ins Gefängnis gehören, wie auch immer sie heißen mögen", so Chávez. Dennoch werde er seine Macht als Präsident nicht ausnutzen.

Bei seinem Besuch in Brasilien zum Amtsantritt des neuen Präsidenten Ignacio Lula da Silva sagte der neue brasilianische Präsident Chávez bei Bedarf weitere Unterstützung mit Treibstofflieferungen zu. Darüber hinaus wurden direkte Gespräche zwischen der neuen Leitung des brasilianischen staatlichen Erdölunternehmen Petrobrás und der venezolanischen PDVSA über die Möglichkeiten technischer Zusammenarbeit vereinbart. Beide Präsidenten versicherten sich gegenseitig ihre Unterstützung und vereinbarten baldige binationale Gespräche, um eine strukturelle Integration von Grenzangelegenheiten, Wirtschaft, Handel, Erdöl- und Energieversorgung zwischen Brasilien und Venezuela voranzutreiben.

Darüber hinaus nahm auch die Initiative der brasilianischen Regierung, eine Vermittlungskommission mit Vertretern verschiedener Staaten für den Konflikt in Venezuela zu gründen, konkretere Formen an. Frankreich und Russland hatten bereits Interesse an der Teilnahme in einer solchen Kommission bekundet - eine Initiative, die den USA nicht gefällt. Richard Boucher, Sprecher des State Departments, erklärte, die US-Regierung vertraue weiterhin auf die Vermittlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). "Wir glauben nicht, dass die Notwendigkeit zur Bildung einer weiteren Gruppe von befreundeten Staaten besteht", so Boucher.

Zugleich teilte die US-Botschaft in Caracas mit, die Ausstellung von gewöhnlichen Visa für die USA werde am 20. Januar eingestellt. Die Botschaft arbeitet bereits seit dem 20. Dezember in reduzierter Form, da etwa zwei Drittel aller Botschaftsangehörigen und ihre Familien aufgrund der Situation in Venezuela abberufen wurden.

Dario Azzellini

28. gender troubles aktuell

Rubrik: Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:26

Altersarmut ist weiblich

Drei Viertel aller heute 30- bis 59-jährigen Frauen werden im Alter nicht das Einkommen haben, das ihren Wünschen entspricht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Deutschen Instituts für Altersvorsorge (DIA). Frauen verdrängen den Gedanken an das Alter mehr als Männer, beklagt das DIA. Doch dafür gibt es gute Gründe: Frauen gelten in Sachen Altersvorsorge als Risikogruppe. Denn: Sie verdienen weniger und erreichen kürzere Lebensarbeitszeiten als Männer. So bezogen 1999 die über 65-jährigen Männer in den alten Bundesländern im Durchschnitt eine Monatsrente von 1.830 Mark. Westdeutsche Rentnerinnen bezogen dagegen nur 784 Mark. In Ostdeutschland erhielten Männer im Durchschnitt eine Altersrente von 2.084 Mark und Frauen von 1.131 Mark. Die höheren Renten der ostdeutschen Frauen zeigen: Familienphasen kommen Frauen teuer zu stehen. In Ost wie West beziehen Männer im Durchschnitt noch immer doppelt so hohe Renten wie Frauen. Da sich die meisten Frauen vermutlich eine angemessene private Altersvorsorge nicht leisten können, handelt es sich bei der vom DIA beklagten "Verdrängung" tatsächlich wohl eher um eine individuelle Bewältigungsstrategie.

www.frauennews.de/archiv/texte2002/altersvorsorge

David rettet Oma

Der Journalistinnenbund erhebt jährlich eine Stichprobe zum Thema Beteiligung von Frauen in den Medien. Dazu werden jeweils am 1. Februar des Jahres 12 Zeitungen von BILD bis Frankfurter Rundschau inklusive Online-Ausgabe ausgewertet. Interessante, wenngleich nicht wirklich überraschende Ergebnisse dieser Untersuchung aus den vergangenen beiden Jahren: Von den untersuchten Beiträgen, die namentlich unterzeichnet waren, stammten im Jahr 2001 gerade mal 26% von Frauen; ein Jahr später sogar nur 13%. Dabei fiel auf, dass es ganz bestimmte Themen waren, zu denen Frauen schrieben: Stammzellenimport, Satanspärchen, Ganztagsschulen. Bei den Online-Medien waren außerdem mehr als die Hälfte der Beiträge von Journalistinnen so platziert, dass sie erst nach längerem Scrollen unten auf der Seite zu finden waren, wohingegen die Beiträge der Männer zu vier Fünftel beim Anklicken der Seite gut sichtbar wurden. Auch die in den untersuchten Artikeln erwähnten Personen waren zu 81,7% Männer. Auffällig war außerdem, dass Frauen häufig namenlos erwähnt werden, etwa folgendermaßen: "David rettet Oma aus dem Rhein." Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, so Marlies Hesse vom Journalistinnenbund, dass Frauen nicht angemessen an der öffentlichen Meinungsbildung beteiligt sind. Wohl wahr.

www.journalistinnen.de/archiv/gmmp

Frauenmorde in Serie

Seit 1993 sind in der mexikanischen Grenzstadt Ciudad Juárez dreihundert Frauen ermordet worden, fünfhundert werden vermisst. Alle aufgefundenen toten Frauen stammen aus marginalisierten Bevölkerungsschichten; meist sind sie zwischen zehn und 22 Jahren alt, schlank und haben langes Haar. Häufig sind die Frauen vor ihrer Ermordung grausam gefoltert und vergewaltigt worden. Vermutungen über die Hintergründe reichen von Drogen- oder Organhandel bis zu Produzenten von sadistischen Videos, die in den USA verkauft werden. Die Morde geschehen vermutlich mit Wissen oder sogar Komplizenschaft von Polizei und Behörden. Denn die Polizei vor Ort engagiert sich vor allem darin, die Opfer zu beschuldigen, aufreizende Kleidung getragen zu haben. Zwar wurde in der Vergangenheit mal der eine oder andere Verdächtige festgenommen und von der Polizei als Täter präsentiert. Doch keine Verhaftung hat die Mordserie beendet. Die Angehörigen versuchen, sich gegen die Ignoranz der Regierung zu organisieren, um die Morde aufzuklären und die Verbrechensserie zu beenden. Am internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen, am 25.November, kam es zu zahlreichen Demonstrationen und Veranstaltungen in Mexiko, die auf die Situation in Ciudad Juárez aufmerksam machen sollten.

Lateinamerika Nachrichten, Januar 2003, Heft 343

New Yorker gay pride

Unter dem Titel "Sexual Orientation Non-Discrimination Act" (SONDA) verabschiedete der Staat New York ein Anti-Diskriminierungsgesetz, das Menschen vor Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung am Arbeitsplatz, zu Hause, in Bildung und Erziehung sowie im Öffentlichen Dienst schützen soll. Damit ist New York das 13. Bundesland der Vereinigten Staaten, das ein solches Gesetz hat. Der erste Antrag auf ein Anti-Diskriminierungsgesetz dieser Art war bereits vor 31 Jahren gestellt worden; seit 1993 wurde der Gesetzesvorschlag zwar jährlich geprüft, doch verabschiedet wurde er erst Ende 2002. Der Vorsitzende der New Yorker Gayrechtsgruppe Empire State Pride Agenda, Matt Foremann, sagte dazu: "Für unsere Community kündigt der SONDA ein neues Zeitalter an." KritikerInnen bemerkten, das neue Gesetz würde Transgender nicht explizit erwähnen und damit deren Rechte ungeschützt lassen. Gleichwohl versprach der schwule Senator Thomas Duane der Transgender-Community, sie nicht zu vergessen: "Die Auseinandersetzung um die Aufnahme der Rechte von Transgender wird weiter gehen."

www.transgender.at

Günter oder Sabine?

Man kennt das: Forsa fragt, irgendwelche antworten, und dann wissen wir, was "sie" will - "sie", die deutsche Frau. Angeblich nämlich "träumen" mehr als die Hälfte der deutschen Frauen davon, mal mit Günter Jauch verabredet zu sein - privat, nicht bei Wer wird Millionär, was ja noch verständlich wäre. Etwas weniger viele möchten gerne mal Johannes B. Kerner treffen (wie langweilig kann ein Leben sein?), noch weniger, aber immer noch welche Pilawa, Gottschalk, Pflaume, Geissen etc. Nur drei Prozent - aber das sind trotzdem noch drei von hundert oder dreißig von tausend - möchten gerne mit Dieter Bohlen ausgehen. Leider wurde nicht erhoben, wieviel Prozent "der deutschen Frauen" einem Rendezvous mit einer dieser maskulinen TV-Hohlformen einen Mittagsschlaf auf dem heimischen Sofa oder ein heißes Fußbad vorziehen bzw. wieviel Prozent an einem solchen Event nur gegen fett cash teilnehmen würden. Interessant wäre doch auch zu wissen, wie viele deutsche und nicht-deutsche Männer gerne mal ein Date mit Ulrich Wickert oder Stefan Raab hätten und wieviele Frauen heimlich von Amelie Fried oder Sabine Christiansen "träumen". Und was man tun kann, um all diesen MitbürgerInnen aus ihrer geistig-emotionalen Notlage zu helfen.

Frankfurter Rundschau, 31.12.02

29. Die Tochter und ihr Übervater. Die Biographie der Tussy Marx

Die Biografie der Tussy Marx

Autor: Stefanie Graefe · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:34

London, Soho: einer der ärmsten und schmutzigsten Bezirke Londons. Schwangere und Kinder arbeiten bis zu 16 Stunden am Tag in den Fabriken; die Mütter-, Säuglings- und Kindersterblichkeit ist hoch, in einigen Straßen teilen sich die BewohnerInnen von zwanzig Häusern einen Abort. Tuberkulose, Scharlach, Keuchhusten, Pocken, Typhus und Cholera grassieren. Hier lebt Familie Marx im Exil.

Ein preußischer Polizeispitzel beschrieb das Ambiente so: "Marx wohnt in so ziemlich dem übelsten und billigsten Viertel Londons, haust dort in zwei Zimmern. In keiner der Stuben ein sauberes oder anständiges Möbelstück, alles ist zerbrochen, zerschlissen, zerfetzt, fingerdicker Staub klebt drauf... Manuskripte, Bücher und Zeitungen liegen kunterbunt neben Spielzeug und Fetzen aus dem Nähkorb seiner Frau, Tassen mit zerkerbten Rändern, schmutzige Löffel, ein Tintenfass, Bierseidel, Pfeifen, Asche - alles in wüstem Durcheinander auf demselben Tisch." Hier kommt 1855 die jüngste Tochter aus der Familie Marx zur Welt: Eleanor, genannt Tussy.

Über dieses Ereignis schreibt Marx in einem Brief an Engels, "meine Frau [ist] von einem bona fide traveller - leider of the ‚sex par excellence` genesen. Wäre es ein männliches Wesen, so ginge die Sache schon eher." Zur Zeit von Tussys Geburt ist Marx' geliebter Sohn Edgar schon schwer krank; drei Monate später stirbt er mit acht Jahren. Marx trifft das sehr. Tussy wird, so jedenfalls die These ihrer Biografin Eva Weissweiler, von Marx als Ersatzsohn und mit besonderer Aufmerksamkeit großgezogen: Laut Paul Lafargue, Ehemann von Tussys Schwester Laura, hat Vater Marx gesagt, seine Frau habe sich im Geschlecht geirrt, als sie Tussy als Mädchen zur Welt brachte.

Weissweiler gelingt es, den Alltag der Familie Marx plastisch und materialreich zu schildern; ihr Buch vermittelt einen bleibenden Eindruck davon, was es hieß, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Frau in einer bürgerlichen, aber verarmten Familie geboren zu werden; später als Intellektuelle ohne Schulbildung zu leben, als Tochter eines berühmten und scheinbar unangreifbaren Vaters, als Jüdin, als Sozialistin. Das Leben der Tussy Marx unterliegt einem enormen Tempo, doch ohne je irgendwo anzukommen.

Tussy lernt lesen, schreiben, übersetzen, redigieren und agitieren. Keine Selbstverständlichkeit in einer Zeit, in der es keine öffentlichen Schulen für Mädchen gab. Tussy ist begeisterte Shakespeare-Verehrerin, nimmt Schauspielunterricht, rezitiert, tritt auf - mit mäßigem Erfolg - und übersetzt literaturwissenschaftliche Arbeiten zu Shakespeare aus dem Deutschen und Ibsen aus dem Norwegischen ins Englische. Außerdem ist sie Feministin. Sie unterstützt die "Femokratin" Alice Westlake, die für eine gemäßigte geschlechtsspezifische Erziehung eintritt: Kochen und Hauswirtschaft in Verbindung mit Chemie und Physik. Durchaus radikaler äußert sie sich in ihrem Aufsatz The Woman Question, den sie 1886 zusammen mit ihrem langjährigen Lebens- und Kampfgefährten Edward Aveling schreibt, und in dem die beiden u.a. die Abschaffung der Ehe einfordern.

Aveling ist zugleich der Mann, dem die Biografin Weissweiler einen großen und schädlichen Einfluss auf Tussy zuschreibt: Betrüger, Darwinist und außerdem überaus unansehnlich sei er gewesen. Tussys erster Verlobter, Hippolyte Prosper Lissagaray war Tussy von Marx verleidet worden, der mit Lissagaray, so Weissweiler, aus gutem Grund ein Konkurrenzproblem hatte: Lissagaray sah nicht nur blendend aus, sondern war auch ein überaus kluger Kopf, aktiver Kämpfer in der Pariser Kommune und Verfasser des einzigen vernünftigen Buchs über selbige, wie Marx Frau Jenny feststellt (alles andere sei Plunder): ein 500-Seiten-Werk, das Tussy in jahrelanger Arbeit aus dem Französischen ins Englische übersetzt.

Tussy war, das wird deutlich, trotz einiger theoretischer Schriften weniger Theoretikerin als Aktivistin; immer im Einsatz für "die Sache der Arbeiter". 1891 ist sie Delegierte von zigtausenden englischen Gasarbeitern und Tagelöhnern auf dem Zweiten Kongress der Sozialistischen Internationale in Brüssel. "Tussy", schreibt Engels an Natalie Liebknecht, "steht im nicht ganz unverdienten Ruf, die Union der Gasarbeiter und Taglöhner zu

dirigieren." In Brüssel skandalisiert die Feministin Tussy, immerhin die einzige englische weibliche Delegierte auf dem Kongress, empört: "Selbst der größte Teil der Arbeiter betrachtet die Frau noch als Haustier, als persönliches Eigentum!" 1895 erscheint ihre "Geschichte der Arbeiterbewegung"; sie ist eine gefragte sozialistische Rednerin, gibt mit Engels zusammen den zweiten Band von Das Kapital heraus und übersetzt den ersten ins Englische.

Weissweilers Biografie ist absolut lesenswert; schade ist nur, dass die Aktivistin Tussy in der Erzählung blass bleibt; viel mehr Kraft hat die Beschreibung ihrer desaströsen Männerbeziehungen, und die untergründige These des Buchs ist, dass "Mohr", wie Marx von seiner Familie genannt wird, letztlich der Grund dafür ist, dass Tussy schon seit ihrer Jugend immer wieder depressiv ist, außerdem magersüchtig und unfähig, sich für den richtigen Mann (Lissagaray) und gegen den falschen (Aveling) zu entscheiden. Fest steht: Leidenschaftliches Engagement und tiefe Verzweiflung wechseln sich in Tussys Leben regelmäßig ab. Im Alter von 43 Jahren schluckt sie Blausäure, die Aveling ihr vorher aus der Apotheke besorgt hatte.

Weissweilers Biografie legt nahe, dass am Ende nicht einmal Tussys Tod ihr eigener ist, sondern Ergebnis einer langen Folge männlicher Interventionen in ihr Leben, das deshalb eher ein Leben aus zweiter Hand ist, geprägt von vier Männern - Marx, Lissagaray, Aveling und Engels - und das weder Mütter, Schwestern, Freundinnen noch Tussy selbst wirklich geformt haben. Das so zu sehen ist einerseits nahe liegend, weil jede andere Sicht Gefahr läuft, die Lebensbedingungen von Frauen im vorletzten Jahrhundert zu verklären.

Gerade aber die Geschichte der radikalen Aktivistin Tussy Marx hätte auch Raum gelassen für weitere Interpretationen: Einen Ort hat sie nicht finden können in ihrem Leben, doch wie sie kämpfte und wie sie starb, entschied am Ende doch sie selbst.

Stefanie Graefe

Eva Weissweiler: Tussy Marx. Das Drama der Vatertochter. Eine Biografie.

Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2002, EUR 22,90, 395 Seiten

30. Schafft ein, zwei, viele Geschlechter. Die politische Perspektive von Transgender

Das Buch "(K)ein Geschlecht oder viele" diskutiert die politische Perspektive von Transgender

Autor: Nicole Vrenegor · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:17

Auf die Frage "Mann oder Frau?" gibt es - folgt mensch der Logik der herrschenden Geschlechterordnung - nur zwei "richtige" Antworten: Ein "weder noch" bzw. ein "sowohl als auch" sind dabei als Möglichkeiten nicht vorgesehen. Denn Geschlecht wird gemacht, gedacht und gelebt und dies geschieht per Ausschlussverfahren: Bist du Mann, kannst du keine Frau sein und umgekehrt.

Seit den 90er Jahren häufen sich die Stimmen derer, die sich nicht mehr mit dieser simplen Einteilung zufrieden geben können und wollen. Vor allem in den USA etablierte sich eine äußerst heterogene sogenannte Transgender-Bewegung, in der die AktivistInnen die Gewalttätigkeit der herrschenden Zwei-Geschlechternorm thematisieren und Strukturen schaffen, um sich der Norm zu widersetzen und Visionen jenseits der erzwungenen Zweigeschlechtlichkeit zu entwickeln.

In dem von der Gruppe polymorph herausgegebenen Buch "(K)ein Geschlecht oder viele?" finden sich Aufsätze und Interviews, die sich mit der politischen Dimension von Transgender vorrangig im deutschsprachigen Raum beschäftigen. Dabei ging es dem HerausgeberInnenkollektiv darum, keine abstrakten Theorien zu diskutieren. Vielmehr sollten die unterschiedlichen Lebenskonzepte von Transgender dargestellt werden. Vor allem durch Interviews versuchen die AutorInnen die komplexe Debatte auch für Laien verständlich und nachvollziehbar zu machen. Dies gelingt teilweise gut, wie das absolut lesenswerte Interview mit dem Künstler und Filmemacher Del LaGrace Volcano zeigt. Andere Beiträge, wie die Abschlussdiskussion zur politischen Dimension von Transgender oder der Text von Jannik Franzen über die "Grenzkämpfe" zwischen Lesben und Transmännern sind demgegenüber sehr voraussetzungsvoll.

Für Menschen, die nicht so bewandert sind in queerer bzw. feministischer Theorie, empfiehlt es sich, zuerst das Glossar zu lesen, das sich am Ende des Buches befindet. Mit Witz werden hier die grundlegenden Begriffe der (trans-)gender-Debatte vorgestellt. Dies geschieht - gemäß der postmodernen Prämisse, derzufolge jede Definition bereits einen Ausschluss darstellt, - nicht in Form von Definitionen, sondern als Umschreibung. So wird der "Drag King" umschrieben "als eine als Mann auftretende Person, deren Verkörperung von Männlichkeit nicht zwangsläufig Mannsein bedeutet, häufig mit einer ausgeprägten Freude an Bühnenauftritten", während die ironische Umschreibung der "Drag Queen" als eine "als Frau auftretende Person, deren Verkörperung von Weiblichkeit nicht zwangsläufig Frausein bedeutet" mit dem Verweis "häufig mit einer noch ausgeprägteren Freude an Bühnenauftritten" versehen ist. Bei der Suche nach einer Umschreibung von Transgender stößt mensch allerdings auf den ernüchternden Verweis "siehe die Beiträge in diesem Buch". So führt kein Glossar und kein Weg am Lesen dieses Buches vorbei, aber - so viel schon mal vorweg: Es lohnt sich!

Ein erste Hürde für einen leichten Einstieg in die Transgender-Debatte bildet die Verwendung des aus der US-amerikanischen Bewegung entlehnten Begriffs "Transgender". Zum einen werden in der deutschsprachigen Diskussion darunter all jene Personen gefasst, die aus der heterosexuellen Norm als das konstruierte "Andere" herausfallen, wie z.B. Schwule, Lesben, Transsexuelle oder Intersexuelle, etc. In Selbsthilfegruppen, NGOs oder individuell kämpfen Teile dieser Transgender-Bewegung um die soziale und rechtliche Anerkennung ihres Lebensentwurfs und setzen sich gegen die vielfältige Diskriminierung zur Wehr. Zum anderen umfasst Transgender eine generelle Kritik an der zweigeschlechtlichen Norm und an den Institutionen, die diese herstellen. Das Ziel dieser Strategie liegt demnach nicht vorrangig in der Gleichstellung von alternativen, "abweichenden" Lebenskonzepten, sondern in der Zerstörung der zweigeschlechtlichen Ordnung, die diese "Abweichungen" definiert und reglementiert.

"Wir kommen nackt zur Welt, ..."

Alexander Regh problematisiert in seinem Aufsatz das Verhältnis zwischen diesen beiden Strömungen der Transgender-Bewegung, deren Pole grob vereinfacht die klassischen Transsexuellen-Selbsthilfe auf der einen und die Queer-Bewegung auf der anderen Seite bilden. Die in den 80ern und frühen 90ern erstarkte Transsexuellen-Bewegung unterstützt in erster Linie Menschen auf ihrem Weg zur sogenannten "Geschlechtsumwandlung". Diese konkrete Hilfe erleichtert Transmenschen zwar den Gang durch den medizinisch-psychologischen Apparat, gleichzeitig hatten jedoch viele AktivistInnen selbst den medizinischen Diskurs verinnerlicht, indem sie sich an der normierenden Diagnose "richtiger" bzw. "falscher" Transsexueller beteiligten. Ebenfalls äußerst unkritisch wurde - so Regh - mit der Möglichkeit der Operation umgegangen, die als einziges Heilmittel gegen die als unpassend empfundene Geschlechtszuweisung gesehen wurde. Die Kriterien, um für eine Operation zugelassen zu werden, orientieren sich an der hegemonialen heterosexuellen Norm. So hat ein "richtiger" Transmann Frauen zu lieben und kurze Haare zu tragen; ebenso sollten Transfrauen möglichst Männer lieben und einen weiblich codierten Beruf ausüben. In der Transsexuellenszene galten lange Zeit nur diejenigen als "echte" Transsexuelle, die der Klischeevorstellung des jeweiligen Geschlechts entsprachen.

Mit der zunehmenden Etablierung feministischer Theorien und mit den sozialen Kämpfen von Schwulen und Lesben wurden die Grundsteine der heutigen Queer-Bewegung gelegt. Erst durch das kritische Hinterfragen von Geschlecht und Heterosexualität als nicht-natürliche Zwangskategorien eröffneten sich ab den 90ern vermehrt Perspektiven auf Identitäten jenseits der gesetzten männlichen bzw. weiblichen. In Bezug auf das Verhältnis zwischen "alter" Transsexuellenbewegung und "neuer" Queer-Bewegung schreibt Regh: "Man könnte sagen, das eine ist eine Wegbeschreibung ohne Ziel (denn das bloße Kennenlernen sämtlicher Verfahrenstrickes hilft einem bei der Bestimmung der Ziele auch nicht weiter), und das andere eine Zielbeschreibung ohne Wegweiser (denn es ist zwar schön zu wissen, wie ein perfektes queeres Leben aussehen sollte - aber wie kommt man da hin?)" und skizziert damit ein wesentliches Dilemma der Transgender Bewegung.

Um die Dichotomie von "männlich" und "weiblich" zu durchbrechen ist es aus queerer Perspektive wünschenswert, dass sich im Alltag eine unendliche Vielzahl von Geschlechtern (bzw. - wie mensch will - ein einziges nichtmarkiertes Geschlecht) etabliert. Queere Praxis zielt in erster Linie auf die Irritation und Unterwanderung herrschender Geschlechtervorstellungen und -inszenierungen. Queer ist hip, dies gilt jedenfalls seit Mitte der 90er für eine bestimmte Szene, die sich in den westlichen Metropolen, in einer gebildeten, weißen Mittelschicht etabliert hat. Deshalb darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass dieses "Spiel" mit oder gegen Geschlechtsidentitäten einen Luxus darstellt, der darauf beruht, dass der oder die Einzelne die freie Wahl hat, ob sie oder er heute mal queer unterwegs ist oder doch lieber in das männliche oder weibliche Alltagskostüm steigt. Es gibt aber Menschen, die diese nicht Wahlmöglichkeit haben, da sie in jedem Fall als nicht der Gender-Norm entsprechend stigmatisiert werden. Wenn diejenigen für sich entscheiden aus ihrer vermeintlichen "Uneindeutigkeit" durch Operationen oder Hormonbehandlung eine "Eindeutigkeit" zu machen, darf dies nicht - wie häufig in Queerdebatten geschehen - verurteilt werden. Corinna Genschel betont in der abschließenden Gruppendiskussion, dass Transgender nicht gegen Transsexualität ausgespielt werden darf. So müssen die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Geschlechtsabweichungen gewaltsam sanktionieren, problematisiert werden und nicht die Einzelnen, die sich - aus welchen Gründen auch immer - diesem Druck durch Vereindeutigung entziehen wollen.

Eine Stärke des Buchs liegt sicherlich darin, dass die AutorInnen nicht den Fehler begehen, im Namen der Identitätskritik bestimmte Strömungen und Teile der Transgender-Bewegung auszugrenzen. Die Schwierigkeit emanzipatorischer Bewegungen besteht darin, die Diskrepanz zwischen Utopie ("Das Geschlecht eines Menschen ist so wichtig, wie die Größe seines Ohrläppchens") und der konkret erlebten Geschlechts-Realität auszuhalten und Strategien zu entwickeln, die das Leben mit bzw. gegen die Geschlechtsnorm erträglich/er machen, ohne dass das visionäre Ziel aus den Augen verloren wird. Dazu gehört auch, dass eine sich offen definierende Transgender-Bewegung sich ihrer eigenen Prämissen und Ausschlussmechanismen bewusst wird.

"... der Rest ist drag!

Grada Ferreira zeigt in ihrem Aufsatz "Die Farbe unseres Geschlechts" wie "Rasse", Transgender und Marginalisierung miteinander verknüpft sind. In der Transgender-Debatte wird meist selbstredend von weißen Subjekten ausgegangen; die Realität von schwarzen Transgendern wird - wenn überhaupt - als exotisches

Phänomen dargestellt. Die Konstruktion von Transgender baut - so Ferreira - auf einer Hegemonie des Weiß-Seins auf, die als solche aber nicht reflektiert wird. Analog dazu baut die Konstruktion von Schwarzen (als abgewertetes Pendant zu Weißen) unausgesprochen auf heterosexueller Männlichkeit auf. Schwarze Transgender befinden sich in einer Art Niemandsland zwischen "Rasse" und "Gender". Ihre Unsichtbarkeit im hegemonialen Diskurs zeigt, wie wirkungsmächtig die sich überlagernden und ergänzenden rassistischen und sexistischen Ausgrenzungsmechanismen sind. "Deshalb ist es" so stellt Grada Ferreira abschließend fest "keine simple Frage, Weiß oder Schwarz zu sein, das bei Geburt zugewiesene Geschlecht anzunehmen oder nicht. Es steht an, die Auseinandersetzung darüber, wie sich das eine und das andere beeinflussen, weiterzuentwickeln."

Die Debatte um Transsexualität, Transgender, Transidentität oder Transwhatever befindet sich (in Deutschland) noch in den Kinderschuhen. Die von polymorph zusammengestellte Textsammlung bietet eine kritische Bestandsaufnahme der unterschiedlichen Facetten der Trans-Bewegung, die ohne den häufig anzutreffenden ExotInnen- bzw. Betroffenheitsduktus auskommt. Neben der notwendigen Diskussion über die theoretischen Fundamente und einer kritischen Reflexion der eigenen Prämissen eröffnet das Buch den Raum für Denkmöglichkeiten jenseits von Geschlecht. "Vielen erscheint Transgender-Politik als gefährlich, kulturzerstörend und 'ausgeflippt'" sagt Nico J. Beger in der Abschlussdiskussion, um fortzuführen: "Und das ist auch korrekt. Transgender-Politiken sind bedrohlich, denn sie greifen ein zutiefst ungerechtes System an, in dem Ressourcen ungerecht verteilt sind."

Nicole Vrenegor

(K)ein Geschlecht oder viele? Transgender in politischer Perspektive.

Hrsg.: polymorph, Querverlag Berlin, September 2002, 263 Seiten, 15.50 Euro

31. Aus dem Leben eines Trüffelschweins. Anmerkungen zu Michael Steffens Geschichte des Kommunistischen Bundes

Anmerkungen zu Michael Steffens Geschichte des Kommunistischen Bundes (KB)

Autor: Ein Ex-KB-Genosse aus Moskau · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; KB und AK; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:01

In Gefahr, ein Bestseller zu werden, ist Michael Steffens Buch "Geschichten vom Trüffelschwein Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991" nicht. Jahrelang hat sich der Politologe und Schüler Georg Fülberths aus Marburg durch Jahrgangsbände des Arbeiterkampf (AK), KB-Broschüren sowie Rundbriefe und Protokolle gearbeitet. Gespräche vor allem mit Mitgliedern des Leitenden Gremiums (LG) und der mittleren Leitungsebene machen einen großen Teil der Quellen aus. Das Ergebnis kann sich sehen lassen als bislang gründlichste Studie über das Leben einer Organisation, die nicht nur für politische GegnerInnen und Geheimdienste in Ost und West, sondern bisweilen auch für ihre eigenen Mitglieder ein Rätsel war.

Dem Autor ist ein kritischer Zugang zum Thema ohne Häme und Denunziation gelungen, obwohl er als ehemaliger Aktivist der autonomen Bewegung in den achtziger Jahren einen anderen Politikansatz verfolgt hat als der KB. Präzise beschreibt Steffen sowohl die Abgrenzungen von den anderen K-Gruppen, wobei die Auseinandersetzung mit dem "Revisionismus" und der DKP wie auch die kontroversen Debatten im AK über die Sowjetunion und den realen Sozialismus etwas zu kurz kommen.

Nur vereinzelt sind seine Beschreibungen unpräzise. So ist Knut Mellenthin, von ihm treffend als die prägende Person der KB-Leitung und AK-Redaktion beschrieben, nicht Ende 1968 "in die Konstituierungsphase der KPD/ML involviert" gewesen, sondern verließ die Roter-Morgen-Gruppe vor der "Parteigründung", im Alter von 22 Jahren. Auch hat der KB 1976 nicht "zum Wahlboykott der bürgerlichen Parteien" aufgerufen, sondern mit der Parole "Keine Stimme den bürgerlichen Parteien" seiner ohnehin zu Pluralismus und Individualismus neigenden Klientel ein breites Feld von Möglichkeiten von der Wahl der DKP oder des KBW bis zur Ungültigmachung des Stimmzettels ermöglicht. Die Parole vom "Wahlboykott", beliebt bei Anarchos und Autonomen, hat sich der KB nie zu eigen gemacht, auch in dem Wissen, dass Splittergruppen keinen wirklichen "Boykott" zu Stande kriegen, der diesen Namen auch nur annähernd verdient hat. Auch Steffens These, der KB sei von seinem PFLP-nahen Standpunkt zum Nahost-Konflikt schließlich Ende der achtziger Jahre "auf prozionistische Positionen eingeschwenkt", gibt m.E. den Diskussionsstand nicht differenziert wieder. Denn die Anerkennung des Existenzrechtes des Staates Israel bedeutet nicht die Unterstützung der zionistischen Ideologie und Politik.

Antiautoritär, spontan, pragmatisch

Richtig bemerkt Steffen, dass der KB die Sowjetunion (SU) letztlich als "politisches Gegengewicht zum Imperialismus" eingeschätzt hat, auch wenn unter dem Einfluss maoistischer Impulse im AK in den siebziger Jahren mal darüber orakelt wurde, ob die SU nun "imperiale" oder gar schon "imperialistische Züge" in ihrer Außenpolitik zeige. Damit hatte der KB auch einen tiefen Graben zu all jenen Gruppen gezogen, die im Gewand der Superlinken letztlich nur Opas Dosensuppen aus der Zeit des Kalten Krieges neu etikettierten und wieder aufwärmten, auch wenn deren Inhalt schon stank.

Die GenossInnen der DKP und der SED brauchten lange, um zu erkennen, dass sich hinter dieser Position nicht eine besonders perfide Tarnung eingeschworener Feinde der Sowjetunion und der DDR verbarg, sondern dass dies die Haltung einer unabhängigen Gruppe war, die sich ihre Einschätzungen freilich nicht von irgendeiner sozialistischen Staatsmacht vorschreiben lassen wollte. Bezeichnend war, dass erst 1989, wenige Monate vor dem Zusammenbruch der DDR und faktisch auch der DKP als politisch handlungsfähiger Organisation, ein Vertreter der DKP den Weg zu einem KB-Kongress fand. Weniger bekannt ist, dass es seit Mitte der achtziger Jahre auch publizistische Versuche von Genossen in der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED gab, die eigene Position gegenüber "westlichen Linksradikalen" zu differenzieren. Im Jahre 1989 waren diese Bemühungen so weit gediehen, dass im ZK der SED sogar eine Kontaktaufnahme mit dem KB erwogen wurde - leider ein bisschen spät. Denn dass später der

Vorsitzende der SED/PDS eine KB-Genossin heiratete, ist für zuvor Versäumtes kein Ersatz. Jene Männer, die sich in den siebziger Jahren als "Mitglieder der SED" an leitende Genossen des KB herangepirscht hatten (von Steffen als Kontakt des KB zur SED überschätzt), kamen aus der Schnüffelschweinfirma namens Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Die involvierten KB-Leitungsgenossen taten gut daran, diesen Kontakt rasch abzubrechen.

Es mag abseitig klingen, aber mir fällt auf, dass einige der leitenden KB-Kader einen Teil ihrer Jugend oder in einigen Fällen zumindest ihrer Kindheit in der DDR verbracht haben. Joachim Welsch, Mitglied der KB-Leitung bis 1976, der 1957 im Alter von 15 Jahren aus der DDR in die BRD übersiedelte, spricht rückblickend davon: "Aus meiner DDR-Herkunft hatte ich noch einen gewissen gesellschaftskritischen Fundus, der zwar anfangs negativ besetzt war, den ich aber in dieser Zeit wieder aktiviert habe".

Steffen beschreibt ausführlich die Betriebs-, Gewerkschafts- und Internationalismusarbeit des KB in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, wie auch die Anti-AKW-Kampagne Ende der Siebziger, als der KB seine Blütezeit erlebte. 2.500 Mitglieder, von denen rund 1.500 in Hamburg organisiert waren, der AK mit einer Auflage von mehr als 23.000 Exemplaren, hundert Betriebsräte und die Fähigkeit, in Hamburg zu Veranstaltungen mehrere tausend Menschen zu mobilisieren, das war viel für eine Organisation, die sich weder auf erfahrene alte Kader der KPD noch auf Zuwendungen aus den sozialistischen Ländern stützen konnte. Der KB war zu seiner Hochzeit eine Organisation sehr junger Genossinnen und Genossen: Das Durchschnittsalter im Leitenden Gremium lag 1976 bei 28 Jahren; es gab nicht wenige SympathisantInnen und Schüler-GenossInnen im Alter zwischen 13 und 17 Jahren. Die Jugendlichkeit der Truppe förderte noch, was Steffen als "relativen Pragmatismus" beschreibt: die Fähigkeit, aussichtsreiche Arbeitsfelder schnell und effektiv zu wechseln. Zugleich fehlte dem KB aber, was etwa die DKP und die SED in einem erdrückenden Übermaß besaßen: Lebens- und Kampferfahrung, Kader, die über Zähigkeit und damit die Fähigkeit verfügten, auch schwere Rückschläge und längerfristige Rückzüge zu überstehen. Als die Anti-AKW-Bewegung, deren treibender Teil der KB geworden war, nach einem brachialen Polizeieinsatz bei der Demo in Kalkar 1977 in eine Krise geriet, wirkte sich dies unmittelbar auch auf den KB aus.

Steffen weist zutreffend darauf hin, dass der KB in seiner sozialen Zusammensetzung "keine proletarische Organisation" war. Er war aber auch - und mir als jemandem, der aus bescheidenen Verhältnissen stammt, hat das immer sehr gefallen, kein Verein von Bürgerkindern, die in der linken Szene der BRD in den siebziger Jahren zu einer Landplage geworden waren. Freilich war der KB im Lebensgefühl vieler seiner Mitglieder nur bedingt eine kommunistische Organisation. Rainer Trampert, einst Betriebsrat bei Texaco in Hamburg, beschreibt in Steffens Buch, wer sich im Betrieb vom KB angezogen fühlte: Leute, die "ein lockeres Verhältnis zur Gesellschaft" hatten, die Rock-Musik hörten, kurzum "antiautoritäre, spontane Menschen". Dazu passt, dass es in den siebziger Jahren keine zentral organisierten Schulungen des KB gab. Hinzu kam, was mich als jungen Genossen in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre überraschte: Viele KB-Mitglieder hatten nur sehr eingeschränkte und verschwommene Kenntnisse vom Marxismus-Leninismus; die Fortbildung blieb jedem weitgehend selbst überlassen. Der KB war nicht nur, wie Knut Mellenthin Ende der siebziger Jahre im AK bemerkte, an den Rändern "mit Spontis und Anarchos verfilzt" und in beständige Kneipendebatten verwickelt. In ihm wirkte derselbe Prozess wie in nahezu allen kommunistischen Organisationen außerhalb Asiens: der allmähliche, oft unmerkliche Übergang von marxistischer zu individualistischer und letztlich liberaler Weltanschauung.

Programmersatz: Die These von der Faschisierung

Die Krisen, die den KB ab Ende der siebziger Jahre trafen und die ihn letztlich zur Selbstauflösung trieben, die im April 1991 erfolgte, waren mehr als nur Reflexe auf die spontanen Bewegungen, in die er sich hineinbegeben hatte. Die KB-Mitglieder waren wacher und selbstkritischer als die GenossInnen anderer kommunistischer Organisationen. So bemerkten sie früher als andere, dass die Hochzeit der kommunistischen Ideen und Formationen vorüber war. Was andere verdrängten, um dann schließlich um so schneller auf die Schnauze zu fallen, gestand der KB seit Sommer 1978 in einer im AK und in Broschüren geführten Diskussion: dass eine Krise offenkundig war und eine Debatte erforderte - der Zulauf blieb aus, es häuften sich Motivationsprobleme. Ein damals organisationsintern wenig beachtetes, aber doch folgenschweres Krisensymptom war die Einstellung der Jugendzeitung Rebell, mit der Begründung, dass es keine Jugendpolitik des KB mehr gäbe.

In besserwisserischem Ton meldeten sich zu Beginn der KB-Krisendebatte andere Organisationen zu Wort, auch DKP und SDAJ, und tönten, wohl auch in der Hoffnung, im KB-Revier wildern zu können, vor allem die "Programmlosigkeit" des KB und der Verzicht auf die demokratische Wahl einer Leitung seien für die Krise verantwortlich. Wie wenig die broschürten "Programme" von DKP, KBW und anderen wert waren, dürfte inzwischen kein Streitpunkt mehr sein. Die jahrelange Nichtwahl der Leitung wirkt rückblickend gewiss kurios. Auch ich fand es wie viele Mitglieder am Anfang sonderbar, die Leitungsmitglieder nicht zu kennen. Ein zweiwöchentlich gut gemachter AK und die vermeintlichen Erfordernisse der Konspiration trösteten zunächst darüber hinweg. Steffen moniert, auch die en bloc erfolgte Wahl des LG auf dem KB-Kongress im Januar 1980 sei "kein Ausdruck demokratischer Öffnung" gewesen. Wenn das Maß an öffentlich geführter kontroverser Diskussion ein wesentlicher Gradmesser für innere Demokratie ist, war der KB dennoch wohl demokratischer als alle anderen Organisationen mit kommunistischem Anspruch. Das Ausmaß, in dem die KB-Leitung, die faktisch weitgehend identisch mit der AK-Redaktion war, kritischen Meinungsäußerungen von Mitgliedern und SympathisantInnen Raum gab, hat Außenstehende, auch Verfassungsschützer verblüfft, weil es so gar nicht zum Image einer straffen K-Gruppe passte.

Die relativ freizügige Veröffentlichungspraxis hatte verschiedene Gründe, neben der Unabhängigkeit von äußeren Einflüssen, denen etwa die DKP unterworfen war. Die AK-Redaktion bestand aus diskussionsfreudigen, neugierigen Menschen, die im Allgemeinen nicht dazu neigten, ewige Wahrheiten wiederzukäuen. Dennoch war der KB wie auch andere kommunistische Organisationen faktisch eine Art Eigentum der leitenden freigestellten Funktionäre. Ein Normalmitglied hatte zumal neben Arbeit oder Ausbildung nie die Möglichkeiten einer auch nur annähernd ähnlich großen Einflussnahme auf das Organisationsgeschehen wie ein Mitglied des LG. Vielleicht war die relativ liberale Publikationspraxis auch eine Folge der von Wahlen unbehinderten Leitungsstruktur: Die führenden GenossInnen mussten kaum fürchten, aus ihrer Stellung abgewählt zu werden.

Der Autor beschreibt präzise und kompakt die Abspaltung der ZL-Gruppe, später Gruppe Z, vom KB Ende 1979. Mir scheint, er hätte schärfer herausarbeiten können, dass dieser Bruch die Organisation weit mehr traf als der Abgang der kleinen spontaneistischen "Kritik-Fraktion" wenige Monate zuvor. Bei dieser Spaltung trat in der Art, wie der Streit geführt wurde, die Unreife der Organisation zu Tage. Der KB büßte nicht nur fünf seiner 13 Hauptamtlichen ein. Er verlor zudem einen wesentlichen Teil seiner fähigsten Kader, die sowohl den Laden zusammenhalten als auch nach außen wirken konnten, teils publizistisch, teils aber auch, wie etwa Thomas Ebermann, dank ihrer rhetorischen Fähigkeiten. Vor allem verloren die verbliebenen GenossInnen, mich eingeschlossen, damals wohl die Zuversicht, dass es mit der Organisation in absehbarer Zeit wieder bergauf gehen könnte. Etwas ratlos lauschte ich Ende 1979 auf Versammlungen an der Basis mal dem Genossen Hans-Hermann Teichler, mal Ebermann darüber, ob der KB nun schon "Keimform" der künftigen Gesellschaft sein sollte, wie es das LG vertrat, oder ob der "Zersetzung revolutionärer Moral" doch lieber durch die "Rückbesinnung auf die Klassiker des Marxismus-Leninismus" Einhalt geboten werden sollte, wie die ZL-Gruppe empfahl. Viele derjenigen, die scheinbar das Ticket "Rückbesinnung" gelöst hatten, mauserten sich bei den Grünen, in denen sie angeblich als leninistische Kader wirken wollten, letztlich zu braven BRD-PolitikerInnen. Albern nur, wenn sie im Nachhinein ihre eigene Geschichte glauben umfälschen zu müssen, wie der derzeitige Bundesumweltminister, der sich den "Rückbesinnern" der ZL-Gruppe anschloss und nun behauptet, er sei aus dem KB "rausgeflogen", weil er den "Weg der parlamentarischen Demokratie" damals schon befürwortet habe. Nach der Abspaltung der Gruppe Z war der KB nur noch ein Schatten seiner selbst, ein Stück weit schon sein eigener Traditionsverein; die Mitgliederzahl sank bis 1984 auf 300.

Die Krise des KB begann schon Ende 1977

Bei allen Unterschieden zwischen KB und SED/KPdSU in der Ideologie, der Größenordnung und der sozialen Zusammensetzung speiste sich auch der Kommunistische Bund aus dem weltgeschichtlichen Impuls der russischen Oktoberrevolution. An fast allen Brennpunkten des Weltgeschehens von Vietnam bis Nicaragua unterstützte der KB dieselben Kräfte wie auch die Sowjetunion. Nur als Folge der Revolution von 1917, des Sieges der Roten Armee in der Schlacht von Stalingrad und schließlich über das Naziregime konnte es den KB geben. Links von der KPdSU und der SED konnte man nur stehen, so lange es sie gab. So erfuhr der KB zur selben Zeit seine größte Entfaltung, als auch das sowjetische Imperium seine stärkste Stellung in der Weltpolitik erreichte, und löste sich im selben Jahr auf wie die UdSSR. Nicht zufällig begann die letzte

Spaltung des KB zwischen Mehrheit und Minderheit im Herbst 1989, maßgeblich entlang der Frage, wie mit den Folgen der offen ausbrechenden Existenzkrise der DDR umzugehen war.

Der Auszug der "leninistischen Kader"

In der damaligen Diskussion schwappte auch eine Doktrin wieder hoch, die der KB jahrelang verfochten und die sich als immer weniger haltbar erwiesen hatte: die "Faschisierungsthese", die Auffassung, die "Bourgeoisie" organisiere "bewusst" ein "Herankommen" an einen neuen Faschismus. Erst in den späten achtziger Jahren näherten sich die verbliebenen KB-GenossInnen Joachim Hirschs Thesen vom "präventiven Sicherheitsstaat" BRD. Steffen stuft die Faschisierungsthese als eine Art "Programmersatz" des KB ein, der sie wohl auch war. Sie ermöglichte eine ideologische Abgrenzung von allen anderen linken Gruppen und eine Konzentration auf eine investigative "Antifa"-Arbeit vor allem gegen Neonazis, die auch von professionellen Geheimdienstlern mit Verblüffung zur Kenntnis genommen wurde.

"Antifa" war freilich auch ein vorzügliches Gebiet für Bündnispolitik und die Gewinnung neuer, vor allem jugendlicher Mitglieder. Die politische Relevanz einer kleinen Polit-Sekte wie der Gruppe um den 1991 gestorbenen Ex-Bundeswehrleutnant Michael Kühnen hat der KB dabei aber gewiss überschätzt. Dass diese Truppe, die sich Aktionsfront Nationaler Sozialisten nannte und Ende 1983 vom Bundesinnenminister verboten wurde, in einer Langzeitwirkung einen Impuls zur Entstehung einer nationalistischen Subkultur gab, kann nicht darüber hinweg täuschen, dass wir damals schon mal Flöhe unter dem Mikroskop zu Elefanten aufbliesen. Die Fixierung auf Faschisten im historischen Gewand der NSDAP war bei allem pragmatischem Zeitbezug des KB auch ein verhaftet sein in Denkmustern der zwanziger und frühen dreißiger Jahre, als die KPD in Deutschland zu einer Massenbewegung geworden waren. Nicht zufällig wurden Schriften aus jener Zeit im KB gern gelesen und vom Verlag Arbeiterkampf als Reprint veröffentlicht.

1989: "DDR muss bleiben" gegen "Viertes Reich"

Mit dem rasanten Niedergang der Sowjetunion als Weltmacht und dem damit unvermeidlich verbundenen Zusammenbruch der DDR wurde auch im Westen der Raum vernichtet, der kommunistische Politik als ernst zu nehmendes Experiment möglich machte. Die KB-Minderheit sah die Deutschen Anfang 1990 in einem "nationalistischen Taumel" und beschwor die Entstehung eines "Vierten Reiches". Die Mehrheit entschloss sich zur Herausgabe einer AK-Sonderausgabe für DDR-Leser mit der trotzigen Parole "DDR muss bleiben". Interessanterweise wurde die These vom "Taumel" und vom "Vierten Reich", parallel von dem New-York-Times-Scharfmacher William Safire in Umlauf gebracht.

Heute zeigt schon der Blick in die täglichen Nachrichten, dass die Gefahr neuer Kriege nicht von taumelnden nationalistischen Deutschen, sondern von jener Macht ausgeht, die auch die BRD auf erpresserische Weise zumindest zum Schmiere stehen bei ihren militärischen Abenteuern drängt: den USA, vom alten AK und dem KB einst etwas pathetisch, aber in der Sache treffend beschrieben als "Hauptfeind der Völker".

Ein Ex-KB-Genosse aus Moskau

Michael Steffen: Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991. Assoziation A, Berlin, 2002, 409 Seiten, 24 EUR

32. Anti-Pop - was auch sonst? Kai Degenhardts Dritte

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:21

Dass sich heute ein Musikant dezidiert als politisch und links definiert, ist sicherlich keine Alltäglichkeit. Gegen alle Bemühungen kritischer Zeitgeister, die den Pop politisch reden wollen, hält er das entgegen, was er selbst als Anti-Pop und daher politisch bezeichnet. Kai Degenhardt hat gerade seine nunmehr dritte und mit Abstand beste CD fertig gemacht: Briefe aus der Ebene.

Thomas Ebermann ist von dem neuen Album angetan und denkt schon über gemeinsame Auftritte nach. Vor allem die Titel Dora 2 und Ay Carmela haben ihn beeindruckt. Im ersteren Song versucht Kai Degenhardt sich in die Situation eines Strafgefangenen zu versetzten und seine Geschichte zu erzählen. Im zweiten Stück greift er das Lied der 15. Brigade aus dem spanischen Bürgerkrieg auf. Dabei geht es ihm nicht nur um eine Hommage an die damaligen KämpferInnen in den internationalen Brigaden. Wichtig ist ihm der Zusammenhang "zum hier und heute notwendigen antifaschistischen Kampf". Kai Degenhardt will ab April mit dem neuen Album auf Tour gehen.

Musikalisch bewegt der Liedermacher sich durchaus in der Tradition seines Vaters Franz-Josef, den er während seiner Tourneen auf der Gitarre begleitet und an dessen Platten er seit 1987 mitarbeitet. Sohn Degenhardt bedient sich zeitgenössischer Musik von Folk bis Drum'n'Bass. Als Vorbilder gibt er neben Bob Dylan, Hanns Eisler und Billy Bragg auch Rio Reiser an.

Während Kai Degenhardt die ersten beiden Alben weitgehend als Solist aufgenommen hat, hat er sich nun die Unterstützung befreundeter MusikerInnen hinzu geholt. Und das ist zu begrüßen, wird doch dadurch das ganze abwechslungsreicher und wärmer.

Sympathisch ist es allemal, wenn der praktizierende Rechtsanwalt Degenhardt junior einfach feststellt: "Natürlich mache ich politische Lieder - was auch sonst." Dabei befasst er sich nicht mit aktuellen politischen Kampagnen oder den einschlägig in der Tagesschau vorgelesenen Meldungen. Und wer von politischen Songs vor allem Parolen erwartet, wird - Gottseidank - enttäuscht. Ausdrücklich stellt er auch Persönliches in einen politischen Kontext.

Seine Texte - die immer auch was prosahaftes haben - handeln von ihm und Gott und der Welt, wie Degenhardt selbst sagt. Der Tag im Mai- als klassischer Folksong - dreht sich um eine verflossene Liebe. In Das große Spiel befasst sich Degenhardt mit dem 11.September und malt dabei Bilder vom Kapitän Ahab und dem weißen Wal. Bevor wir verteilen ist im August 2001 entstanden, als in Genua Polizei und Armee DemonstrantInnen jagten und einen erschossen. Und in Southern Comfort (euer Eigentum) konfrontiert er TouristInnen und Geschäftsleute mit den Kolonialisierten der Dritten Welt, die - jaja - die Eigentumsfrage stellen. In dem fast schon hitverdächtigen Claqueur nimmt er einen arbeitslosen Promoter aufs Korn, der seine Dienste einem fiktiven Künstler anbietet. Unterlegt mit einem flotten Schlagzeug, einer frisch fiedelnden Geige.

Mit der sogenannten Poplinken geht Degenhardt hart ins Gericht. Er bestreitet, dass Pop etwas mit Links oder subversiv zu tun haben kann. In einem Interview mit der jungen welt stellt er fest: "Die "Subversions-Signatur", die diese Poplinke dabei hinterlässt, soll ihre Produkte mit irgendeiner links-rebellischen Identität aufladen; billiger und risikoärmer war Widerstand nie zu haben."

DSe

Kai Degenhardt, Briefe aus der Ebene, Plattenbau, erscheint am 31.1.03, www.plattenbau.de

33. (K)eine Begleitband. Sam Ragga Band mit viel Support

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:30

Dass Reggae wieder zu größerer Aufmerksamkeit gelangt, ist inzwischen kein Geheimnis mehr. In Deutschland stehen dafür nicht nur Namen wie Gentleman oder Patrice. In jedem Fall muss auch das 2001 veröffentlichte Album von Jan Delay mit seinen Soul-Rebels genannt werden. Die Band, mit der er großartige Songs wie Ich will nicht, dass ihr meine Lieder singt und Stammheims Kinder einspielte, stammt aus Hamburg-Lokstedt, gehört zu dem Kreis der Eimsbush-Familie und heißt: Sam Ragga Band. Mit Loktown Hi-Life haben die nun ihr erstes Album vorgelegt.

Auch wenn die Band selbst und die Promotionsabteilung von WEA nicht müde werden zu betonen, dass Sam Ragga mehr ist als nur eine Begleitband im Hintergrund von Jan Delay. Den Beweis treten sie auf dem Album nicht wirklich an. Dabei ist es keine Frage, dass dort gute Musiker für reizvolle Sounds sorgen und es Spaß macht, sich dazu zu bewegen. Alle Songs sind von der Band selbst gemacht. Aber Sam Ragga Band bleibt selbst auf dem eigenen Album stimmlos. Sämtliche Gesangsparts werden von befreundeten und meist anderweitig bekannten Stimmen übernommen.

Wieder dabei ist Jan Delay. Den von ihm in seiner näselnden Weise gesungenen Song Die Welt steht still hat man noch im Dezember als Single ausgekoppelt. Wenn Marc Wilkes (Gitarre) im Interview sagt, dass der Song mit Jan Delay der "zwingendste" für eine Single-Auskopplung gewesen sei, dann hat er zwar vollkommen recht. Aber irgendwie ist man dann eben doch wieder sehr dicht bei den Soul-Rebels. Ebenso sinnvoll ist es, Samy Deluxe (Weck mich auf) mit auf das Album zu nehmen. Aber wer nimmt eigentlich noch die Band wahr, wenn Samy Deluxe zum ersten Mal auf einer Platte keine einzige Zeile rappt, sondern "richtig" singt (Ich will doch bloß mein Lied singen)? Offenbar hat sich das Label oder die Band nicht getraut, Sam Ragga als Sam Ragga zu veröffentlichen.

Davon abgesehen macht das Album mit Songs wie das von Onejiru gesungene Wasser oder Jessica McIntyres Shalom Lust auf wärmere Tage: Relaxte Beats, Dub-Sounds, wunderschöne Bläsersätze, viel Flow und die stimmliche Vielfalt wecken Assoziationen zu Caipirinha und lauschigen Sommernächten.

DSe

Sam Ragga Band, Loktown Hi-Life, WEA, www.eimsbush.de

Live: 17.1.03 Waldshut-Tiengen, Kornhauskeller; 18.1. Aarau, Kiff; 20.1. Koblenz, Circus Maximus; 21.1. Mainz, KUZ; 22.1. Weinheim, Cafe Central; 23.1. Fulda, Kreuz; 24.1. Wuppertal, 45rpm; 25.1. Dortmund, FZW; 26.1. Duisburg, Hundertmeister; 28.1. Bielefeld, Kamp; 29.1. Hannover, Faust; 30.1. Vechta, Gulfhaus; 31.1. Leer, Juz, 1.2. Flensburg, Kühlhaus

34. Grenzenlos Jodeln. Hubert von Goisern zeigt: Auch Volksmusikphobie ist heilbar

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak469/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:20

Spricht man von Folkmusik und Traditionals, dann stellen hiesige Linksorientierte durchaus positive Zusammenhänge her, selbst wenn sie diese Musik nicht als ihre eigene ansehen würden. Kommen lateinamerikanische Klänge ins Spiel, dann verdrehen einige gar verzückt die Augen und schwärmen von Rhythmus, Lebensstilen und Internationalismus. Doch beim Thema Volksmusik, gar alpine Volkmusik, ist das Ende der Fahnenstange sofort erreicht - jedenfalls nördlich der Mainlinie. Volksmusik stinkt - nach Biedermeier, Kleinbürger, Provinz und Reaktion.

Ein Bild, das trotz Ougenweide, Liederjan, Fidel Michel, Walter Moßmann oder den Liedern aus den sozialen Bewegungen der 70er Jahre immer noch weit verbreitet ist. Dabei lassen sich hier musikalische Entwicklungen finden, die in jedem Fall fortschrittlich und sogar emanzipatorisch zu nennen sind. Z.B. bei Attwenger, die auf witzige und ernsthafte Weise die bayerische Blasmusik an neue Ufer geführt haben. Oder die Biermösl Blosn, die mit politisch-satirischen Texten die bayerische Volksmusik neu interpretieren.

Oder eben Hubert Achleitner, der sich nach seinem Geburtsort Bad Goisern nun Hubert von Goisern nennt. In österreichischer Mundart singend, basierend auf der dortigen Volksmusik, bastelt er seit vielen Jahren daran, Musikstile und Einflüsse aus anderen Erdteilen als Bereicherung aufzunehmen und einen neuen Sound daraus zu machen. Dazu ist er viel unterwegs und nahezu jede Reise führt zu einem Album. 1998 verarbeitete er seine Eindrücke einer Tibetreise in dem Album Inexil. Nach seinem Besuch bei der Schimpansen-Forscherin Jane Goodall in Tansania veröffentlicht er ebenfalls 1998 das Album Gombe, benannt nach dem Nationalpark, in dem Goodall arbeitet.

Schon davor lebte von Goisern einige Jahre in Toronto (Kanada) und hielt sich längere Zeit auf den Philippinen auf, wo er das Spielen der Nasenflöte erlernte. Im April 2002 schließlich ging er auf eine dreiwöchige Tour über die Kapverdischen Inseln, durch den Senegal und Burkina Faso, wo er sich mit zahlreichen Musikern traf und (kostenlose) Konzerte spielte. Zu Beginn der Tour trat er im Süden von Ägypten vor 15.000 Menschen mit dem dort berühmten Popmusiker Mohamed Mounir auf.

All diese Reisen und (musikalischen) Begegnungen finden sich nicht nur in der Musik von Hubert von Goisern wieder. Seine im Herbst veröffentliche CD unterstreicht das mit dem Titel Iwasig, ins Hochdeutsche übersetzt heißt das so was wie Drüberstehen. Und unter dem Motto Grenzenlos zog von Goisern im Herbst mit seiner Band durch die deutschen Lande. Für einen, der Volksmusik macht und daher nach langläufiger Auffassung auch Regionalist sein müsste, sicherlich bemerkenswert. In einem Interview brachte von Goisern das folgendermaßen auf den Punkt: "Ich stehe selber zu Regionalismus, wenn er nicht ausgrenzend ist. Ich möchte ein Zeichen setzen, dass es für mich keine Grenzen gibt". Allerdings ist dieser Zustand nur zu erreichen, wenn man sich traut, Grenzen zu überschreiten.

Mit so einer Einstellung muss man in Österreich natürlich auch mit einem Haider kollidieren. Kein Wunder also, dass sich von Goisern an den damaligen Anti-Haider-Aktionen beteiligt hat und als Redner auf Kundgebungen aufgetreten ist.

Mit Iwasig hat von Goisern ein überaus abwechslungsreiches Album vorgelegt. Die erste Single heißt Poika und besticht durch die gewohnt flotte diatonische Ziehharmonika. Doch auch der Einfluss von Jazzrock, Blues, afrikanischen Trommeln, RythmnBlues oder auch Soul sind zu hören. Und zwischendrin wird immer wieder wunderschön gejodelt!

DSe, rock-links.de

Hubert von Goisern, Iwasig, Virgin, 2002

35. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak469/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:05

Geld für Linke

Politische Aktion braucht Geld. Für ak-LeserInnen ist das keine neue Erkenntnis - schließlich sind sie auch in dieser Ausgabe wieder mit der laufenden Spendenkampagne konfrontiert. Moderndeutsch läuft so eine Kampagne ja inzwischen unter dem Begriff Fundraising. In Anbetracht wachsender Arbeitslosigkeit und brutal zusammengekürzter öffentlicher Haushalte wird die Geldbeschaffung in den nächsten Jahren noch mehr an Bedeutung gewinnen. Da ist es allemal sinnvoll, wenn bei der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (AG Spak) jetzt ein erster Band zum Fundraising für private Quellen veröffentlicht wurde. Zwar werden in dem von Alexander Gregory und Peter Lindlacher verfassten Band vor allem Beispiele aus dem Münchener Raum dargestellt, aber die zahlreichen grundsätzlich angesprochenen Maßnahmen und Aktionen sind in jedem Fall eine Hilfe für Vereins- oder Initiativenprojekte. Einiges mutet amüsierlich an - wenn z.B. dargestellt wird, wie man sich als Initiative an "Letztwillige Verfügungen" heranmacht oder sich als Korkensammelstelle organisiert, um durch den Verkauf derartiger Naturstoffe die eigene Kasse zu füllen. Doch um sich umfassend über die Möglichkeiten der Geldbeschaffung Gedanken zu machen, ist es sicherlich angemessen, auch in eher exotischen Bahnen zu denken. Eingängiger sind da aber sicherlich die Hinweise auf die Mittel von Stiftungen oder auch Lotterien, über die die Autoren auf über 20 Seiten informieren. Natürlich wird auch auf eher bekannte Formen wie Freundeskreise und Fördervereine hingewiesen oder darauf, dass beim Fundraising immer auch eine Öffentlichkeitsarbeit eingeplant werden muss. Als Ideen- und Ratgeber ist das Buch hilfreich und anregend.

AG SPAK RATGEBER, A. Gregory / P. Lindlacher: Fundraising, Band 1 Private Quellen, (HG) EBW und IBPro, 2002, 288 Seiten, 19 EUR

Schöne neue Genwelten

Patientenorganisationen und Selbsthilfegruppen gehören heute häufig zu den Schrittmachern gentechnologischer Forschungsprojekte. Einige beteiligten sich in der Hoffnung auf lebensrettende Medikamente sogar finanziell daran. Auch in der Gesundheitsvorsorge und der vorgeburtlichen Diagnostik haben sich mächtige Lobbyorganisationen etabliert, die für eine ungebremste Genforschung eintreten. Noch vor einem Jahrzehnt hätten wohl die stärksten Gentechnik-BefürworterInnen eine solche Entwicklung nicht zu prognostizieren gewagt. Bis Ende der 80er-Jahre bestimmten nämlich die KritikerInnen den öffentlichen Diskurs. Seitdem hat sich die Gentechnologie erfolgreich als modern, sexy und nützlich zu verkaufen verstanden. Die HerausgeberInnen des vor wenigen Wochen im Verlag b_books erschienenen Buches "Angewandte Genetik. Gene zwischen Mythos und Kommerz" fragen nach den Ursachen für den Umbruch im öffentlichen Diskurs. Das naturromantisch motivierte Unbehagen an Genmanipulation sei zu Recht zunehmend in die Kritik geraten, so der Befund des AutorInnen. Ein neues Natur-Technik-Verhältnis sei in den letzten Jahren hegemonial geworden. "Mit dem Boom der Neuen Medien bildeten sich auch in Szenen und Subkulturen neue Verhältnisse zu ‚Natur`, Technik und Körper heraus. Im Zuge dessen konnte sich ein genetisches Wissen mehr und mehr als Alltagswissen in die Gesellschaft einschreiben und den vorherrschenden Begriff von Gesundheit umwerten". In den weiteren Kapiteln werden diese Veränderungen unter den Stichworten Technologietransfer, Neue Biomedizin, Gentests und Bevölkerungsscreening genauer untersucht. Auch auf die ökonomische Seite wird ausführlich eingegangen. Das Schlagwort "Vom Labor an die Börse" drückt aus, wie lukrativ die Genforschung mittlerweile ist. Die in dem Buch formulierte Gentechnikkritik kommt ohne die alten Horrorszenarien aus. "Nicht der Klon-Mensch, der demnächst im Labor wachsen wird, ist das Grauen, sondern beispielsweise die leise Ausweitung genetischen Screenings." Wer heute von Gentechnologie redet, muss auch von Kontrollphantasmen, Überwachungsszenarien, Selbstregulierungsimperativ und Verwertungslogik reden. Dazu gibt das Buch Denkanstöße.

Fabian Kröger, Christoph Schulz, Alexander von Schwerin, Uta Wagenmann: Angewandte Genetik. Gene zwischen Mythos und Kommerz. Berlin 2002, b_books-Verlag, 9 EUR

Kreuzzug für die Zivilisation

Werner Biermann und Arnold Klönne hinterfragen den "Kreuzzug für die Zivilisation", indem sie sich detailliert mit der Situation in Afghanistan, den derzeitigen Machthabern und der Bedeutung Zentralasiens für die Machtansprüche der USA und anderer Staaten beschäftigen. Deutlich wird, dass Afghanistan als strategische Schlüsselposition für die Kontrolle dieses Gebietes gesehen werden kann. Die Ausbeutung der Bodenschätze (Erdöl und Erdgas) und die Kontrolle der Pipelines sind das wesentliche Moment. Die geringe Entfernung zu China oder Russland ermöglicht es zudem, von hier aus deren Nuklearwaffenbasen in Schach zu halten. Biermann und Klönne schreiben: "Das seit längerem beobachtete US-amerikanische Vordringen nach Zentralasien hat jetzt eine neue Schlagkraft gewonnen. Offenbar nimmt die letzte verbliebene Weltmacht Afghanistan als Ausgangspunkt für den Sprung in den zentralasiatischen Raum, die neben China bisher noch einzige Region außerhalb des internationalen US-Machtsystems." Interessant und informativ ist die Vorstellung einzelner Mitglieder der neuen Regierung in Kabul: Deutlich werden zum einen deren Kontakte zur US- Regierung bzw. zu Erdölkonzernen, aber auch die persönliche Bereicherung dieser Warlords aus dem Drogenhandel, der trotz offizieller Beteuerungen weiterhin eine wichtige Rolle spielt. Der moralische Anspruch der USA, einen gerechten Krieg zu führen, wird einmal mehr in Frage gestellt. Unlogisch und überflüssig ist dagegen die Unterscheidung der Autoren zwischen Kapitalismus und "Schurkenkapitalismus".

Werner Biermann, Arno Klönne: Ein Kreuzzug für die Zivilisation? Internationaler Terrorismus, Afghanistan und die Kriege der Zukunft, PapyRossa Verlag, 2002, 15,50 EUR

Milena Jesenská

"Milena Jesenská gehört nicht zu den Helden der Weltgeschichte, denen man ein Denkmal setzt", schreibt Margaret Steenfatt; was sie auszeichne, sei ihre "absolut tolerante Gesinnung gegenüber Menschen anderer Völker, anderer Kulturen, anderer Religionen - und die Achtung vor der Würde jedes Einzelnen. Mit dieser Haltung ist sie ihrer Zeit weit voraus - ist sie noch heute lebendiges Beispiel einer politischen Frau." Vielen ist Milena Jesenská vor allem als "Kafkas Freundin" bekannt - eine allzu reduzierte Wahrnehmung. Margaret Steenfatt zeichnet den spannungsvollen Lebensweg Milena Jesenskás nach. 1886 als Tochter wohlhabender Bürger in Prag geboren, erlebt sie immer wieder entscheidende Brüche - mit dem zuvor bewunderten Vater, dem ersten Ehemann. Auf sich selbst gestellt, verdient sie den eigenen Unterhalt als Autorin kleinerer Texte und durch Übersetzungen, auch von Kafkas Texten. Sie veröffentlicht in Modejournalen und Frauenrubriken der liberalen und konservativen Presse. Mehr und mehr hat sie Teil am politischen Aufbruch ihrer Zeit und entwickelt Sympathien zum Kommunismus, entscheidet sich für die kommunistische Presse. Auf Grund ihrer ausgeprägten Individualität läuft nicht alles glatt. Auch privat durchlebt Milena Jesenská Höhen und Tiefen, neue Lieben, neue Trennungen, eine Krankheit, die eine Gehbehinderung zurücklässt. Nach 1933 wird sie konfrontiert mit Nationalismus und Antisemitismus, erfährt von Flucht, von Folter, von den Konzentrationslagern und ergreift Partei. Milena Jesenská berichtet über das Schicksal der Ausgegrenzten und schließt sich dem Widerstand an. Am 12. November 1939 wird sie festgenommen, im Herbst 1940 wird sie nach Deutschland in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück deportiert. Ihr Gesundheitszustand ist schlecht, die Bedingungen im Lager tun das ihrige. Trotzdem beteiligt sie sich am aktiven Widerstand, den die Frauen tagtäglich unter Gefahr für Leib und Leben leisten. Milena Jesenská erlebt nicht mehr die Befreiung Ravensbrücks durch die Rote Armee. Am 17. Mai 1944 stirbt sie im Alter von 48 Jahren.

Margaret Steenfatt: Milena Jesenská - Biographie einer Befreiung, Europäische Verlagsanstalt, 2002, 18 EUR

36. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak469/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:31

Konzerte zum Regierungssturz

Seit der Räumung des Bauwagenplatzes Bambule sind immer wieder Tausende von Menschen in Hamburg auf die Straße gegangen. Mittlerweile richtet sich der Protest nicht nur gegen die Vertreibung der BambulistInnen, sondern gegen soziale Ausgrenzung und Vertreibung im allgemeinen. Unter dem Motto "Regierung stürzen - let the music play!" findet in Hamburg vom 21. Januar bis zum 1. Februar eine Benefizkonzertreihe statt. Es spielen unter anderem: Tocotronic, Bernadette la Hengst, Parole Trixi, Tigerbeat, les garcons, Kettcar u.v.a. Der Erlös aus den Konzerten geht an verschiedene soziale Projekte, die von den derzeitigen Mittelkürzungen des Senats besonders betroffen sind.

Hamburg, 21.1. Tocotronic / Parole Trixi 21 Uhr, Rote Flora, Schulterblatt, 5 Euro; 23.1. Les Garcons / Bernadette La Hengst , Phonodrome; 25.1. Swingparty DJ SwingingSwanee, 21 Uhr, St. Pauli Clubheim; 26.1. Augsburger Tafelconfect / Billhorner Billröhren Bill & Barbara Jenny / Stora DJs, 21 Uhr, Schilleroper; 27.1. Fettes Brot feat. Bela B. / Teamsport / Kettcar, Fabrik; 29.1. Premiere des Bambule Films "Schillernde Zeiten", 17.30 Uhr im 3001 Kino, 30.1. Tigerbeat / Kante / Mikron 64, Schlachthof; 31.1. Silly Walks Movement; Rote Flora, 23 Uhr; 1.2. Trainingslager Bouncesystem / Bushfire-Soundsystem 23 Uhr, Waagenbau; Infos: www.indymedia.de

Geschichten vom Trüffelschwein

Der Marburger Politologe Michael Steffen stellt im Gespräch mit Georg Fülberth sein Buch "Geschichten vom Trüffelschwein" vor, die laut Klappentext "erste Gesamtdarstellung einer K-Gruppe überhaupt". Dass einige dieser Organisationen eine größere politische Bedeutung und Ausstrahlung hatten, als die schamhaften "Lebensbeichten" ehemaliger Mitglieder in heute staatstragenden Funktionen vermuten lassen, zeigt die Studie ebenso wie manche Hintergründe der Entstehungsgeschichte der Partei Die Grünen oder der Herkunft "antideutscher" Strömungen. Der eine oder die andere langjährige ak-LeserIn wird sicherlich auf einige gute alte Bekannte stoßen, das Buch kann nach wie vor in der ak-Redaktion zum Preis von 24 Euro bestellt werden. Steffen wird sein Buch ebenfalls auf der Linken Literaturmesse, die vom 24. bis zum 26.1. in Nürnberg stattfindet, vorstellen.

Marburg, 30.1., KFZ, Schulstr. 6, Eintritt frei, Nürnberg, Linke Literaturmesse, www.linke-literaturmesse.org

Wessen Sicherheit?

Bei der jährlichen "Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik" treffen sich die Regierungsvertreter der Nato-Staaten mit hochkarätigen Militärstrategen, Generälen und Rüstungsexperten, um über künftige Kriege zu debattieren. Unter dem Motto "Gegen den globalen Krieg: Kein Frieden mit den Kriegsplanern!" veranstaltet ein breites Bündnis von verschiedenen autonomen Gruppen, über attac, PDS bis hin zu FriedensaktivistInnen eine Kundgebung gegen die Nato-Sicherheitskonferenz.

München, 7. bis 9.2.; Freitag, 7.2. Auftaktkundgebung, 17 Uhr, Marienplatz; 8.2. Internationale Großdemo, 12 Uhr, Marienplatz; www.no-nato.de

Antiziganismus

Seit April 2002 protestieren Roma-Gruppen bundesweit gegen ihre geplante Abschiebung und für ein Bleiberecht. Die Situation der Sinti und Roma in Deutschland ist von alltäglicher Diskriminierung geprägt. Rassismus gegen Sinti und Roma hat einen Namen: Antiziganismus. Änneke Winckel hat eine Studie über Rassismus gegen Sinti und Roma im vereinigten Deutschland verfasst. Vor dem Hintergrund konkreter antiziganistischer Vorkommnisse in Berlin, Bochum, Köln oder Frankfurt beschreibt Winckel die Funktionsweisen rassistischer Zuschreibungen. Am 14.2. stellt sie im Buchladen Le Sabot in Bonn ihr Buch vor.

Bonn, 14.2.03, 20 Uhr, Buchladen Le Sabot, Breite Straße 76

Mediale Anagramme

Die österreichische Künstlerin Valerie Export gehört zu den ersten und weltweit bekanntesten und einflussreichsten MedienkünstlerInnen. Das RealismusStudio der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst Berlin (ngbk) organisiert in Kooperation mit der Akademie der Künste die Ausstellung "Mediale Anagramme", die erste umfassende Präsentation der bedeutenden österreichischen Künstlerin in Deutschland. Mit ihren medienkritischen Arbeiten untersucht Export die Wirkungen, die technische und elektronische Medien auf die Wahrnehmung der Menschen, auf ihre Kommunikation und soziale Verhaltensformen ausüben. Im Mittelpunkt ihres Werkes steht die Wirkungsmacht der Medien.

Berlin, 18.1. bis 9.3.03, Eröffnung: 17.1., 19 Uhr, Akademie der Künste, Hanseatenweg 10, 10557 Tiergarten, Öffnungszeiten: dienstags bis sonntags 11- 20 Uhr, Eintritt: 5 bzw. 3 Euro, www.ngbk.de

Zentrum für Gegeninformation

Beginnend mit dem 26. Januar soll es im B-Movie ein Zentrum für Gegeninformation wegen des Angriffskriegs gegen den Irak geben. An den folgenden Sonntagen sind alle interessierten Personen eingeladen, im Kinofoyer über Aktionen, Einschätzungen, offene Fragen, Kontakte etc. auszutauschen. Außerdem sollen Videos oder DVDs weitergegeben werden, die aus kontinuierlichen TV- und Internetauswertungen der jeweils zurückliegenden Woche bestehen. Hintergrund für diese Initiative ist die Überzeugung, dass visuelle Informationen ein großes Potenzial besitzen, das aber in der linken Aufklärungsarbeit nur selten genutzt wird. Über das Angebot und die Entwicklung des Medienzentrums "No Blood for Oil" informiert regelmäßig die Internetseite www.b-movie.de/no-blood-for-oil.

Hamburg, ab dem 26.1.03 jeden Sonntag, 16 - 19 Uhr, B-Movie, B 5, Brigittenstr. 5

37. Spenden ist cool, Darling!

CD-Datei: daten/aksuche/ak469/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:36

Mal wieder hetzen MeinungsforscherInnen durch die Metropolen und teilweise auch durch Provinzen des Landes auf der Suche nach dem neuesten Trend. Angesichts der eisigen Temperaturen und des Dauerschnees sind sie sich einig: Es muss cool und lässig sein mit einer Prise subversiver Eleganz.

"Konsum ist out", jammert nicht nur der Einzelhandel und verweist auf die rückläufigen Gewinne. Statt immer mehr Scheiß zu kaufen, investieren die Menschen in kalten Zeiten doch lieber in was Beständiges, wie in den Verein für politische Bildung Analyse und Kritik, der seit 1999 die ak herausgibt und politische Veranstaltungen organisiert. Der Trend, für eine sinnvolle Sache zu spenden, setzt sich immer mehr durch. Dies belegen auch unsere aktuellen Zahlen: Mehr als 14.000 Euro sind in den letzten Wochen bei uns eingegangen: Dafür schon mal ein dickes Danke-Schön an alle SpenderInnen.

Wir haben in der Redaktion eiskalt kalkuliert: Um sicher zu stellen, dass das Produkt ak euch auch in Zukunft weiter mit polischer Analyse und Praxisanregung versorgt, brauchen wir noch fast 11.000 Euro. Natürlich darf's auch ein bisschen mehr sein.

Damit sich also der positive Trend weiter durchsetzt, hier noch ein paar gute Gründe zu spenden: ak ist megacool. Anstatt jedem Modetrend in der Linken hinterher zu hetzen, setzen wir auf fundierte Analysen und kritische Berichterstattung jenseits schriller Marktschreierei. Ob Internationales, Antirassismus, Feminismus, Antimilitarismus oder Biopolitik: die ak liefert vieles, was das linke Herz begehrt.

Gemäß des Mottos: "Stay Rebel - stay cool" versuchen wir, in linke Debatten einzugreifen, und unterstützen linke Bewegungen solidarisch wenn auch nicht uneingeschränkt. Dafür brauchen wir weiterhin eure Unterstützung. So kann die Zeitung nur durch das Engagement vieler Menschen überleben. Dazu gehören die ak-AutorInnen, die ohne Honorar für uns schreiben, die ehrenamtlichen KorrekturleserInnen, der Techniksupport und - last but not least - unsere LeserInnen, von denen ein Teil einen monatlichen Betrag spendet oder einmalig eine Spende für den Verein abtritt. Beides ist erwünscht und notwendig. Und - auch nicht uncool - sowohl regelmäßige, monatliche Spenden, als auch die einmalige Spende sind steuerlich absetzbar.

Jenseits großkotziger Gesten und ohne Phrasendrescherei versuchen wir auch 2003 wieder, euch mit der ak elf Mal zu beglücken. Hinzu kommt zwei Mal pro Jahr das Magazin Fantômas, dessen nächste Ausgabe im Mai ansteht. Wer die aktuelle Ausgabe zu Biopolitik noch nicht hat, kann sie in jedem gut sortierten linken Buchladen finden oder ordert sie direkt bei der ak-Redaktion. Wahre Coolness kommt eben von innen: Sie ist kritisch, links und basiert auf einer Portion Selbstironie und Humor.

Eure ak-Redaktion

38. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak469/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:37

Gut erholt, gut gerutscht, reichlich gemästet und mit den besten Vorsätzen für 2003 melden wir uns aus der Weihnachts- und Neujahrszeit zurück, auch wenn die deutsche Wirklichkeit manche RedakteurInnen bis in den wohlverdienten Urlaub verfolgt hat. Mitten in der schönen und idyllischen Rhön gibt es nämlich eine Bäckerei, wo man besser nicht am letzten Urlaubstag nichts ahnend Brötchen kaufen geht. Ansonsten kann es der Urlauberin nämlich passieren, dass ihr Blick vom gerahmten Meisterbrief auf die ebenfalls gerahmte Urkunde der Firmengründung schweift. Dort wird mit Datum 1934 und mit "deutschem Gruß" bekannt gegeben, dass jetzt ein neuer Inhaber die ehemalige Bäckerei Selig übernommen hat. Ein Stück Alltagsnormalität im Umgang mit der deutschen Geschichte halt. Und "bisher hat sich da noch niemand dran gestört", wusste die verunsicherte Angestellte zu berichten. Wir glauben das unbesehen.

Auch im neuen Jahr ist linke Publizistik kein reines Zuckerschlecken (obwohl genau dieses in den ak-Katakomben der Rombergstraße gerade in der Endphase der Produktion massenhaft und hemmungslos ohne Rücksicht auf schlanke Linien o.ä. passiert.)

Und gerade diese ak-Ausgabe entsteht unter verschärften Bedingungen: Kommt er, oder kommt er nicht - der Krieg des "Anti-Terror-Bündnisses" gegen den Irak? Findet er mit oder ohne deutsche Beteiligung statt? Oder genauer: Wie wird eine solche Beteiligung aussehen? Und: Wann wird die erste Rakete im Kampf ums Öl abgefeuert? Solcherart Ungewissheiten sind schwierige Rahmenbedingungen, wenn's etwa um Fragen der Blattplanung, des Aufmachers und der Schwerpunktsetzung geht. Leider bleibt nur eine Gewissheit: Wo Anti-Terrorismus ein anderes Wort für imperialistische Kriegstreiberei ist, und wo die Mitglieder der "Anti-Terror-Allianz" jederzeit und an jedem Ort Kriege vom Zaun brechen können, da ist eine permanente antimilitaristische Gegenöffentlichkeit immer richtig.

Schreiben gegen den Krieg wird auch deswegen reichlich mühselig, weil man nicht umhinkommt, sich mit immer unappetitlicheren Varianten innerlinker Auseinandersetzung zu beschäftigen. Es erfordert doch erhebliche Kraft, Selbstbeherrschung und Formulierungsakrobatik, gegen den linken Bellizismus zu intervenieren, ohne sich auf dessen Schlammschlachtniveau zu begeben.

Dabei haben es viele Linke zum Glück noch nicht verlernt, genau zu recherchieren, fundiert zu analysieren und prägnant zu formulieren. Etwa Jens Renner (ja, genau, der ak-Redakteur) in seinem neuen Italien-Buch "Der neue Marsch auf Rom. Berlusconi und seine Vorläufer". Und weil es gar nicht genug gute Lektüre geben kann, gibt's von unserer Seite in 2003 das neue Doppelpack: Für jedes neue ak-Abo den neuen Renner gratis als Abo-Prämie. Also: ak lesen lohnt sich, ak abonnieren erst recht.

Eure ak-Redaktion

39. Schwerpunkt: Linke im Krieg

CD-Datei: daten/aksuche/ak469/sw_linke.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:469:sw_linke

Der bevorstehende Krieg gegen den Irak hat neue Brüche in der Linken ausgelöst. Betroffen sind derzeit vor allem die auflagenstärksten Blätter der "Antideutschen", Jungle World und konkret. Während beide Redaktionen ein Ja zum Krieg, begründet mit den Gefahren des "islamischen Faschismus", zumindest für diskutabel halten, kritisieren einige (ehemalige) AutorInnen den "linken Bellizismus" und bekräftigen ihre Gegnerschaft zum Imperialismus und seinen Kriegen.